



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun Svizra

Nachrichtendienst des Bundes NDB

# SICHERHEIT SCHWEIZ



Lagebericht 2016  
des Nachrichtendienstes des Bundes



**Sicherheit Schweiz  
2016**





# Inhaltsverzeichnis

<b>Sicherheit und Souveränität in unsicheren Zeiten</b>	<b>5</b>
<b>Der Lagebericht in Kürze</b>	<b>7</b>
<b>Strategisches Umfeld im Wandel</b>	<b>13</b>
<b>Schwerpunkt China</b>	<b>24</b>
<b>Religiös und ethno-nationalistisch motivierter Gewaltextremismus und Terrorismus</b>	<b>33</b>
<b>Rechts- und Linksextremismus</b>	<b>53</b>
<b>Proliferation</b>	<b>63</b>
<b>Verbotener Nachrichtendienst</b>	<b>71</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>85</b>



# Sicherheit und Souveränität in unsicheren Zeiten

Mit der Verflüchtigung der „Schönwetterlage“ ist die Sicherheitspolitik gefordert, Orientierung zu bieten. Unser Umfeld ist charakterisiert durch eine schnell wachsende Komplexität. Sogar das Wort „Chaos“ schleicht sich in den sicherheitspolitischen Sprachgebrauch. Es ist die etwas hilflose Bezeichnung für den Trend der „Fragmentierung“: der starken Vermehrung relevanter Akteure im Vergleich zu früheren Epochen. Zunehmend können viele nichtstaatliche Akteure die äussere und innere Sicherheit der Schweiz im Guten, aber eben auch im Schlechten beeinflussen. Bedrohungen und Gefahren entstehen in diesem Umfeld oft schnell, ja überraschend. Sie werden unberechenbarer; die Reaktionszeiten für die Entscheidungsträger schrumpfen. Das führt zu Verunsicherung. Die Wahrscheinlichkeit strategischer Überraschungen wächst.

Es ist eine grosse Herausforderung, unter solchen Bedingungen sicherheitspolitische Orientierung zu bieten. Die zuverlässige Lagebeurteilung ist dafür unverzichtbare Grundlage. Sie bildet für die Führungsgremien die Basis für Entscheide, die helfen, strategische Überraschungen zu vermeiden und Sicherheit auch in einem zunehmend unsicheren Umfeld zu gewährleisten. Die nachrichtendienstliche Beurteilung der Bedrohungslage, wie sie der jährliche Bericht des NDB mit seinem Lageradar in nicht klassifizierter Form präsentiert, ist ein wesentlicher Beitrag zu diesen Zielen unserer Sicherheitspolitik.

Jedes Schiff in turbulenter See vertraut auf sein eigenes Radar. Nur dieses zeigt Bedrohungen und Gefahren, die exakt für seine Position relevant sind. Das verhindert aber den Austausch mit anderen Schiffen in ähnlicher Lage über die entlang des Kurses lauenden Risiken nicht. Bei Staaten ist dies ähnlich. In einem volatilen sicherheitspolitischen Umfeld ist der Austausch mit anderen

Staaten über Entwicklungen, Risiken und Konsequenzen selbstverständlich. Aber die sicherheitspolitische Positionierung gegen aussen wie die konkrete Ausgestaltung der sicherheitspolitischen Instrumente im Innern bestimmt unser Land selbstständig. Diese Selbstständigkeit bedingt den Willen und die Fähigkeit zur eigenen Informationsbeschaffung, Analyse und Beurteilung. Deshalb ist gerade der Nachrichtendienst ein wichtiges Instrument für die souveräne sicherheitspolitische Entscheidungsfindung der Schweiz. Das neue Nachrichtendienstgesetz wird diese Bedeutung noch verstärken. Es verbessert die nachrichtendienstliche Informationsbeschaffung primär dort, wo Hinweise auf eine unmittelbare Bedrohung unserer eigenen Interessen vorliegen. Es optimiert unser eigenes Radar. Das neue Nachrichtendienstgesetz ist so ein Beitrag an unsere Sicherheit und Souveränität.



Eidgenössisches Departement für Verteidigung,  
Bevölkerungsschutz und Sport VBS

Guy Parmelin  
Bundesrat



# Der Lagebericht in Kürze

Die Komplexität der Herausforderungen für die sicherheitspolitischen Organe nimmt mit der Fragmentierung des sicherheitspolitischen Umfelds durch eine wachsende Zahl relevanter Akteure zu. Mithilfe des Lageradars gibt der NDB der Sicherheitspolitik eine gewisse Orientierung: Dem sicherheitspolitischen Lagebild wird unnötige Komplexität entzogen, und es werden aus nachrichtendienstlicher Optik die für die Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz wichtigsten Themen benannt.

- Das strategische Umfeld der Schweiz ist geprägt durch eine aussergewöhnlich hohe Belastung Europas durch unterschiedliche Krisenlagen. Diese Krisen sind langfristiger Natur, aber sie haben sich ungefähr gleichzeitig verschärft: die politische und wirtschaftliche Krise der europäischen Integration, eine neue Konfliktlage mit Russland sowie die Krisenlagen des Nahen und Mittleren Ostens, deren Auswirkungen in Europa in der Form eskalierter Migrationsbewegungen und einer erhöhten Terrorbedrohung ganz unmittelbar angekommen sind.
- Seit einigen Jahren tritt Russland der erweiterten EU und Nato in Osteuropa entgegen und ist bestrebt, an seiner Grenze eine eigene Einflussosphäre zu konsolidieren. Die Ukraine ist strategisches Gelände und Herzstück dieser Ambition. Seit der Annexion der Krim wird der Konflikt mit Waffengewalt ausgegtragen; die ukrainische Wirtschaft und die Bevölkerung sind vom bewaffneten Konflikt gezeichnet. Aber auch interne Machtkämpfe schwächen das Land. Der russische Einfluss ist auch in Moldova, in Belarus und in Georgien festzustellen. Der Konflikt mit Russland ist aller Wahrscheinlichkeit nach eine langfristig wirksame Veränderung im strategischen Umfeld der Schweiz. Die realistischen sicherheitspolitischen Entwicklungsmöglichkeiten in Europa reduzieren sich auf zwei grobe Kategorien: Eine, in der auf dem Kontinent eine Verständigung zwischen Ost und West die Konflikte entlang der sich herausbildenden Einflusszonen frühzeitig begrenzt, und eine alternative Entwicklung, in deren Rahmen sich die Eskalationsspirale über die nächsten Jahre Schritt für Schritt weiter nach oben dreht.
- Syrien ist in mehrfacher Hinsicht das Epizentrum einer der Krisenlagen. Zwar sind nirgends in der Region ursächliche Probleme des arabischen Frühlings einer Lösung näher gebracht worden (mit der möglichen Ausnahme von Tunesien), und neue Krisen sind eskaliert (wie im Jemen). Die Spannungen zwischen Saudi-Arabien und Iran bergen besonders weitreichendes Destabilisierungspotenzial für die Region. Aber es ist in Syrien, wo die Expansion des „Islamischen Staats“ und Abnützungserscheinungen des Regimes den Konflikt in einem neuen Aus-

mass internationalisiert haben. Russland hat den Entscheid von strategischer Tragweite gefällt, mit eigenen militärischen Verbänden an der Seite des Regimes einzugreifen. Dieser Schritt und die Anschläge des „Islamischen Staats“ in Paris haben auch der Einflussnahme der westlichen Mächte neue Impulse verliehen: Aber eine Entscheidung im syrischen Bürgerkrieg ist trotz verstärkten militärischen Operationen noch nicht absehbar, noch weniger eine belastbare politische Lösung.

- Die Terrororganisation „Islamischer Staat“ hat die Führungsrolle in der dschihadistischen Bewegung inne. Sie übernahm diese Rolle von der al-Qaida, deren Bedrohungspotenzial dadurch aber nicht gemindert wird. Die Bedrohung durch den dschihadistischen Terrorismus hat sich in den vergangenen Monaten weiter verschärft, was hauptsächlich damit zusammenhängt, dass der „Islamische Staat“ Personen nach Europa schickt, die er mit Anschlägen oder deren Planung beauftragt hat. Die Schweiz ist Teil des europäischen Bedrohungsraums, die Bedrohung ist auch hierzulande erhöht.
- Die Migrationsbewegungen Richtung Europa sind 2015 eskaliert. Trotz steigender Zahlen ist die Schweiz bisher hiervon weniger betroffen als andere Länder Europas. Migration an sich ist kein sicherheitspolitisches Thema, einzelne Aspekte der Migration sind es aber durchaus. So zum Beispiel gerade Versuche von Gruppen oder Individuen im Strom der Massenmigration verdeckt nach

Europa zu gelangen, um hier terroristische Anschläge zu verüben. Eng zu verfolgen sind zudem gewaltsame Reaktionen der rechts- und linksextremen Szenen auf Entwicklungen im Migrations- und Asylbereich: in der Schweiz ist, anders als in einigen Ländern Europas, die Lage weitgehend entspannt. Gewaltpotenzial ist aber in der rechts- wie linksextremen Szene vorhanden.

- Mit dem Joint Comprehensive Plan of Action konnte mit Iran ein Abkommen geschlossen und so eine Herausforderung hinsichtlich der Nonproliferation gemeistert werden. Er sollte für die kommenden zehn bis fünfzehn Jahre ein nuklear bewaffnetes Iran verhindern. Doch damit verliert die Aufgabe der Nonproliferation nichts von ihrem Gewicht; neben Iran fordert Nordkorea weitere Anstrengungen in diesem Bereich.
- Verbotener Nachrichtendienst wird auch in der Schweiz betrieben. Informationsabfluss und der daraus resultierende Schaden ist nur ein Problem, das sich hieraus ergibt. Die Zugänge, die Nachrichtendienste zu Personen, Institutionen oder elektronischen Systemen gewinnen, lassen sich potenziell nicht nur zur Informationsgewinnung, sondern auch zu Manipulation oder gar Sabotage nutzen. Nachrichtendienstlich gewonnene Informationen können auch Informationsoperationen dienen, deren Stellenwert zunimmt. Im Bereich Informationssicherheit haben die Erkenntnisse aus der Snowden-Affäre nicht an Bedeutung verloren.



### **Instrument Lageradar**

Der NDB benützt für die Darstellung der für die Schweiz relevanten Bedrohungen das Instrument Lageradar. In einer vereinfachten Version ohne vertrauliche Daten ist der Lageradar auch Bestandteil des vorliegenden Berichts. Diese öffentliche Version führt die Bedrohungen auf, die im Arbeitsgebiet des NDB liegen, ergänzt mit den sicherheitspolitisch ebenfalls relevanten Punkten „Migrationsrisiken“ und „organisierte Kriminalität“. Auf diese beiden Punkte wird im Bericht nicht eingegangen, sondern auf die Berichterstattung der zuständigen Bundesbehörden verwiesen.





# Strategisches Umfeld im Wandel

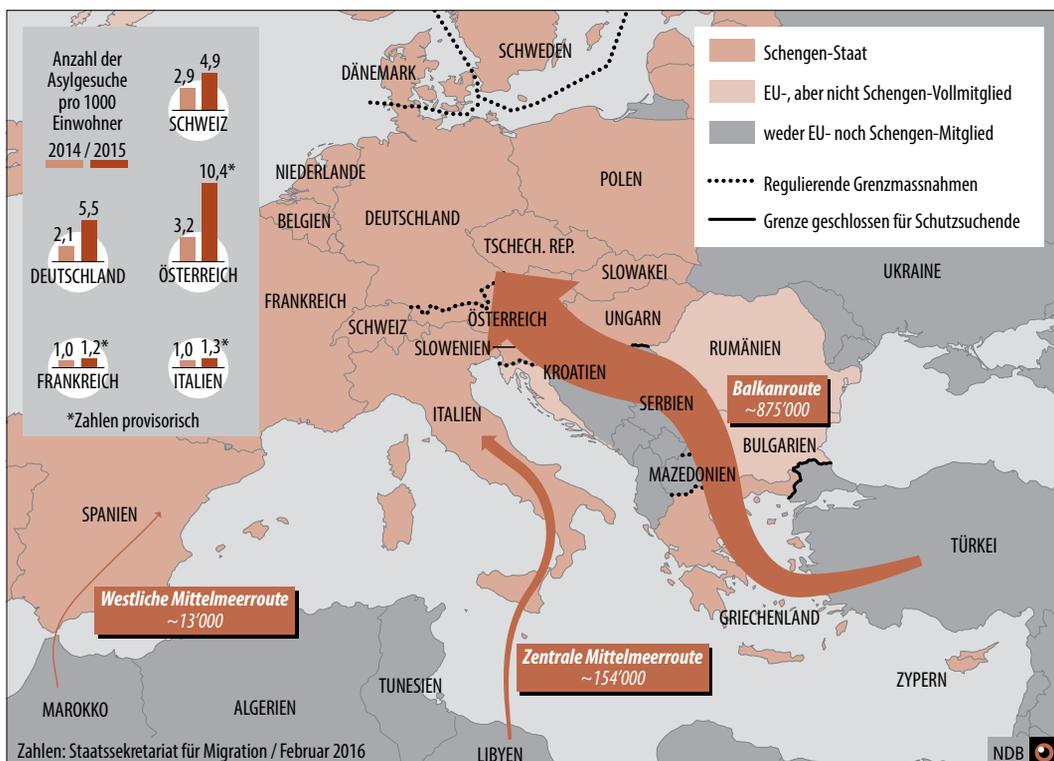
## Langfristige Krisen und Trends

Das strategische Umfeld der Schweiz ist geprägt durch eine aussergewöhnlich hohe Belastung Europas durch unterschiedliche Krisenlagen. In den vergangenen Jahren hat der Lagebericht des NDB diese Krisen regelmässig beschrieben. Sie sind langfristiger Natur, aber sie haben sich ungefähr gleichzeitig verschärft: die politische und wirtschaftliche Krise der europäischen Integration, eine neue Konfliktlage mit Russland sowie die Krisenlagen des Nahen und Mittleren Ostens, deren Auswirkungen in Europa in der Form eskalierter Migrationsbewegungen und einer erhöhten Terrorbedrohung ganz unmittelbar angekommen sind. Das Schwerpunktthema dieses Jahr ist einem weiteren langfristigen Trend von Bedeutung für die Schweiz gewidmet: dem Erstarren Chinas und seinem Aufstieg zu einem globalen Machtfaktor.

## Grosser Veränderungsdruck auf Europa, wie wir es kennen

Die über Jahre stetig zunehmenden Migrationsbewegungen in Richtung Europa sind seit der ersten Jahreshälfte 2015 eskaliert. Allein im Monat Oktober 2015 sind ebenso viele schutzsuchende Migrantinnen und Migranten nach Europa gelangt wie insgesamt im Rekordjahr 2014 – mehrheitlich über die Türkei und Griechenland und weiter über die sogenannte Balkanroute. Vielerorts an den Binnengrenzen sind für Notsituationen vorgesehene temporäre Grenzkontrollen wieder eingeführt worden. Damit sind die Schengen/Dublin-Abkommen, ein Pfeiler des freien Personenverkehrs und eine der sichtbarsten Errungenschaften der europäischen Integration, unter starken Druck geraten.

Die Beeinträchtigung von Schengen ist aber nur der sichtbarste Teil der Herausforderungen, mit denen sich die politische Ordnung Europas



heute konfrontiert sieht. Die europäische Schuldenkrise und damit verbunden die Gefährdung der Stabilität der Eurozone und der gemeinsamen Währung sind nach wie vor virulent und für den Bestand der europäischen Integration ebenso bedeutsam wie die Migrations- und Terrorismusproblematik. Zwar wurden zur Bewältigung der Schuldenkrise in den letzten Jahren immer wieder Schritte im Krisenmanagement gemacht. Harte Strukturreformen besonders in den Ländern der Peripherie sind im Gang. Aber weitere, politisch schwierige Massnahmen stehen noch bevor und werden mindestens das laufende Jahrzehnt in Anspruch nehmen. Politische und wirtschaftliche Krisen, wie sie seit Jahren Griechenland, Portugal, Spanien, Italien oder Zypern erfassen, haben die Tendenz, Spekulationen über die Stabilität der Eurozone und der gemeinsamen Währung auszulösen, und werden in den kommenden Jahren wahrscheinlich wiederkehren.

Es wird sich erst noch weisen, ob die eskalierenden Migrationsbewegungen jene Krise darstellen, die die europäische Integration zum Stillstand bringt oder sogar den gesamten historischen Prozess seit dem Zweiten Weltkrieg in seinem Bestand gefährden wird. Auf den Integrationsprozess wirkt nun auch die erhöhte Terrorbedrohung ein, mit einer vorderhand gemischten Bilanz: Die Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit ist weitherum als notwendig anerkannt, die Bedrohung führt aber auch zur Tendenz, nationale Grenzregime allenfalls auf Kosten des freien Personenverkehrs wieder zu verstärken. Wie auch immer die Antworten auf diese Herausforderungen ausfallen werden:

Mehrere Jahre des schwierigen politischen und wirtschaftlichen Krisenmanagements haben Vertrauen unter den Mitgliedstaaten gekostet. Auch wenn die EU, der Euro und der gemeinsame Markt den langen europäischen Krisenverlauf überdauern sollten, verzögern stark belastete Staatskassen und anhaltende Instabilitäten im europäischen Bankensystem die wirtschaftliche Erholung und erhöhen soziale Spannungen. Weitherum werden die Ränder des politischen Spektrums gestärkt und das politische Zentrum geschwächt. Politische Mehrheiten für EU-weite Lösungen sind immer schwieriger zu erreichen. Ein Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten ist daran, Realität zu werden: Unilaterale Entscheide einzelner Länder werden häufiger, Wünsche nach nationalen Ausnahmebedingungen ebenso. In akuten Krisenfällen ist auch die Suspendierung gemeinsamer europäischer Regeln Realität geworden. Die Debatte in Grossbritannien, wo noch ein Volksentscheid für oder gegen den Verbleib in der EU ansteht, verdeutlicht, dass die Integration Europas nicht unumkehrbar ist.

Die Krise der europäischen Integration betrifft die Schweiz direkt. Nicht nur ist für die Schweiz die Stabilisierung der Eurozone zunächst von grösster wirtschaftlicher Bedeutung. Auch die Politik ist stark gefordert und immer mehr auch die Sicherheitspolitik. Für die Schweiz als in vielen Belangen integralen Teil Europas ist die europäische Integration seit dem Zweiten Weltkrieg ein Garant gerade auch für sicherheitspolitische Stabilität. Ein Europa in der Krise, mit sich selbst beschäftigt und mit Schwierigkeiten bei der Gewährleistung des gemeinsamen Markts und der Entwicklung der

innereuropäischen Solidarität, ist nicht gut gerüstet, um die grossen langfristigen sicherheitspolitischen Herausforderungen zu bewältigen, die das Erstarken Russlands im Osten und die Krisen an der europäischen Süd- und Südostflanke darstellen.

### Russland: Europa in der Anfangsphase einer neuen Konfliktlage mit Moskau

Das Erstarken Russlands auf dem europäischen Kontinent ist ein Prozess, der seit über 15 Jahren anhält. Der Kern des russischen Machtapparats, den Präsident Putin um einen kleinen Kreis von Vertrauten aufgebaut hat, ist personell sehr stabil, die mittelständische Oppositionsbewegung ist eingedämmt und die Zentralisierung des Systems sowie die internen Kontrollen werden laufend verstärkt. Die russische Wirtschaft wird derzeit zwar durch die westlichen Sanktionen und mehr noch durch die stark gesunkenen Ölpreise belastet. Das korporatistische Machtsystem ist jedoch gebaut worden, um Widerwärtigkeiten trotzen zu können. Unter stabilitätsrelevanten Druck dürfte es

erst kommen, falls der Ölpreis über längere Zeit auf tiefem Niveau verharrt.

Seit einigen Jahren tritt Russland, in einer Position wieder gewonnener Stärke, der erweiterten EU und Nato in Osteuropa entgegen und ist bestrebt, an seiner Grenze eine eigene Einflussosphäre zu konsolidieren. Diese Machtpolitik in Europa wird in der breiteren russischen Bevölkerung akzeptiert.

Die Ausdehnung des russischen Einflusses ist deutlich zu erkennen. Russland hat begonnen, den post-sowjetischen Status quo in Europa herauszufordern – auch militärisch. Die Ukraine bedeutet für die russischen Ambitionen strategisches Gelände und Herzstück einer eigenen Einflusszone. Seit der Annexion der Krim wird der Konflikt mit Waffengewalt ausgetragen. Zwei Jahre später sind die ukrainische Wirtschaft und die Bevölkerung vom bewaffneten Konflikt gezeichnet. Aber auch interne Machtkämpfe schwächen das Land. Die politische Elite in Kiew, die traditionelle Oligarchenherrschaft, ist in schwere innere Machtkämpfe verwickelt, die den ukrainischen Staat wie nie zu-

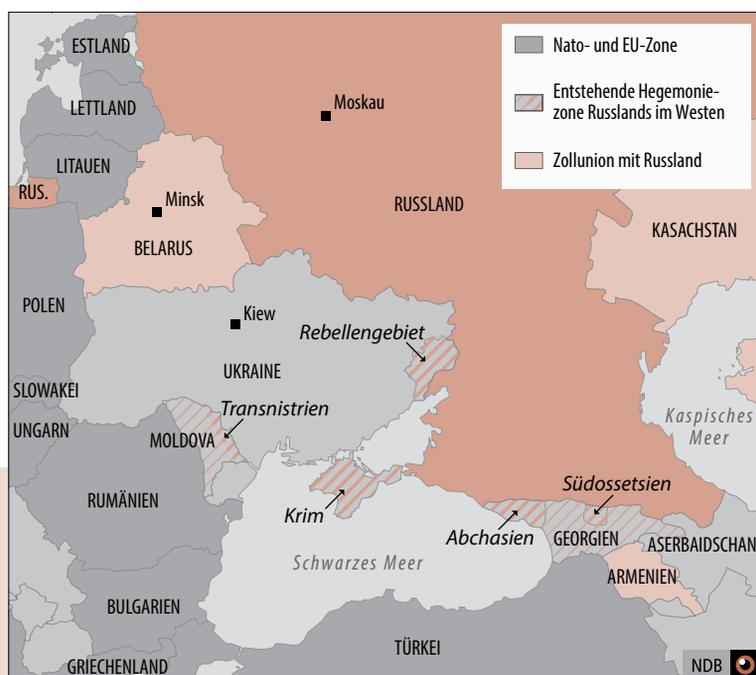


vor seit seiner Unabhängigkeit 1991 schädigen und die Tendenz zur Aufspaltung des Landes in seine Regionen fördern. Russischer Einfluss steht bereit, die heutige Führung zu beerben. Im benachbarten Moldova wurde 2015 die prowestliche Regierung nach jahrelangen internen Machtkämpfen und nach Protesten frustrierter Bürgerinnen und Bürger abgelöst, und das Land öffnet sich wieder vermehrt russischem Einfluss. Russischer Einfluss ist in Belarus bereits dominierend und macht auch in Georgien Fortschritte.

Der Konflikt mit Russland ist aller Wahrscheinlichkeit nach kein vorübergehendes Phänomen, sondern eine langfristig wirksame Veränderung im strategischen Umfeld der Schweiz. Eine 25 Jahre dauernde Ära, in der sich auf dem alten Kontinent zwischenstaatliche Konflikte zurückbildeten, ist zu Ende gegangen. Die Rückkehr zu einer Lage, wie sie in den vergangenen zwei Jahrzehnten vorherrschte, in der die Entwicklung hin zu einem gemeinsamen sicherheitspolitischen Raum vom Atlantik bis zum Ural zumindest als Fernziel eine Perspektive darstellte, ist mittlerweile unwahrscheinlich

geworden. Auch der gemeinsame Kampf gegen den dschihadistischen Terrorismus wird aller Wahrscheinlichkeit nach die wachsende geopolitische Polarisierung zwischen Ost und West nicht aufhalten können. Europa steht wahrscheinlich vor einer lang anhaltenden Konfrontation zwischen dem Westen und Russland auf politischer, wirtschaftlicher und militärischer Ebene. Der Ukraine Konflikt, die anschliessenden Wirtschaftssanktionen des Westens gegen Russland, die Sanktionen Russlands gegen die EU, die Rezession der russischen Wirtschaft sowie das militärische Vorgehen Russlands in Syrien sind Ausdruck dieser Auseinandersetzung, die sich wahrscheinlich weit in die 2020er-Jahre hinziehen wird. Ein Prozess ist in Gang gesetzt, der über die Zeit zur Ausbildung konkurrierender Einflusszonen auf dem europäischen Kontinent führen dürfte.

Die realistischen sicherheitspolitischen Entwicklungsmöglichkeiten in Europa reduzieren sich auf zwei grobe Kategorien: Eine, in der auf dem Kontinent eine Verständigung zwischen Ost und West die Konflikte entlang der sich herausbildenden Einflusszonen frühzeitig begrenzt,



und eine alternative Entwicklung, in deren Rahmen sich die Eskalationsspirale über die nächsten Jahre Schritt für Schritt weiter nach oben dreht. Im günstigeren Fall entwickelt sich ein stetes Ringen um Einfluss in einer breiten Zone quer durch den Kontinent, in dem sich Phasen von Spannung und Entspannung abwechseln, in dem Grenzen des eigenen Einflusses und des gegnerischen Widerstands laufend getestet werden. Wie diese Entwicklung im Einzelnen verlaufen wird, ob es gelingt, diese Spannungen zu regulieren und den Mitteleinsatz zu begrenzen, Konflikte einzufrieren und eigene Ansprüche zu limitieren oder zumindest deren Erfüllung aufzuschieben, ist ungewiss. Dieser laufende Konflikt kann in den nächsten Jahren in verschiedenen Zonen des strategischen Umfelds der Schweiz zu schweren Krisenfällen führen: Auf der Ost-West-Bruchlinie quer durch Europa befindet sich neben der Ukraine, Belarus und Moldova im Norden auch das Baltikum und im Süden der Balkan, wo die Ost-West-Rivalität Konflikte in einer Region überlagern könnte, die den Zerfall von Jugoslawien noch nicht überwunden hat.

Derweil rücken die Staaten der Nato die kollektive Verteidigung wieder stärker in den Vordergrund. Seit 2014 wird der Aufbau rasch einsetzbarer Kräfte verstärkt, die Übungstätigkeit intensiviert und der Instandstellung von Material und Infrastruktur eine wieder grössere Bedeutung beigemessen. Die USA haben ihrerseits damit begonnen, die abschreckende Wirkung der US-Streitkräfte in Europa zu erhöhen und die Grundlagen für eine schnelle Verstärkung im Konfliktfall wieder zu verbessern. Dabei werden nicht nur rein militärische Bedrohungen,

sondern auch Herausforderungen unterhalb der Kriegsschwelle antizipiert: Cyberangriffe ebenso wie Sabotageakte mittels Sonderoperationskräften oder anderen gewaltbereiten Akteuren gegen kritische Infrastrukturen, Informationskriegsführung oder wirtschaftliche Zwangsmassnahmen. Mit dem strategischen Umfeld wandelt sich auch die Lage für die Schweiz. Ein bewaffneter Angriff auf die Schweiz ist nach wie vor wenig wahrscheinlich. Aber sie ist durch die Entwicklung in Europa mannigfach herausgefordert. Es ist unverkennbar, dass sich das Umfeld der Schweiz wieder stärker in Ost-West-Richtung polarisiert und auch militarisiert. Der Konflikt mit Russland ist Ausdruck einer neuen Phase des geopolitischen Ringens. Drohungen sind beidseits der EU/Nato-Ostgrenze eine Realität geworden und derzeit am Wachsen. Ein Krisenfall in diesem Raum zwischen Ost und West – ob oberhalb oder unterhalb der Kriegsschwelle – würde möglicherweise ohne grosse Vorwarnzeiten zu einer Herausforderung der politischen Ordnung Europas werden, einer Ordnung, deren Stabilität seit dem Zweiten Weltkrieg eine Grundlage gerade auch der Schweizer Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist.

### **Die Folgen des arabischen Frühlings erreichen Europa**

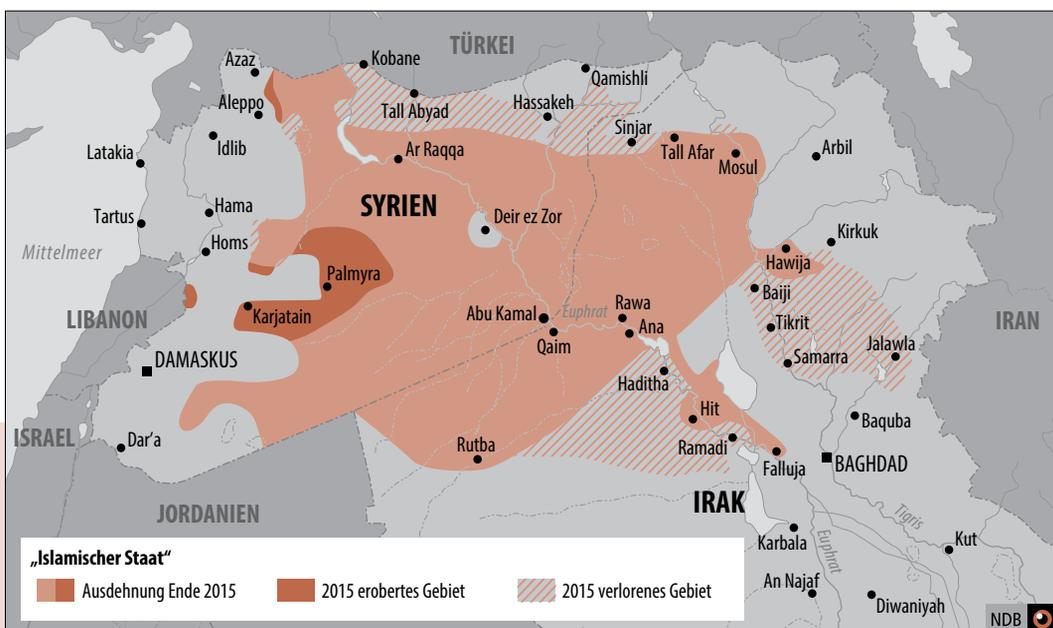
2015 war das Jahr, in dem die Krisenlage im Nahen und Mittleren Osten als Folge des arabischen Frühlings von 2011 endgültig Europa erreichte. Zum einen eskalierte die Migration 2015 in einem Mass, dass die Aufnahmeinfrastrukturen in Europa stellenweise zusammenbrechen liess und eine eigentliche Flüchtlingskrise mit

schwierigen politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen bewirkte. Zum andern hat der dschihadistische Terrorismus der Organisation „Islamischer Staat“ im Irak und in Syrien seine globalen Wirkungsmöglichkeiten mit dem Anschlag auf ein russisches Passagierflugzeug über dem Sinai und den Anschlägen in Paris zwar nicht zum ersten Mal, aber doch mit einer neuen Qualität demonstriert.

Syrien ist in mehrfacher Hinsicht das Epizentrum der Krisenlage. Zwar sind nirgends in der Region ursächliche Probleme des arabischen Frühlings einer Lösung näher gebracht worden (mit der möglichen Ausnahme von Tunesien), und neue Krisen sind eskaliert (wie im Jemen). Die Spannungen zwischen Saudi-Arabien und Iran bergen besonders weitreichendes Destabilisierungspotenzial für die Region. Aber es ist in Syrien, wo die Expansion des „Islamischen Staats“ und Abnützungerscheinungen des Regimes von Präsident Baschar al-Asad den Konflikt in einem neuen Ausmass internationalisiert haben. Russland hat den Entscheid von strategischer Tragweite gefällt, mit eigenen militärischen Verbänden an der Seite des Regimes einzugreifen. Dieser Schritt und die Anschläge

des „Islamischen Staats“ in Paris haben der Einflussnahme der westlichen Mächte neue Impulse verliehen: Neue Anläufe für eine politische Lösung, aber auch neue militärische Operationen im Rahmen des Kampfs gegen den Terrorismus wurden ausgelöst. Zu diesem Zeitpunkt der Krise in Syrien, die bald in ihr sechstes Jahr geht, ist der Preis für politische Kompromisse bereits deutlich erhöht. Eine Entscheidung im syrischen Bürgerkrieg ist trotz verstärkten militärischen Operationen noch nicht absehbar, und noch weniger eine belastbare politische Lösung des Konflikts.

Die Wirkung des „Islamischen Staats“ reicht weit. Für mindestens die nächsten zwölf Monate dürfte er ein eigenes Gebiet kontrollieren, auch wenn dieses aufgrund militärischer Erfolge seiner Gegner derzeit schrumpft. Eine nachhaltige militärische Niederwerfung des „Islamischen Staats“ im Irak und in Syrien ist 2016 nicht wahrscheinlich: Die Gruppierung nutzt weiterhin die Schwächen ihrer Gegner aus. Sie stellt mit ihren Machtdemonstrationen vom Irak und von Syrien über Libanon und Ägypten bis nach Libyen die prekäre Legitimität der Staatsgrenzen und damit die fast hun-



dertjährige postosmanische Ordnung im Nahen und Mittleren Osten in Frage. Schliesslich provoziert sie auch neue, möglicherweise lang andauernde Runden von militärischen Eingriffen in der Region, angeführt von den USA und Russland.

Der Ausgang dieses Umbruchs an der Süd- und Südostflanke Europas ist nach wie vor offen. Eine Konsolidierung des „Islamischen Staats“ in Syrien und im Irak wäre für die Ordnung des Nahen und Mittleren Ostens eine Veränderung von strategischer Bedeutung und hätte sicherheitspolitische Konsequenzen für Europa, die Schweiz eingeschlossen. In Syrien kämpft das Regime weiter und wird möglicherweise überleben, allerdings auf den Ruinen der syrischen Gesellschaft und ohne stabile Kontrolle über zahlreiche Provinzen. Der Verlust staatlicher Kontrolle in weiten Gebieten Syriens und des Iraks wird es notwendig machen, dass der Westen und Russland langjährige militärische Engagements aufrechterhalten, mit denen möglicherweise auch neue geopolitische Rivalitäten in die Region getragen werden. Ägypten und Tunesien ringen mit unterschiedlichen Mitteln um eine Stabilisierung der Machtverhältnisse im eigenen Land. Libyen hat dieses Ringen verloren und zeigt mittlerweile alle Symptome eines gescheiterten Staats.

Die Schweiz unterstützt, wo er noch besteht, den schwierigen und langwierigen Transformationsprozess in der Region. Aber sie kann sich den Risiken im südlichen und östlichen Mittelmeerraum nicht entziehen. Die Migration aus dem Krisengebiet nach Europa ist zu einer der beiden dringlichsten und grössten

Herausforderungen geworden. Europa kann versuchen, die Folgen einzudämmen und zu bewältigen. Aber ohne Stabilisierung der Region – und danach sieht es derzeit nicht aus – wird der Migrationsdruck auf Europa auch in den nächsten zwölf Monaten auf hohem Niveau bleiben.

Die andere grosse Herausforderung für Europa ist die Bewältigung der erhöhten Terrorbedrohung aus der Region. Die Problematik war Schwerpunktthema des Jahresberichts 2015 des NDB. Das Phänomen der dschihadistisch motivierten Reisebewegungen ist zu jenem gravierenden Sicherheitsproblem für die westlichen Staaten geworden, das zu befürchten war. So hat der NDB am 2. November 2015 – elf Tage vor den Anschlägen in Paris – an einer Medienkonferenz auf die erhöhte Bedrohung hingewiesen, weil es Hinweise gebe, dass der „Islamische Staat“ Personen mit dem Auftrag nach Europa geschickt habe, hier Anschläge zu planen oder durchzuführen. Darüber hinaus werden aber zahlreiche weitere Problemfelder die unverminderte Aufmerksamkeit der Behörden verlangen: Die Gefährdung der Sicherheit von Staatsangehörigen und diplomatischen Vertretungen in der Region, terroristische Bedrohungen und Entführungsfälle in der Region, die Störung von Handel und Energieversorgung oder auch die Bewältigung von Sanktionsregimen und der Umgang mit Geldern politisch exponierter Personen.

### **Energiesicherheit**

Die krisenhafte Entwicklung der Weltwirtschaft und die politischen Herausforderungen in globalwirtschaftlich kritischen Regionen

werden begleitet von Verwerfungen auf den Rohstoffmärkten. Diese rufen die Abhängigkeit von Rohstoff- und Energieimporten jeweils neu ins Bewusstsein der Öffentlichkeit. Was die Energiesicherheit der Schweiz anbelangt, haben sich die Risiken jedoch nicht grundlegend verändert. Ein gut funktionierender Erdölmarkt gewährleistet auch in Zeiten erhöhter Unsicherheiten in den Produktionsregionen die Versorgung der Schweiz. Dies gilt auch mit Blick auf den dramatischen Zerfall des Ölpreises, der kurzfristig für Importländer Preisvorteile bietet, mittelfristig aber kontinuierliche Investitionen in Prospektion und Entwicklung von neuen Ölfeldern verhindert, was möglicherweise wieder zu ansteigenden Preisen führen wird. Beim Erdgas existiert noch kein vergleichbar robuster internationaler Markt. Die Abhängigkeit der Schweiz von fixen Pipelinesystemen, die stark auf Russland ausgerichtet sind, wird sich in naher Zukunft nicht wesentlich verändern. Sowohl das EU-Grossprojekt Nabucco als auch das russische Projekt South Stream sind in den vergangenen Jahren abgebrochen worden. Die Bedeutung des Krisengebiets Ukraine für den Erdgastransit von Russland nach Europa wird dadurch kurzfristig noch akzentuiert. Längerfristig hat die technologische Revolution im Zusammenhang mit der Förderung von Schiefergas das Potenzial, die Entwicklung eines internationalen Erdgasmarkts zu beschleunigen und die Energiesicherheit auch der Schweiz positiv zu beeinflussen.

### **Schwerpunkt China**

Der Schwerpunkt des vorliegenden Berichts ist China gewidmet: Nicht nur die Tagesaktua-

lität hat den Blick eines Nachrichtendienstes zu bestimmen, sondern auch langfristige Trends, wenn sie Auswirkungen auf die Schweiz haben. Das Erstarken Chinas und sein Aufstieg zum globalen Machtfaktor erfüllt diese Bedingung zweifellos. Durch das wachsende internationale Engagement Chinas nehmen auch – durchaus von beiden Seiten ausgehend – die Kontakte zwischen der Schweiz und China zu.

China versteht sich als stärkste Macht Asiens und sucht die Anerkennung als ein den USA politisch und wirtschaftlich ebenbürtiger Akteur. Seit Amtsantritt des Staats- und Parteichefs Xi Jinping verfolgt es den Leitsatz des „chinesischen Traums der Verjüngung und des Wiederaufstiegs der Nation“. Im internationalen Kontext zeigt es sich als verlässlicher Akteur, setzt seine Interessen aber auch zielstrebig durch. Es strebt eine regionale Führungsrolle in Asien an.

### **Terrorismus**

Dschihadistisch motivierter Terrorismus stellt weiterhin eine grosse Bedrohung in dschihadistischen Konfliktgebieten, aber auch in westlichen, islamischen und weiteren Staaten dar. Radikalisierte gewaltbereite Personen könnten auch in der Schweiz zur Tat schreiten oder die Schweiz missbrauchen, um von hier aus Anschläge in anderen Staaten vorzubereiten. Insgesamt hat sich die Bedrohung durch dschihadistisch motivierten Terrorismus in Europa noch einmal erhöht. Dies gilt auch für die Schweiz, die Teil des westeuropäischen Bedrohungsraums ist.

Daneben ist der ethno-nationalistisch motivierte Terrorismus und Gewaltextremismus nicht zu vergessen. Namentlich die Arbeiter-

partei Kurdistans (PKK) verfügt auch in Westeuropa über ein Gewaltpotenzial, das sie jederzeit nutzen kann. Abhängig von der Lage in der Türkei und in kurdisch besiedelten Gebieten ist mit wiederholten, europaweit koordinierten Veranstaltungen und Aktionen zu rechnen. Diese dürften jedoch zumindest in der Schweiz keinen gewaltsamen Charakter aufweisen. Einzelne Vorkommnisse am Rand von Demonstrationen können aber rasch zu Gewalttaten führen, insbesondere beim Aufeinandertreffen von türkischen und kurdischen Gruppen.

### Rechts- und Linksextremismus

Das Gewaltpotenzial sowohl der rechts- wie der linksextremen Szene bleibt bestehen. Trotzdem ist die Lage derzeit weitgehend entspannt. Namentlich die besondere, angespannte Lage im Bereich Asyl, aber auch weitere dschihadistisch motivierte Anschläge in Europa haben jedoch das Potenzial, im rechts- wie linksextremen Bereich zu einer Lageverschärfung zu führen. Konkrete Hinweise auf eine solche Lageentwicklung bestehen in der Schweiz zwar derzeit nicht, wohl aber in andern Ländern Europas.



### Proliferation

Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägermittel gefährdet weiterhin die Sicherheit in zahlreichen Regionen der Welt. Die Lage im Zusammenhang mit dem iranischen Nuklearprogramm hat sich dank einem diplomatischen Durchbruch 2015 deutlich entspannt. Iran wird aber noch über Jahre hinaus einem speziellen Bewilligungsregime im Bereich des Aussenhandels unterworfen sein. Das Abkommen Irans mit den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats plus Deutschland, kodifiziert durch eine UNO-Sicherheitsratsresolution, verpflichtet in Teilbereichen auch die Schweiz als einen der wichtigsten Exporteure von Dual-use-Gütern. Nordkorea führt seine Massenvernichtungswaffenprogramme ungehindert fort und testete am 6. Januar 2016 erneut einen Kernsprengsatz. Das 2014 eingeführte internationale Sanktionsregime im Zusammenhang mit der militärischen Eskalation der Lage in der Ukraine ist auch für die Schweiz eine neue Herausforderung. Darüber hinaus erinnert der wiederholte Gebrauch von chemischen Substanzen in der Konfliktführung in Syrien und im Irak an die Bedeutung der Proliferationsbekämpfung auch für benachbarte Themenfelder wie das der Terrorismusbekämpfung.

### Verbotener Nachrichtendienst

Staaten oder von Staaten beauftragte private Akteure betreiben verbotenen Nachrichtendienst; vereinzelt besteht auch ein Markt für illegal beschaffte Informationen. Befreundete Staaten gibt es im Bereich Spionage nicht, wohl aber Zusammenarbeit bei übereinstimmender

Anschlag mit unkonventioneller Spreng- und Brandvorrichtung im Zusammenhang mit dem WEF, Zürich Januar 2016 (Stadtpolizei Zürich)

Interessenlage. In der Regel definieren staatliche Interessen die Zielrichtung der Beschaffungsaktivitäten – es handelt sich ebenso um konstante wie von der aktuellen Lage diktierete Bedürfnisse. Verbotener Nachrichtendienst schafft Zugänge zu Personen und Systemen, die sich möglicherweise nicht nur zur Informationsgewinnung nutzen lassen: Sie können allenfalls auch der Manipulation oder gar Sabotage von Daten dienen. Die Informationen werden im Interesse des jeweiligen Staates genutzt, meist heimlich, gegebenenfalls werden sie aber auch publik gemacht. Informationsoperationen haben in den vergangenen Jahren stark an Bedeutung gewonnen.

### Cyberspace

Vorliegender Bericht geht nicht gesondert auf den Cyberspace ein, zum einen weil der Cyberspace ein Querschnittsthema ist, zum anderen, weil die Melde- und Analysestelle Informationssicherung halbjährlich über die jüngsten Entwicklungen berichtet. Aber die sogenannte reale Welt findet sich auch in vielen Bereichen der sogenannten virtuellen Welt wieder. Ein vollumfängliches Abbild stellt die virtuelle Welt allerdings nicht dar. Der grosse Unterschied besteht darin, dass in der virtuellen Welt jeder vernetzte Punkt der Erde in Sekundenbruch-

teilen erreicht werden kann. Für einen Akteur mit bösen Absichten heisst das, dass er diese Punkte angreifen kann, ohne vor Ort sein zu müssen. Die Hemmschwellen liegen meist tiefer und Angriffe werden eher durchgeführt: sei es, weil die Anonymität in der virtuellen Welt grösser ist und die persönlichen Konsequenzen für das eigene Tun geringer, sei es, weil das Opfer erkennbar, erreichbar oder ungenügend geschützt ist. Als Beispiel können die Kampagnen des Hackerkollektivs Anonymous gegen Ziele gelten, die mehr oder weniger etwas mit dem „Islamischen Staat“ zu tun haben – die Angreifer bleiben dabei unerkannt. In der Folge ergreift der „Islamische Staat“ beziehungsweise ergreifen seine Protagonisten Schutzmassnahmen, die von persönlichen Vorkehrungen bis zum Rückzug ins Dark Web – den über gängige Suchmaschinen nicht auffindbaren Teil des Internets – reichen.

Angriffe können unterschiedliche Formen annehmen; das sogenannte Website Defacement (Verunstaltung von Webseiten) ist eine davon: Nach dem Anschlag auf die Zeitschrift „Charlie Hebdo“ wurden in Frankreich 1300 Cyberangriffe mit 25'000 gehackten und mit islamistischer Propaganda und Sympathiebotschaften verunstaltete Webseiten festgestellt. Diese Angriffswelle schwappte auch auf die Romandie über.



Eine der den zahlreichen Webseitenverunstaltungen nach dem Anschlag auf „Charlie Hebdo“, Januar 2015

Nebst solchen privaten oder lose organisierten Akteuren treten in Konflikten auch staatliche Akteure auf. Deren Mittel sind meist grösser, demgemäss auch der Schaden, den sie zufügen (können) – entsprechend höher ist ihre sicherheitspolitische Bedeutung. So wurden in der Schweiz und in Österreich diverse Orte angegriffen, an denen die Atomverhandlungen mit Iran stattfanden. Das Eindringen in Computernetze zwecks Spionage kann bereits unmittelbar Teil eines Konflikts sein. Es ermöglicht aber auch, einem Gegner später zum Beispiel durch Manipulationen oder gar Sabotage Schaden zuzufügen. Sabotagefälle sind weiterhin selten: Gemäss Medienmeldungen im Januar 2016 sollen jedoch Hacker für einen Stromausfall in der Ukraine gesorgt haben. Nach dem Angriff auf eine iranische Zentrifugenanlage und auf ein Stahlwerk in Deutschland würde es sich um den dritten solchen Fall handeln.

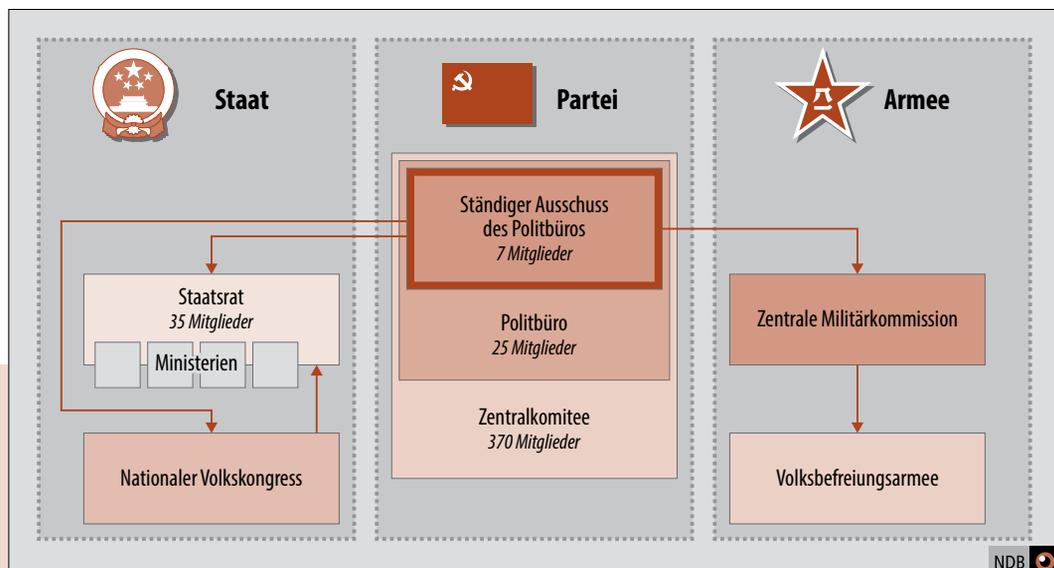
## Schwerpunkt China

China hat in den letzten dreissig Jahren eine enorme Stärkungsphase durchlaufen. Ausschlag hierfür gab die von Deng Xiaoping stark vorangetriebene Reform- und Öffnungspolitik. Durch den daraus entstandenen wirtschaftlichen Aufschwung ist China zur zweitgrössten Volkswirtschaft der Welt aufgestiegen. Aufgrund der nun akkumulierten wirtschaftlichen Stärke tritt Peking gegen aussen selbstbewusster auf und macht zunehmend seinen Einfluss weltweit geltend. China versteht sich als stärkste Macht Asiens und sucht die Anerkennung als ein den USA politisch und wirtschaftlich ebenbürtiger Akteur. Durch das wachsende internationale Engagement Chinas nehmen auch – von beiden Seiten ausgehend – die Kontakte zwischen der Schweiz und China zu.

### Ein erstarkendes China unter Xi Jinping

Nach seinem Amtsantritt 2012 konsolidierte Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping im Eiltempo seine Position an der Spitze von Staat, Partei und Armee. Zu Beginn seiner Amtszeit verkündete er den Leitsatz des „chinesischen

Traums der Verjüngung und des Wiederaufstiegs der Nation“. Damit thematisierte er Chinas historische Sehnsucht nach der Wiedererlangung nationaler Grösse, verbunden mit dem Wunsch des Volkes nach Wohlstand und Wohlfahrt. Die Partei verwendet solche Slogans, um ihre Legitimität und Glaubwürdigkeit zu propagieren. Aufgrund schwerwiegender Korruptionsskandale und parteiinternen Machtkämpfen ist ihr Image angeschlagen. Daher präsentiert sich die Partei in den Staatsmedien als volksnah und als Vertreterin der Massen. Der neue, zupackende Stil der Regierung wird vor allem durch Xis präzedenzlose Antikorruptionskampagne deutlich, mittels der Zehntausende politische Widersacher und Kritiker aus Partei, Militär und Regierung abgesetzt wurden. Parallel zur Antikorruptionskampagne förderte Xi die Etablierung eines sozialistisch geprägten Rechtsstaats mit chinesischen Charakteristiken. Das Land soll strikt nach Recht und Gesetz regiert werden. Damit wird nicht etwa eine Gewaltentrennung angestrebt, sondern viel eher das erneute Vertrauen der Bürger in die Justizorgane,



die aber weiterhin der vollständigen Parteikontrolle unterliegen. Xi nutzt diese Entwicklungen, um seine Macht und Kontrolle auf den ganzen Regierungsapparat auszuweiten.

Die aktuelle Führung geht mit ihren harschen Methoden nicht nur gegen Korruption und Uneinigkeiten innerhalb der Partei vor, sondern bekämpft gleichzeitig auch die Entstehung einer gegenüber der Partei kritischen Zivilgesellschaft. Dies äusserte sich 2015 in einer Verhaftungswelle von mehr als 300 chinesischen Menschenrechtsanwälten oder der Inhaftierung von chinakritischen Publizisten in Hongkong. Die Partei treibt eine starke Ideologisierung und Abschottung der Bevölkerung vor Einflüssen aus dem Ausland voran. Dazu hat sie Kontrolle und Zensur der Medien und des Internets massiv verschärft. In Schulen und Universitäten, so verlangte es der Bildungsminister, sollen westliche Werte aus dem Unterrichtsstoff verschwinden und chinesische Werte gestärkt werden. Das marxistische Gedankengut ist davon ausgenommen. Die Partei fürchtet sich vor Gruppen, die fähig sind, sich ausserhalb ihres Einflussbereichs zu organisieren und Menschen zu mobilisieren. Deshalb tut sich Peking mit ethnischen Minderheiten, unabhängigen spirituellen Gruppierungen, Gewerkschaften und Dissidenten schwer. Kritiker des Regierungssystems werden nicht geduldet. Denn das oberste Ziel des Regimes bleibt der Machterhalt der Kommunistischen Partei. Darüberhinaus zählen die Wahrung der territorialen Integrität und die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung zu den Parteiprioritäten.

### **China bedarf tiefgreifender Wirtschaftsreformen**

Nach rund dreissig Jahren Rekordwachstum bedarf das chinesische Wirtschaftsmodell tiefgreifender Reformen. China stieg zwar zur zweitgrössten Volkswirtschaft auf und vermochte während des wirtschaftlichen Aufschwungs rund 500 Millionen Menschen aus der Armut zu heben. Parallel zum wirtschaftlichen Aufschwung entwickelten sich jedoch auch problematische Begleiterscheinungen wie industrielle Überkapazitäten, Überinvestitionen und die Überschuldung von Lokalverwaltungen. Diese Schwierigkeiten wurden durch die expansive Geldpolitik Chinas im Nachgang der Finanzkrise 2008 verstärkt. Generell wird das Wirtschaftswachstum zu wenig vom eigenen Konsum und zu stark von der Exportwirtschaft und von Infrastrukturinvestitionen getragen. Kommt hinzu, dass sich durch die darbende Weltwirtschaft die Nachfrage nach chinesischen Gütern verringert. China kämpft daher mit einem Rückgang des Wirtschaftswachstums.

Im November 2013 beschloss das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas ein ehrgeiziges Restrukturierungsprogramm der chinesischen Wirtschaft. Ziel der Neuausrichtung ist die Transformation hin zu einer innovativen Dienstleistungswirtschaft, die durch die Anhebung des Lohnniveaus verstärkt vom Binnenkonsum getragen wird. Gemäss den Reformplänen sollen die wirtschaftliche Einflussnahme der Zentralregierung abnehmen und marktwirtschaftliche Kräfte gestärkt werden. Die Reformen werden bislang zaghaft umgesetzt, da bürokratische Hürden und der Widerstand der Staatsbetriebe die Umsetzung

behindern. Die Regierungsinterventionen zur Stabilisierung der Börsenkurse im Sommer 2015 sowie die unangekündigte Abwertung der chinesischen Währung im Herbst 2015 veranschaulichen, dass die Regierung sich noch immer gezwungen sieht, in den Markt einzugreifen. Peking wird für seine Marktinterventionen kritisiert, besonders weil sie bislang von mangelhafter Kommunikation begleitet wurden.

Das starke Wirtschaftswachstum Chinas hatte aber auch negative Folgen wie eine drastische Umweltverschmutzung und stark zunehmende Einkommensunterschiede. Obwohl sich die Partei dessen bewusst ist, bergen beide Aspekte sozialen Zündstoff in sich. Sie sind deswegen besonders brisant, weil sie mit Anliegen der wachsenden Mittelschicht verknüpft sind. Diese ist besser informiert und vernetzt und hat mehr finanzielle Mittel zur Verfügung als Bauern und Arbeiter. Daher kann sie sich besser koordinieren, mobilisieren und die Partei herausfordern.

Langfristig steht China vor einem demografisch bedingten Problem: Eine sinkende Anzahl von Erwerbstätigen muss für die steigende Anzahl von Nichterwerbstätigen aufkommen. Dies ist Folge der Ein-Kind-Politik, deren Lockerung dem demografischen Wandel Chinas nur marginal entgegenwirken wird. Ein weiteres Problem besteht im Wohlstandsgefälle zwischen Küsten- und Binnenprovinzen sowie zwischen Stadt und Land. Damit sind Herausforderungen verknüpft wie die starke Binnenmigration von über 250 Millionen Wanderarbeitern und die Diskriminierung der Wanderarbeiter aufgrund fehlender Niederlassungsbewilligungen. Doch trotz wiederkehrenden Protesten gegen Umweltschä-

den, schlechte Arbeitsbedingungen, Landenteignungen oder behördliche Diskriminierungen gibt es keine Anzeichen für grosse soziale Unruhebewegungen mit regional übergreifendem Charakter. In Grenzprovinzen wie Tibet, Xinjiang oder der Inneren Mongolei wirken die sozio-ökonomischen Probleme besonders stark, da die ethnischen Minderheiten wirtschaftlich benachteiligt und politisch unterdrückt werden.

### **Chinas Machtprojektion gegen aussen**

Seit dem Amtsantritt von Xi Jinping tritt China gegen aussen aktiver und selbstbewusster auf. Xi Jinping verkörpert ein erstarktes China, indem er bereits früh in seiner Amtszeit die aussenpolitische Zurückhaltung seiner Vorgänger ablegte. Die chinesische Führung betreibt eine intensive Besuchspolitik und weiss sich an multilateralen Gipfeltreffen geschickt in Szene zu setzen. Sie versucht international mehr Verantwortung zu schultern, um an Einfluss zu gewinnen, und wirkt zunehmend auf einzelne globale Probleme gestaltend ein. Auf dem Papier verfolgt Peking aussenpolitisch das „Prinzip der friedlichen Entwicklung“. Bei Chinas Kerninteressen ist die Regierung jedoch zu keinerlei Konzessionen bereit und scheut auch eine konfrontative Haltung nicht. Dies gilt vor allem für die überlappenden territorialen Besitzansprüche im Ost- und Südchinesischen Meer, aber auch für die Taiwanfrage und die internationale Unterstützung der tibetischen Exilregierung. Dies erhöht das Konfliktpotenzial vor allem mit Nachbarstaaten sowie den USA und gefährdet die für China wichtigen Wirtschaftsbeziehungen. China versucht daher gleichzeitig, sein aussenpolitisches Umfeld, insbesondere an sei-

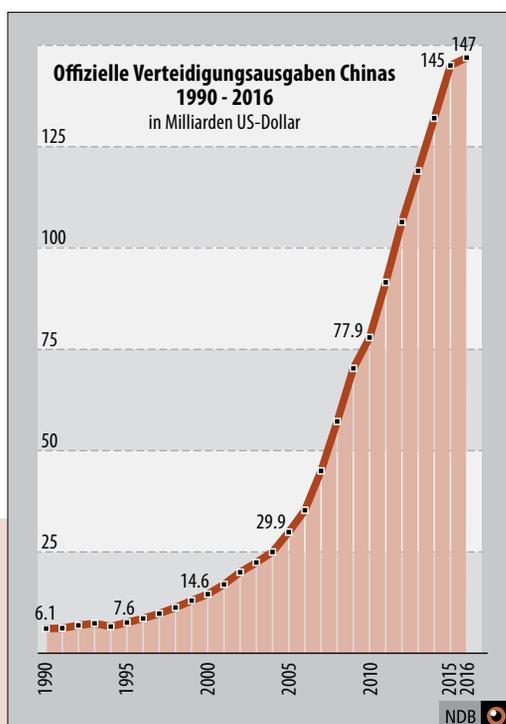
ner Peripherie, zu stabilisieren. In erster Linie nutzt China dazu seine wirtschaftliche Dominanz und seine reichlich verfügbaren Finanzmittel. Bei Auslandsreisen werden Abkommen über Auslandsinvestitionen in Milliardenhöhe unterzeichnet. Für mehrere Staaten im Asean-Raum und auf dem afrikanischen Kontinent, aber auch für Südkorea, die Mongolei und Taiwan ist China mittlerweile zum grössten Handelspartner geworden. So versucht China durch seine expansive Wirtschaftspolitik und die Schaffung von wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen, den Einfluss der USA in der Region zu schwächen.

Darüber hinaus vollzieht China eine umfangreiche Modernisierung seiner Streitkräfte. Seit Jahren steigen Chinas Verteidigungsausgaben nahezu im Gleichschritt mit dem allgemeinen Wirtschaftswachstum stark an. Xi Jinping strebt eine starke und jederzeit kampfbereite Armee an, die die innere und äussere Sicherheit gewährleisten kann. Die chinesische Armee entwickelt sich von einer rein territorial verankerten und wenig beweglichen Verteidigungsar-

mee zu einer dynamischen Streitkraft, mit einer Befähigung, militärische Wirkung auch in einer gewissen Distanz zu entfalten. Dieser Prozess wird sich über die kommenden dreissig Jahre hinziehen. Zurzeit bleibt trotz der massiven militärischen Modernisierung und einem demonstrierten Fähigkeitszuwachs die Einsatzbereitschaft der chinesischen Streitkräfte limitiert.

Obwohl die chinesische Armee noch grosse Fähigkeitslücken aufweist und sich inmitten eines Transformationsprozesses befindet, wird sie als ein immer wirkungsvolleres Instrument der Machtpolitik verstanden. Bereits jetzt setzt China militärische Mittel zur Markierung regionaler Interessen ein. Obwohl die chinesische Aussenpolitik vom Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten geprägt ist, konnte zudem in den vergangenen Jahren der vermehrte Einsatz militärischer Verbände fernab der eigenen Küste beobachtet werden. Insbesondere die Marine und die Luftwaffe gewinnen in diesem Kontext gegenüber dem bis anhin dominierenden Heer an Bedeutung. So stellt China seine neu in Dienst gestellten militärischen Systeme weltweit zur Schau.

China ist sich bewusst, dass sein Aufstieg zur Grossmacht zu Interessenskonflikten mit etablierten Mächten führen wird. Doch betrachtet es seinen Anspruch als legitim, eine Führungsrolle in Asien einzunehmen. Langfristiges Ziel ist die Etablierung einer Sicherheitszone um China herum und die Ausdehnung des eigenen Machtbereichs auf die Nachbarstaaten. Damit kann es seine Kerninteressen am ehesten durchsetzen. Als im Aufstieg begriffene Grossmacht wird sich China in aussenpolitischen Bereichen, die seine Eigeninteressen betreffen, selbstbewusst



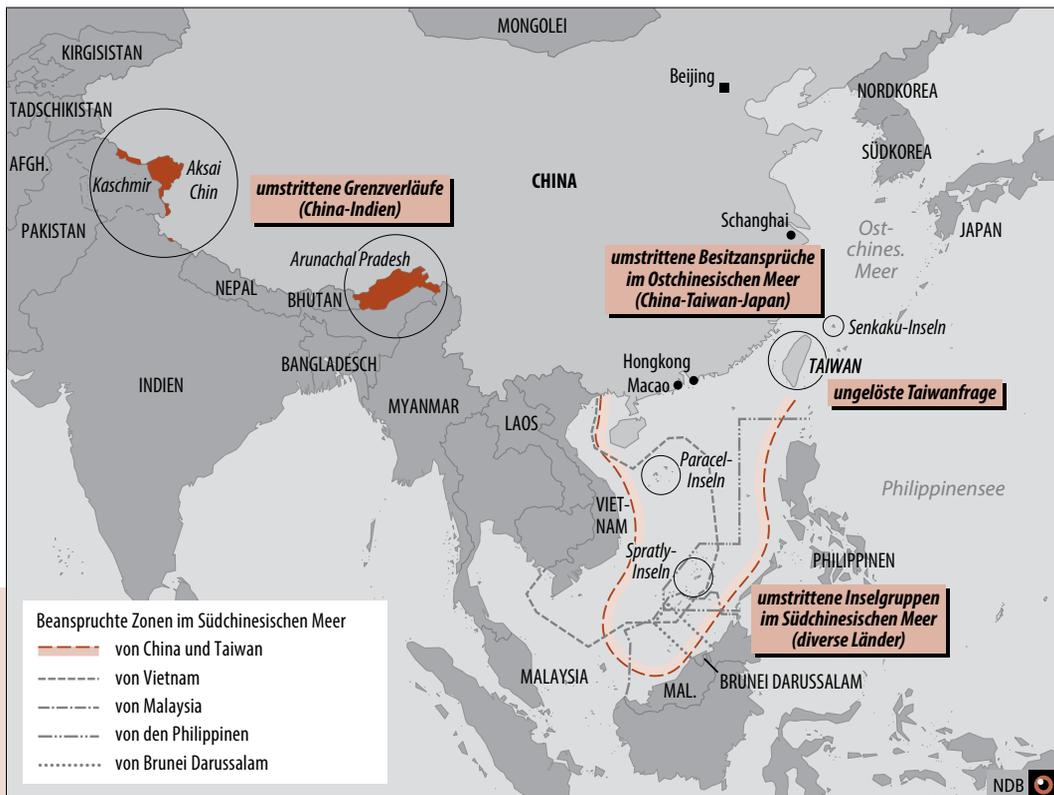
und bestimmt einbringen. Hingegen wird es Konflikte meiden, die die Interessen des Landes nur marginal tangieren.

### Chinas erneute Führungsrolle in Asien

Während mehreren Jahrhunderten stand das Reich der Mitte im Zentrum eines regionalen Tributsystems. Umliegende wie auch weit entfernte Staaten und Völker zollten dem chinesischen Kaiser regelmässig Tribut in Form von Geschenken und Ehrerweisungen. Als Gegenwert erhielten sie Wirtschaftsgüter und teilweise auch Schutzzusagen. Dadurch entwickelte sich ein stabiles regionales Ordnungssystem. Das Tributsystem und die damit verbundene sinozentristische Weltanschauung kamen durch den Einmarsch der westlichen Mächte und Japans in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einem jähen Ende. Die chinesische Geschichtsschreibung versteht diese bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs dauernde Zeit als Jahrhundert der nationalen Schande.

Das Jahrhundert der nationalen Schande hat sich tief in das gesellschaftliche Bewusstsein und in die nationale Identität Chinas eingepägt. Aufgrund dieses Geschichtsbewusstseins ist es aus chinesischer Sicht natürlich, dass China zukünftig wieder im Zentrum Asiens stehen wird. Dies widerspiegelt sich auch im Leitgedanken des von Xi Jinping propagierten chinesischen Traums. Die Kommunistische Partei nutzt dies geschickt, um die Bevölkerung hinter sich zu scharen, und inszeniert sich als einziger Akteur, der die chinesische Nation wieder zu vergangener Grösse zurückführen kann.

Der Aufstieg Chinas wird von der Weltgemeinschaft grundsätzlich akzeptiert, soweit er sich im Rahmen der bestehenden internationalen Normen und Regeln bewegt. Durch das zunehmende globale Ausgreifen zeigt sich jedoch, dass China in zahlreichen Themenbereichen andere Normen und Werte vertritt als der Westen. Dadurch wird Chinas Aufstieg auch als Bedrohung empfunden. In einem geheimen



Parteidokument, das 2013 von einem chinesischsprachigen Auslandsmagazin veröffentlicht wurde, warnte die Partei vor „Gefahren“, die es in China zu unterdrücken gelte. Dazu gehören Pressefreiheit, universelle Menschenrechte, Parteiendemokratie, Rechtsstaatlichkeit und Konstitutionalismus. Dieses Dokument zeigt auf, wie weit der Westen und China ideologisch auseinanderliegen. Zukünftig werden sich diese Unterschiede verstärken, da China sich zunehmend gewillt zeigt, seine frisch erworbene Macht zu nutzen, um neue internationale Normen zu kreieren, die die bisherige politische und wirtschaftliche Weltordnung verändern werden. Hierzu gründet China neue Institutionen und Fonds und initiiert grossangelegte Wirtschaftsprojekte.

Mit der sogenannten neuen Seidenstrasseninitiative plant China, zum Dreh- und Angelpunkt einer regionalen Wertschöpfungskette zu werden, die sich von China aus über Land und See nach Ost-, Südost- und Zentralasien sowie bis nach Europa und Afrika erstrecken soll. Die Initiative ist das Herzstück der aktuellen chinesischen Aussenpolitik und soll nach offizieller Lesart Austausch und Zusammenarbeit in der Region stärken. Tatsächlich wird durch massive Investitionen eine neue regionale Wirtschaftsarchitektur geschaffen, die umliegende Staaten zunehmend von China abhängig macht. Obwohl das Projekt über fünfzig Staaten umfassen soll, fusst es auf bilateralen und nicht auf multilateralen Verträgen. Ähnlich des Tributsystems ist die Initiative hierarchisch aufgebaut: China steht im Zentrum und steuert den Fluss der Handelsgüter in die angebundenen Länder. Durch dieses Netzwerk will sich China wieder

als starke Macht in Asien etablieren, die mit wirtschaftlichen Abhängigkeiten für Stabilität in der Region sorgt.

Auch die Gründung der Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) als Ergänzung des bestehenden Bretton-Woods-Systems ist Zeichen eines wieder erstarkten Chinas. Primär konzentriert sich die multilaterale AIIB auf den noch nicht abgedeckten Investitionsbedarf für Infrastruktur in Asien. Als Initiant stellt China der AIIB die weitaus grössten Finanzmittel zur Verfügung und besitzt momentan laut Reglement für wichtige Entscheide eine Sperrminorität. China wird die Bank zukünftig auch dazu nutzen, regionalen Spannungen, die durch den Aufstieg Chinas entstehen, wirtschaftsdiplomatisch entgegenzutreten zu können.

Die chinesische Regierung ist ebenfalls bestrebt, ihr eigenes Prinzip der nationalen Internetsoeveränität zu legitimieren und als globale Norm einzuführen. Dabei vertritt sie die Haltung, dass nationale Behörden befugt sind, jegliche Online-Inhalte zu regulieren, zu kontrollieren und zu zensurieren, die innerhalb der eigenen Staatsgrenzen konsumiert werden. Dieser Ansatz steht im starken Widerspruch zum westlichen Verständnis.

Die Durchsetzungsfähigkeit der internationalen Interessen Chinas, sei es im Rahmen der neuen Seidenstrasseninitiative oder der AIIB, steht in China symbolisch für die Überwindung des Jahrhunderts der nationalen Schande. Die wiedergewonnene nationale Stärke wird ebenfalls deutlich im selbstbewussten Vorgehen Chinas in den territorialen Streitigkeiten im Süd- und Ostchinesischen Meer erkennbar. In der eigenen Sicht steht China die Kontrolle

über diese Gebiete aufgrund seiner historischen Rolle in der Region zu.

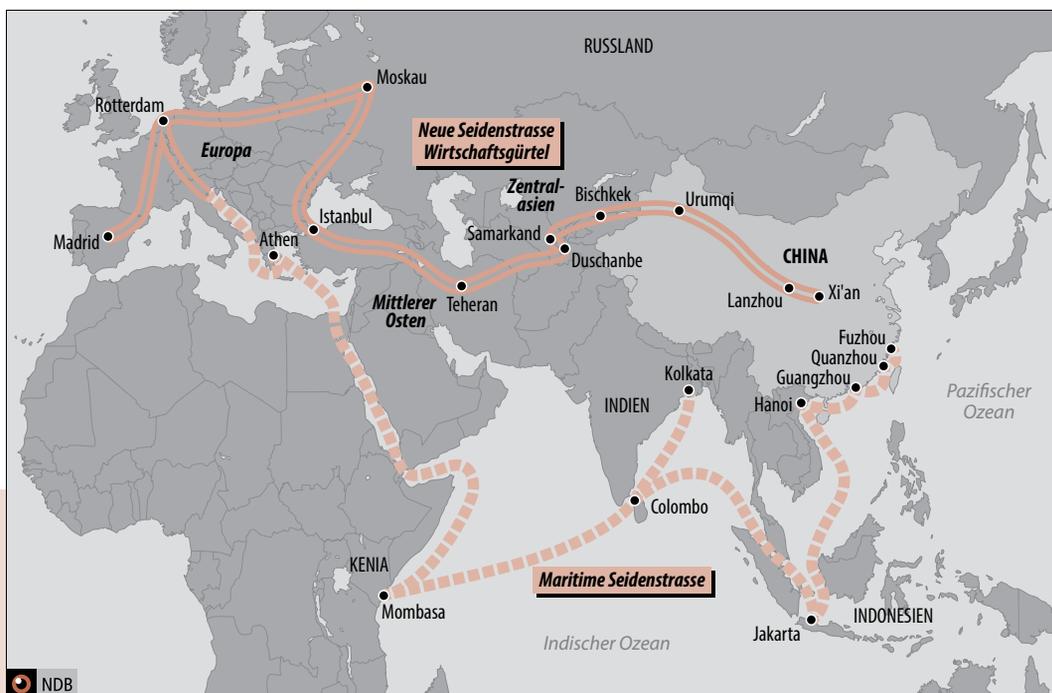
### Die Volksrepublik China und die Schweiz

Die Schweiz pflegt vielfältige und intensive Beziehungen mit China. Nach der von Deng Xiaoping eingeleiteten Reform- und Öffnungspolitik Ende der 1970er-Jahre nahmen die bilateralen Beziehungen auf allen Ebenen stark zu.

Die verstärkte Einflussnahme Chinas bietet der Schweiz Chancen, enthält aber auch Risiken. So bieten sich vielseitige Chancen für die bilaterale sowie multilaterale politische und wirtschaftliche Kooperation. Es bestehen institutionalisierte bilaterale Staatsdialoge in einer Vielzahl von Bereichen. Die Schweiz ist Gründungsmitglied der AIIB. In wirtschaftlicher Hinsicht ist China der wichtigste Handelspartner der Schweiz in Asien und nach der EU und den USA der drittgrößte weltweit. Die Schweiz profitiert vom Import günstig produzierter chinesischer Güter. Chinesische Handelspartner sind ihrerseits an Produkten der Schweizer Maschinen-, Elektro-, Metall- und Pharmaindustrie interessiert. Schweizer Uh-

ren- und Schmuckhersteller profitierten vom anschwellenden Wohlstand im Reich der Mitte und der ausgeprägten Luxusaffinität vieler neuerer Chinesen. Durch das 2014 in Kraft getretene bilaterale Freihandelsabkommen gelten für Schweizer Unternehmen günstige Bedingungen, da zahlreiche Zollabgaben stufenweise gesenkt werden. Für die Schweizer Tourismusbranche hat sich der rasante Anstieg der neuen Mittelklasse in China besonders ausgezahlt: Seit 2014 werden jährlich über eine Million Logiernächte von Chinesen in der Schweiz registriert.

Risiken ergeben sich vor allem aus einer wachsenden Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum Chinas. Ein markanter Wirtschaftsabschwung oder starke Währungsschwankungen in China würden sich negativ auf die Schweiz auswirken. Ökonomischer oder politischer Druck Chinas auf EU-Staaten könnte indirekt für die Schweiz Konsequenzen nach sich ziehen. Zudem sind Schweizer Industriezweige durch die chinesische Konkurrenz einem Verdrängungsrisiko ausgesetzt. Chinesische Unternehmen und Investoren hegen ein besonderes



Interesse am hiesigen Industrie- und Finanzsektor sowie an innovativen Unternehmen. Denn die Schweiz ist weltweit führend in Bereichen, in denen China Nachholbedarf hat. Durch die Übernahme von Schweizer Unternehmen und vermehrt auch von Schweizer Hotels versucht China, erwünschtes Wissen abzuschöpfen und Schweizer Marken mitsamt ihrem guten Ruf zu erwerben.

Die Zusammenarbeit mit China fusst jedoch nicht auf dem Prinzip der Reziprozität. Peking gewährt seinen ausländischen Handelspartnern nicht denselben Zugang zum chinesischen Absatz- und Investitionsmarkt, wie er chinesischen Unternehmen im Ausland gewährt wird. Etliche Wirtschafts- und Finanzmarktzeige werden durch die staatliche Industriepolitik protektionistisch abgeschottet. Die defizitäre Rechtsstaatlichkeit, die mangelnde Rechtsdurchsetzung in China und direkte Marktinterventionen der Regierung bedeuten schwierig abschätzbare Risiken für ausländische Firmen, die in China aktiv sind.

China übt nicht nur wirtschaftlich, sondern auch ideologisch Einfluss in der Schweiz aus. Laut Regierungsvorgaben sollen bis im Jahr 2020 weltweit tausend Konfuzius-Institute eröffnet werden. In Genf und Basel wurden bereits zwei Institute eingeweiht. Zudem weitet China auch seine Fähigkeiten in der eigenen Berichterstattung aus: Seit 2011 hat das chinesische Zentralfernsehen (CCTV) weltweit rund 70 Büros eröffnet, eines davon steht in Genf. Das selbstbewusste und fordernde Verhalten Chinas verspürt die Schweiz vor allem in Bezug auf die tibetische Exilgemeinschaft in der Schweiz. Offizielle Empfänge des Dalai

Lama werden von China in keiner Weise mehr geduldet und mit verschiedenen Massnahmen rückwirkend geahndet. Diese reichen von temporären Abkühlungen der diplomatischen Beziehungen über Absagen von Staatsbesuchen bis hin zu einer zeitweiligen Abnahme der Exporte des jeweiligen Landes nach China. Dies zeigt, dass zwischen dem Westen und China weiterhin fundamentale Meinungsunterschiede im Bereich der Menschenrechte, der persönlichen Freiheitsrechte und der Rechtsstaatlichkeit bestehen. Bedingt durch die wirtschaftliche Machtpolitik Chinas nimmt die Entschlossenheit der internationalen Gemeinschaft jedoch ab, die Respektierung universeller Grundwerte auch von China einzufordern. ■

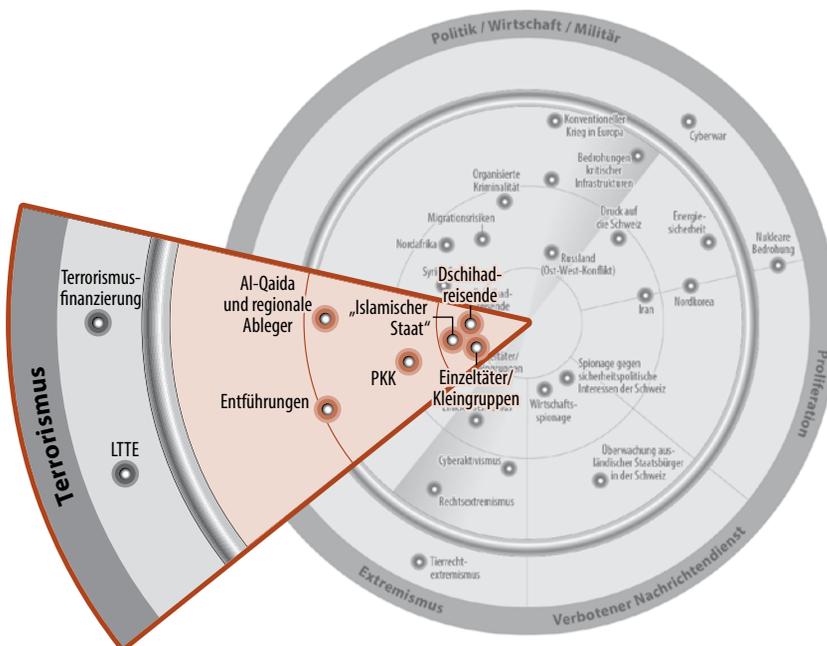
Links:

Vereinfachte Darstellung der neuen Seidenstrasseninitiative Chinas



# Religiös und ethno-nationalistisch motivierter Gewaltextremismus und Terrorismus

Dschihadistisch motivierter Terrorismus stellt weiterhin eine grosse Bedrohung in dschihadistischen Konfliktgebieten, aber auch in westlichen, islamischen und weiteren Staaten dar. Radikalisierte gewaltbereite Personen könnten auch in der Schweiz zur Tat schreiten oder die Schweiz missbrauchen, um von hier aus Anschläge in anderen Staaten vorzubereiten. Insgesamt hat sich die Bedrohung durch dschihadistisch motivierten Terrorismus in Europa noch einmal erhöht. Dies gilt auch für die Schweiz, die Teil des westeuropäischen Bedrohungsraums ist. Daneben ist der ethno-nationalistisch motivierte Terrorismus und Gewaltextremismus nicht zu vergessen. Namentlich die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) verfügt auch in Westeuropa über ein Gewaltpotenzial, das sie jederzeit nutzen kann. Abhängig von der Lage in der Türkei und in kurdisch besiedelten Gebieten ist mit wiederholten, europaweit koordinierten Veranstaltungen und Aktionen zu rechnen. Diese dürften jedoch zumindest in der Schweiz keinen gewaltsamen Charakter aufweisen. Einzelne Vorkommnisse am Rand von Demonstrationen können aber rasch zu Gewalttaten führen, insbesondere beim Aufeinandertreffen von türkischen und kurdischen Gruppen.



**LAGE**

**Kern-al-Qaida verliert Führungsrolle**

Die Bedrohung insbesondere westlicher Staaten durch den international agierenden dschihadistisch motivierten Terrorismus hat sich erhöht. Der Machtkampf zwischen dem „Islamischen Staat“ und der Kern-al-Qaida um den Führungsanspruch in der dschihadistischen Bewegung hat eine neue Stufe erreicht. Die Kern-al-Qaida bestreitet vorab die Legitimität des im Juni 2014 vom „Islamischen Staat“ ausgerufenen Kalifats.

Nach einem Jahr des Schweigens rückte der Anführer der Kern-al-Qaida, Ayman al-Zawahiri, Mitte August 2015 seine Organisation mit einer Audiobotschaft wieder ins Blickfeld. In der Tonaufzeichnung leistete er einen Treueschwur auf Mullah Akhtar Mansour, den neuen Anführer der afghanischen Taliban. Im September 2015 sprach Zawahiri in einer weiteren Audiobotschaft dem vom „Islamischen Staat“ im Juni 2014 ausgerufenen Kalifat unmissverständlich die Legitimität ab. Mit der al-Qaida im islamischen Maghreb (AQIM), der al-Qaida auf der arabischen Halbinsel (AQAH), der al-Shabaab in Somalia, der Jabhat al-Nusra in Syrien und

der al-Qaida auf dem indischen Subkontinent haben sämtliche anerkannten Ableger der Kern-al-Qaida ihre Treuegelöbnisse bestätigt.

Der „Islamische Staat“ hat seinen Führungsanspruch in der dschihadistischen Bewegung seit 2013 wiederholt bekundet. Seit der Ausrufung des Kalifats 2014 haben verschiedene dschihadistische Gruppierungen weltweit ihre Unterstützung für den „Islamischen Staat“ zugesagt oder einen Treueeid geleistet. Der „Islamische Staat“ hat im Gegenzug mehrere dieser Gelöbnisse angenommen und die Gruppierungen zu Provinzen erklärt. Mittlerweile hat die Organisation in der internationalen dschihadistischen Bewegung die Führungsrolle von der Kern-al-Qaida übernommen.

**Unterschiede trotz Gemeinsamkeiten**

Die Kern-al-Qaida und der „Islamische Staat“ teilen die von der al-Qaida und Usama bin Laden massgeblich geprägte Ideologie des internationalen Dschihadismus. Daneben bestehen aber zahlreiche Unterschiede zwischen den beiden Organisationen. So verfügt zum Beispiel die Kern-al-Qaida nur noch über eine kleine

	 <b>Kern-al-Qaida</b>	 <b>„Islamischer Staat“</b>
Ideologie	International-dschihadistisch	International-dschihadistisch
Agenda/Vorgehen	Fokus: Bekämpfung ferner Feind	Bekämpfung naher und ferner Feind
Kalifat	Entferntes Endziel	Kalifat im Aufbau
Territorium	Kontrolliert kein Territorium	Kontrolliert Territorium
Finanzielle Mittel	Finanzielle Schwierigkeiten	Einnahmen: ca. 2 Mrd. Dollar/Jahr
Qualität Propaganda	Mediale Weiterentwicklung und Modernisierung verpasst / wenig Präsenz in sozialen Medien	Technische und sprachliche Professionalität, schnelle und hohe Verbreitung in sozialen Medien
Anzahl westlicher Kämpfer	Höchstens noch Einzelne	ca. 3000

Führungsriege und aus dem Westen sind bloss noch einzelne Personen willens, für die Organisation zu kämpfen. Das Etikett al-Qaida hat im Westen weitgehend an Mobilisierungspotenzial verloren. Die Organisation verfügt lediglich über eingeschränkte finanzielle Mittel. Militärische Aktivitäten vermag die Kern-al-Qaida nur in Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren zu entfalten. In den sozialen Medien ist die Kern-al-Qaida wenig präsent und Propaganda wird kaum mehr und eher unstrukturiert betrieben.

Demgegenüber verfügt der „Islamische Staat“ über eine prägnante und intakte Führung. Mehrere tausend Personen aus dem Westen sind bereit, sich aktiv am Kampf zu beteiligen. Die Utopie der Verwirklichung eines Kalifats, aber auch Berichte über Heldentaten machen die Organisation für potenzielle Kämpfer attraktiv. Auch dank verhältnismässig umfangreicher finanzieller Mittel, die unter anderem aus der Ausbeutung des besetzten Territoriums, aber auch aus Plünderungen von Banken und dem Handel mit Erdöl aus okkupierten Quellen stammen, verfügt der „Islamische Staat“ über eine gute Ausrüstung und eine hohe militärische Kampfkraft.

### **Wille, Fähigkeit und Mittel zu Anschlägen**

Dass der „Islamische Staat“ und andere mit ihm verbundene dschihadistische Gruppen sowie Einzelne, aber auch mit der al-Qaida verbundene Täter nicht nur willens sind, weltweit Anschläge zu verüben, sondern auch über die dazu nötigen Fähigkeiten und Mittel verfügen, wurde in jüngster Zeit mehrfach deutlich.

- Am 22. März 2016 verübten Dschihadisten Anschläge auf den Flughafen und eine Metrostation in Brüssel (Belgien). Sie töteten über 30 Personen und verletzten über 300. Der „Islamische Staat“ bekannte sich noch am gleichen Tag zum Anschlag.
- Am 15. Januar 2016 griffen Dschihadisten in Ouagadougou (Burkina Faso) das Restaurant „Cappuccino“ und das Hotel „Splendid“ an. Sie töteten 30 Menschen, darunter zwei Schweizer. Die AQIM bekannte sich zum Anschlag, ausgeführt wurde er aber von der Gruppierung al-Murabitun.
- Am 12. Januar 2016 wurden elf Personen bei einem Anschlag in Istanbul (Türkei) getötet und 14 verletzt. Zehn der Todesopfer waren deutsche Touristen. Eine Verbindung zum „Islamischen Staat“ ist aufgrund des Modus operandi anzunehmen; eine Bekennung liegt nicht vor.
- Am 13. November 2015 starben in Paris bei mehreren koordinierten Anschlägen 137 Personen und mehr als 350 wurden verletzt. Drei Selbstmordattentäter zündeten vor dem Fussballstadion „Stade de France“ im Norden der Stadt Sprengsätze. Drei Männer mit Sprengstoffwesten erschossen in der Konzerthalle „Bataclan“ Dutzende Menschen; sie wurden während der Erstürmung des Gebäudes getötet. Zudem schossen mehrere Täter fast gleichzeitig an drei Orten auf Gäste von Bars und Restaurants, und in einem Gasthaus zündete ein weiterer Selbstmordattentäter einen Sprengsatz. Zu den Anschlägen bekannte sich der „Islamische Staat“.
- Bei zwei Selbstmordanschlägen in einem Vorort der libanesischen Hauptstadt Beirut am 12. November 2015 töteten die Spreng-

Links:  
Vergleich Kern-al-Qaida und „Islamischer Staat“

### Der „Islamische Staat“ als komplexes Phänomen

Der „Islamische Staat“ ist mehr als eine dschihadistisch motivierte, international agierende Terrororganisation. Der NDB versteht den „Islamischen Staat“ als facettenreiches Phänomen mit unterschiedlichen Ausprägungen. Die strategische Führung des „Islamischen Staates“ besteht aus erfahrenen Dschihadkämpfern aus dem Irak und Syrien, umfasst aber auch zugereiste Personen. Der „Islamische Staat“ ist eine hochdiverse Organisation, die die unterschiedlichen Fähigkeiten kampferprobter Dschihadisten, ehemaliger Militärs sowie von Unterstützern aus Europa und der islamischen Welt auf effektive und effiziente Weise integriert.

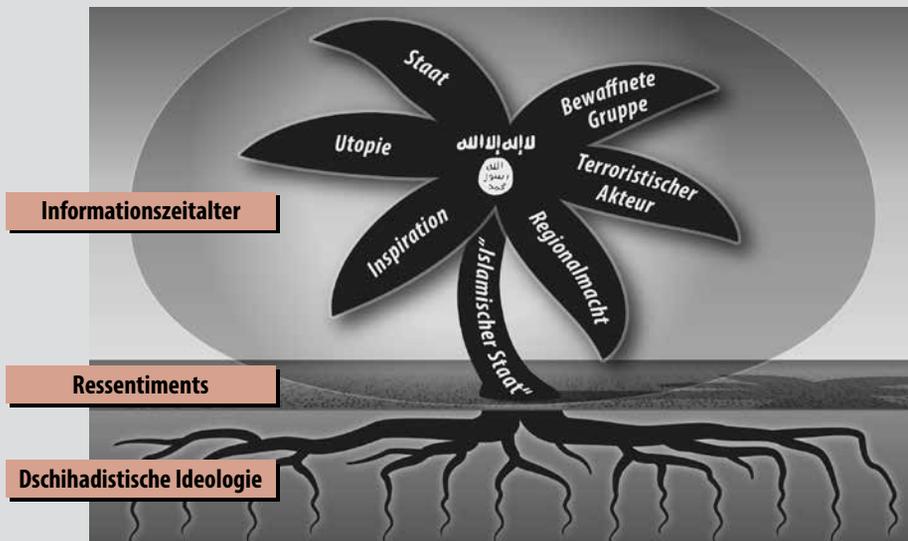
Der „Islamische Staat“ setzt multimedigestützte Propaganda gezielt und auf professionellem Niveau ein; in den sozialen Netzwerken ist er stark präsent. Seine Inspirationswirkung ist trotz Gegenmassnahmen ungebrochen hoch.

Die Organisation beherrscht trotz einiger militärischer Rückschläge in den letzten Monaten nach wie vor ein Gebiet, das rund die östliche Hälfte Syriens und das westliche Drittel Iraks umfasst. Der „Islamische Staat“ kontrolliert weiterhin mehrere bedeutende Städte, unter anderem Mosul, die zweitgrösste Stadt Iraks. Dies unterstreicht das Selbstverständnis der Gruppierung, die sich als Staat im eigentlichen Sinn versteht. Letztes Ziel ist die Errichtung eines Kalifats als einzigem weltweitem Staat

für alle Musliminnen und Muslime, in dem eine strenge Auslegung des islamischen Rechts als einziges Gesetz gilt und der Kalif die weltliche und geistige Führerschaft in seiner Person vereint.

Zum „Islamischen Staat“ bekennen sich nebst weltweit anzutreffenden Einzelnen, die auch Anschläge in seinem Namen durchführen können, zahlreiche dschihadistische Gruppen. Viele von diesen sind vom „Islamischen Staat“ offiziell als Ableger anerkannt worden. In Libyen, Algerien, Jemen, Saudi-Arabien, Afghanistan und Pakistan, Ägypten, Nigeria und im Nordkaukasus verfügt der „Islamische Staat“ über sogenannte Provinzen (Wilaya, pl. Wilayat). Dies vermittelt den Eindruck einer weltweiten Expansion des „Islamischen Staates“, was wiederum die Anziehungskraft der Organisation für potenzielle Sympathisanten und Kämpfer erhöht. Auch wenn der „Islamische Staat“ die Provinzen nicht im Sinn eines engen Führungsverhältnisses kontrolliert, ist er durch seinen Einfluss zu einem wichtigen regionalen Akteur in der islamischen Welt geworden.

Die Anwendung von Gewalt gilt dem „Islamischen Staat“ als legitimes Mittel zur Errichtung des Kalifats. Feindbilder sind neben den USA, Israel und dem Westen insgesamt auch Russland sowie alle aus Sicht des „Islamischen Staates“ Ungläubigen – also alle, die sein Islamverständnis nicht teilen.



- sätze 44 Personen und verletzten über 200. Der „Islamische Staat“ verbreitete über soziale Medien die Information, hinter dem Anschlag zu stehen.
- Wahrscheinlich führte die Detonation eines an Bord geschmuggelten Sprengsatzes am 31. Oktober 2015 zum Absturz einer im ägyptischen Scharm el-Scheich gestarteten russischen Passagiermaschine über dem Sinai. Beim Absturz kamen alle 224 Passagiere und Besatzungsmitglieder ums Leben. Der „Islamische Staat“ bekannte sich bereits kurz nach dem Absturz zur Tat und erneuerte diese Behauptung wiederholt. Unter anderem publizierte der „Islamische Staat“ in seinem Magazin „Dabiq“ ein Bild des angeblich verwendeten Sprengsatzes.
  - In der türkischen Hauptstadt Ankara wurden am 10. Oktober 2015 während einer Friedensdemonstration zwei Selbstmordanschläge verübt. Dabei verloren 102 Personen das Leben und mehr als 500 wurden verletzt. Einer der beiden Täter war der Bruder des Mannes, der im Juli 2015 den Anschlag in Suruc verübt hatte. Eine Verbindung zum „Islamischen Staat“ ist aufgrund des Modus operandi anzunehmen; eine Bekennung liegt nicht vor.
  - Ein mutmasslich dschihadistisch motivierter Einzeltäter versuchte am 21. August 2015 in einem von Amsterdam nach Paris verkehrenden Hochgeschwindigkeitszug, einen Anschlag zu verüben. Er stieg in Brüssel zu und eröffnete das Feuer auf Fahrgäste. Passagiere vermochten ihn zu überwältigen, mehrere Personen wurden verletzt.
  - Am 20. Juli 2015 starben bei einem Selbstmordanschlag in der türkischen Stadt Suruc 34 Personen und über 70 wurden teils schwer verletzt. Zum Anschlag bekannte sich bisher niemand; eine Verbindung des Täters zum „Islamischen Staat“ ist wahrscheinlich. Die Organisation hatte mehrfach damit gedroht, ihren Kampf auf die Türkei auszuweiten.
  - Am 26. Juni 2015 schoss ein Mann im tunesischen Port el-Kantaoui in der Umgebung von Sousse an einem Badestrand auf Touristen und warf mehrere Handgranaten in eine Hotelanlage. Insgesamt verloren 38 Personen ihr Leben, darunter zahlreiche Staatsangehörige Grossbritanniens. Gleichentags zündete ein Selbstmordattentäter während des Freitagsgebets in einer schiitischen Moschee in Kuwait-Stadt einen Sprengsatz. 26 Personen wurden getötet und über 200 verletzt. Am folgenden Tag verbreitete der „Is-

Bombe, die angeblich im Oktober 2015 den Absturz des Flugzeugs über dem Sinai verursachte. Fotografie erschienen in „Dabiq“, einem Magazin des „Islamischen Staats“, November 2015



lamische Staat“ über den Kurznachrichtendienst Twitter ein Bekennerschreiben.

- Am 18. März 2015 kam es in Tunis zu einem bewaffneten Anschlag auf Touristen, die das Bardo-Museum besuchen wollten. Mehrere Personen wurden dabei im Gebäude als Geiseln genommen. Beim Anschlag kamen 19 ausländische Touristen und zwei Tunesier ums Leben. Weitere rund 40 Personen wurden teils schwer verletzt. Bei der Erstürmung des Museums durch die tunesischen Sicherheitskräfte wurden die beiden tunesischen Täter getötet. Tags darauf bekannte sich der „Islamische Staat“ in einer Audiobotschaft zum Anschlag.
- Am 7. Januar 2015 verübten zwei Brüder, Franzosen algerischer Herkunft, einen Anschlag auf die Redaktion der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ in Paris und töteten zwölf Personen. Auf der Flucht erschossen die Täter zudem einen Polizisten. Sie wurden am 9. Januar 2015 durch die Gendarmerie getötet; einer der Brüder hatte zuvor angegeben,

Beziehung zur AQAH zu haben. Die AQAH bekannte sich zwar zum Anschlag, der tatsächliche Grad ihrer Involvierung konnte jedoch bisher nicht geklärt werden. Tags zuvor erschoss ein Franzose malischer Herkunft in Montrouge eine Polizistin und nahm am 9. Januar 2015 in einem jüdischen Supermarkt in Paris Geiseln. Er tötete vier seiner Geiseln und wurde selbst bei der Erstürmung des Supermarkts erschossen. In einer Videobotschaft hatte er sich zum „Islamischen Staat“ bekannt. 2016 erschossen am ersten Jahrestag des Anschlags auf „Charlie Hebdo“ Sicherheitskräfte in Paris einen Mann, der sich bewaffnet und mit einem imitierten Sprengstoffgürtel am Körper vor einem Polizeiposten zeigte.

#### Reisen in dschihadistische Konfliktgebiete

Weiterhin reisen Personen aus der Schweiz in dschihadistische Konfliktgebiete wie etwa das vom „Islamischen Staat“ kontrollierte Gebiet. Die Reisen erfolgen über Transitländer wie die Türkei und sind deshalb nicht einfach zu



Von Schweizer Dschihadreisendem auf Twitter verbreitetes Bild: Sprengstoffgürtel und Schweizer Pass

erkennen. Die Propaganda terroristischer Organisationen motiviert Personen nicht nur, für die Teilnahme an Kämpfen in ein Konfliktgebiet zu reisen. Dschihadistisch motivierte Reisende erhalten in den Konfliktgebieten die Ausbildung, um Anschläge zu verüben, sie sammeln Erfahrungen im bewaffneten Kampf, gewinnen an Glaubwürdigkeit als Vorbilder und vernetzen sich mit anderen Personen. Vermehrt reisen auch Frauen und Minderjährige mit dschihadistischer Motivation in Konfliktgebiete oder aus religiöser Überzeugung in das Gebiet des „Islamischen Staats“. Die im März 2016 in den Medien bekannt gewordene Datensammlung des „Islamischen Staats“ („IS-Liste“) brachte dem NDB kaum neue Erkenntnisse.

Nach ihrer Rückkehr können dschihadistisch motivierte Reisende eine konkrete Bedrohung für die innere Sicherheit der Länder sein, aus denen sie zu ihrer Reise aufgebrochen sind oder aus denen sie ursprünglich stammen. Aus dschihadistischen Konfliktgebieten Zurückkehrende können aber auch in Ländern Anschläge planen oder verüben, zu denen sie keinen biografischen Bezug haben. Innerhalb Europas sind Grenzübergänge zwischen einzelnen Staaten wegen des freien Personenverkehrs im Schengenraum einfach möglich und nur mit einem geringen Risiko verbunden, entdeckt zu werden. Auch während ihres Aufenthalts in einem Konfliktgebiet stellen dschihadistisch motivierte Reisende ein Bedrohungspotenzial für die Herkunftsländer dar: Sie können über elektronische Medien oder andere Kanäle radikalierend auf einzelne Personen einwirken, indem sie zum Beispiel Erlebnisberichte verbreiten oder direkt zu Gewalt etwa gegen ihr Herkunftsland aufrufen.

Auch von radikalisierten Personen, die sich in westlichen Staaten aufhalten und nicht in Kampfgebiete reisen wollen oder können, geht eine Bedrohung aus. Solche Personen können potenzielle Täter bei den Vorbereitungen zu einem Anschlag oder im Nachgang unterstützen oder sich in letzter Konsequenz selber zu Gewalt- oder Terrorakten hinreissen lassen, nachdem sie durch dschihadistische Propaganda genügend indoktriniert wurden. Dabei kann Dschihadismus auch bloss als ideologischer Vorwand benutzt werden, um aus anderen Motiven begangene Taten zu rechtfertigen.

### **Schweiz als Tatort und Vorbereitungsraum**

Radikalisierte gewaltbereite Personen könnten auch in der Schweiz zur Tat schreiten oder die Schweiz missbrauchen, um von hier aus dschihadistisch motivierte Anschläge in anderen Staaten vorzubereiten. Die Schweizer Bundesanwaltschaft hat im Oktober 2015 beim Bundesstrafgericht Anklage gegen vier irakische Staatsangehörige wegen Beteiligung an beziehungsweise Unterstützung einer kriminellen Organisation erhoben. Den Angeklagten wird unter anderem die Vorbereitung eines terroristischen Anschlags in Europa vorgeworfen. Drei der vier angeklagten Männer wurden im Frühjahr 2014 in der Nordostschweiz verhaftet und sind seither in Haft. Das Bundesstrafgericht hat im März 2016 drei der vier Männer erstinstanzlich verurteilt.

### **Elektronische Kommunikation**

Der „Islamische Staat“ setzt soziale Medien und andere elektronische Kommunikationsmittel gezielt in hoher Kadenz auf einem qualitativ

sehr hohen Niveau ein. Auf diese Weise ist es möglich, in kürzester Zeit ein grosses Publikum zu erreichen. Auch Internetnutzer in der Schweiz können durch die Propaganda insbesondere des „Islamischen Staats“ radikalisiert werden.

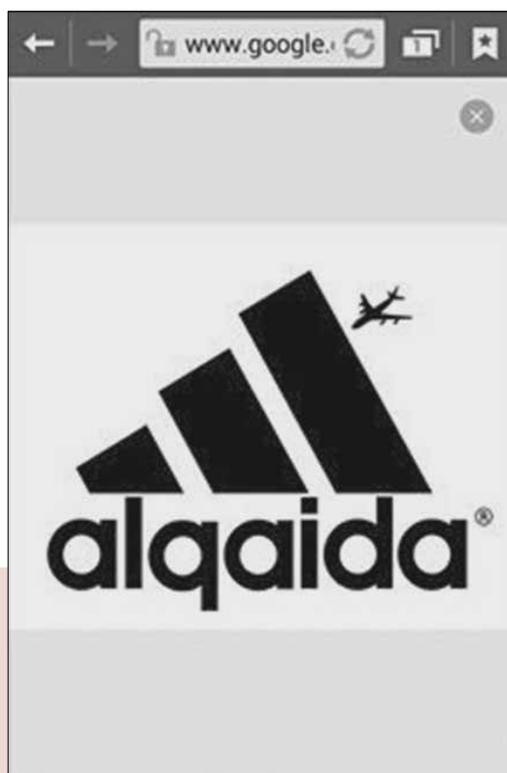
Dschihadistische Gruppierungen und Einzelne nutzen elektronische Kanäle weiterhin intensiv, um zu kommunizieren, neue Mitglieder zu gewinnen oder Gesinnungsgenossen zu finden, Propaganda zu verbreiten und Geld zu sammeln. Daneben kommt es auch zu offensiven Aktivitäten im virtuellen Raum. So werden Internetseiten verändert oder verunstaltet (Website Defacement) oder unbefugt Konten bei sozialen Netzwerken übernommen und missbräuchlich genutzt (Social Media Hijacking). Aufwendigere Aktivitäten wie Cyberspionage und -sabotage wurden dagegen bislang kaum festgestellt. Bei den Angriffen im virtuellen Raum stehen zwar westliche Ziele im Vordergrund, dabei handelt es sich aber vor allem um eine zufällige Zielauswahl von Internetseiten,

die Sicherheitsschwachstellen enthalten oder von schlecht geschützten Konten von Benutzerinnen und Benutzern.

Im Zusammenhang mit propagandistischen Aktivitäten im Internet schloss die Bundesanwaltschaft im Oktober 2015 ein Verfahren gegen einen Iraker wegen Unterstützung einer kriminellen Organisation, Gewaltdarstellung, der Anleitung zur Sprengstoffherstellung sowie wegen öffentlicher Aufforderung zu Verbrechen oder Gewalt mit einem Strafbefehl ab. Der Mann hatte über mehrere Jahre an Diskussionen in verschiedenen Internetforen teilgenommen, die der Propaganda des Dschihadismus und der Unterstützung von terroristischen Gruppierungen dienten.

#### **Provinzen des „Islamischen Staats“ und Ableger der al-Qaida**

In Teilen Afrikas sind dschihadistische Terrorgruppen aktiv, von denen einige Ableger der Kern-al-Qaida oder Provinzen des „Islamischen Staats“ sind. Gruppen wie zum Beispiel die Si-



Von User in der Schweiz im Internet verbreitete Propaganda: Reaktion auf die Anschläge in Paris, November 2015.

nai-Provinz des „Islamischen Staats“ in Ägypten, die AQIM, die al-Murabitun in Mali, Boko Haram in Nigeria oder al-Shabaab in Somalia nutzen zum Teil schwer kontrollierbare Gebiete und poröse Grenzen, um Operationen durchzuführen, sich dem Druck der Sicherheitskräfte zu entziehen, sich mit Waffen und Material zu versorgen, Unterstützernetzwerke aufzubauen und Kämpfer zu rekrutieren. Daneben sind in diesen Gebieten dschihadistische Gruppierungen aktiv, die sich weder dem „Islamischen Staat“ noch der Kern-al-Qaida angeschlossen haben oder deren Treueeid von diesen Gruppen nicht offiziell anerkannt wurde. Insbesondere in Libyen profitieren dschihadistische Gruppierungen vom seit August 2011 bestehenden Machtvakuum. Die Situation in Libyen hat sich auf die Sicherheitslage und Stabilität der gesamten Sahel- und Maghrebregion ausgewirkt. Die dschihadistischen Gruppen oder Zellen in der Maghreb- und Sahelregion unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Ziele, ihrer Modi operandi, ihrer Allianzen, ihrer Motivationen und ihrer nationalen und ethnischen Zusammensetzung. Obwohl sie unterschiedliche Ziele verfolgen, können ihre lokalen Ansprüche auch mit einer

internationalen dschihadistischen Agenda koexistieren, die den Westen als primäres Feindbild betrachtet.

Auch Nordafrikaner schliessen sich dschihadistischen Gruppen in Syrien, im Irak oder in Libyen an. Ihre Herkunftsländer sehen sich zudem zunehmend mit der Bedrohung durch Rückkehrer aus dschihadistischen Kampfgebieten konfrontiert. Beeinflusst durch die internationale dschihadistische Propaganda werden ausserdem vermehrt radikalisierte Einzeltäter oder Kleinzellen auf eigene Initiative in Ländern Nordafrikas dschihadistisch aktiv.

Im Westsahel bleibt die Sicherheitslage trotz dem Abschluss eines Friedensabkommens in Mali weiterhin instabil. Insbesondere in diesem Land besteht weiterhin ein hohes Anschlagrisiko, das sich gegen Vertreter des malischen Staats, die internationale UNO-Mission, die im Land stationierten französischen Spezialkräfte und gegen weitere westliche Ziele richtet. Bei einem Anschlag eines Bewaffneten auf ein Restaurant in der malischen Hauptstadt Bamako wurden in der Nacht auf den 7. März 2015 fünf Personen getötet und mehrere verletzt. Unter den Verletzten waren zwei Angehörige der



Profilbild eines Schweizer Users sozialer Medien

Schweizer Armee, die in Mali als Munitionsspezialisten im Einsatz standen. Am 15. Januar 2016 wurden zwei Schweizer Staatsangehörige bei einem Anschlag der AQIM in Ouagadougou (Burkina Faso) getötet. Der Anschlag in Ouagadougou zeigt, dass die ehemals in Nordmali aktiven Terrorgruppierungen versuchen, ihr Operationsgebiet auszuweiten und mittels aufsehenerregender Anschläge Aufmerksamkeit zu gewinnen. Wiederum in Mali wurde im Januar 2016 eine Schweizer Staatsbürgerin zum wiederholten Mal entführt; sie lebte aller Warnungen zum Trotz in diesem Gebiet.

Instabilität kennzeichnet auch die Lage in mehreren zentralafrikanischen Staaten, so etwa im Sudan und Südsudan sowie in der Zentralafrikanischen Republik. Die Konfliktparteien im Südsudan haben sich zwar auf einen Friedensvertrag geeinigt; vereinbarte Waffenruhen werden aber immer wieder gebrochen.

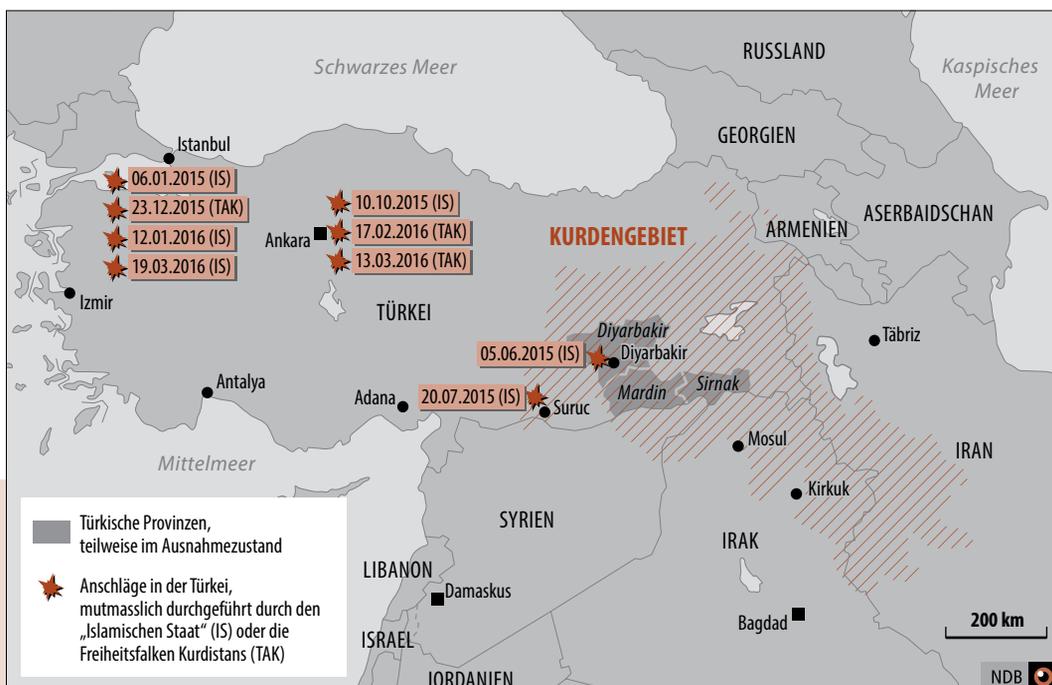
Auch am Horn von Afrika, insbesondere in Somalia, herrscht weiterhin Bürgerkrieg. Die Organisation al-Shabaab hat zwar der Kernal-Qaida Treue gelobt, innerhalb der Gruppierung gibt es aber auch eine Fraktion, die sich für eine

Annäherung an den „Islamischen Staat“ stark macht. Daneben hat sich Ende Oktober 2015 eine erste kleinere Gruppe abgespalten und unabhängig von der Mutterorganisation zum „Islamischen Staat“ bekannt. Trotz dieses internen Zwists halten die Aktivitäten der al-Shabaab an.

Auf der arabischen Halbinsel ist vor allem der Jemen von Instabilität gezeichnet. Die AQAH sowie die Ableger des „Islamischen Staats“ im Jemen profitieren davon, dass in weiten Teilen des Landes die staatlichen Organe massiv an Einfluss eingebüsst haben.

### Konflikt zwischen PKK und türkischem Staat

Der „Islamische Staat“ operiert auch in kurdisch besiedelten Gebieten. Die Türkei ist zunehmend in Konfrontationen zwischen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und dem „Islamischen Staat“ involviert. Nach dem Anschlag vom 20. Juli 2015 in Suruc beschuldigte die PKK die türkische Regierung, den mutmasslich dschihadistisch motivierten Anschlag durch ihre Unterstützung dschihadistischer Oppositionsgruppen in Syrien begünstigt zu haben. Die



türkische Regierung ihrerseits warf der PKK vor, nach dem Anschlag zwei Polizisten getötet zu haben. Die seit 2013 laufenden Annäherungsgespräche zwischen der Türkei und der PKK wurden daraufhin abgebrochen.

Als Folge intensivierten sich die gewaltsamen Zusammenstöße und Kämpfe zwischen der PKK und türkischen Sicherheitskräften. In verschiedenen Städten Europas kam es bei Kundgebungen vermehrt zu Ausschreitungen zwischen Anhängern der PKK und Sympathisanten der in der Türkei regierenden Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) beziehungsweise türkischen Nationalisten.

In der Schweiz kam es am 12. September 2015 bei einer Kundgebung von Anhängern der AKP und der gegen diese gerichteten Gegendemonstration der PKK-Jugend zu Ausschreitungen. Ansonsten verliefen die von der PKK organisierten Kundgebungen in der Schweiz bisher ohne gewaltsame Zwischenfälle.

### **Tamilische Gemeinschaft tritt öffentlich kaum auf**

Zwar haben Tamilinnen und Tamilen weiterhin zum Ziel, in einem Teil Sri Lankas einen tamilischen Staat zu errichten. Seit Längerem treten tamilische Gruppierungen aber in der Schweiz und anderswo in Europa kaum mehr öffentlich in Erscheinung. Von tamilischen Interessenorganisationen durchgeführte Veranstaltungen und Anlässe finden in geschlossenem Rahmen statt und führen nicht zu Sicherheitsproblemen.

## BEURTEILUNG

### Führungsrolle des „Islamischen Staats“

Faktisch hat der „Islamische Staat“ die Führungsrolle in der dschihadistischen Bewegung übernommen. Er gewinnt damit weiter an Einfluss und ist die herausragende Bedrohung für westliche Staaten und ihre Staatsangehörigen. Mit dem „Islamischen Staat“ sympathisierende oder von ihm unterstützte Täter gehen ruchlos und mit äusserster Brutalität vor. Die Anschläge in Paris im November 2015 unterstreichen dies. Zahlreiche Opfer kamen dabei nicht durch Sprengsätze ums Leben, sondern wurden durch gezielte Schüsse umgebracht.

Die Kern-al-Qaida ist zwar nach wie vor willens, Anschläge in westlichen Staaten zu verüben, um weiterhin eine wichtige Rolle in der dschihadistischen Bewegung zu spielen. Da die Kern-al-Qaida jedoch kaum mehr über die für die Durchführung eines Anschlags nötigen Mittel verfügt, ist sie zunehmend auf die Unterstützung eines ihrer Ableger angewiesen.

### Erhöhte Bedrohung für die Schweiz

Die Anschläge von Brüssel im März 2016 haben die Bedrohungsbeurteilung bestätigt. Die Bedrohung durch den dschihadistischen Terrorismus hat sich in den vergangenen Monaten weiter verschärft, was hauptsächlich damit zusammenhängt, dass der „Islamische Staat“ Personen nach Europa schickt, die er mit Anschlägen oder deren Planung beauftragt hat. Die Schweiz ist Teil des europäischen Bedrohungsraums, die Bedrohung ist auch hierzulande erhöht. Die Schweiz ist allerdings keines der primären Ziele dschihadistischer Terrororganisationen, weil sie sich nicht militärisch am Kampf gegen den Terrorismus beteiligt und aus Sicht der Dschihadisten nicht zu den Erzfeinden gehört. Dennoch ist die Schweiz aus Sicht der Dschihadisten Teil der antiislamisch gesinnten westlichen Welt und damit Teil des Feindbilds. So wurde zum Beispiel in einem Propagandavideo des „Islamischen Staats“ die Schweizer Flagge unter den 60 Flaggen von Staaten gezeigt, die als Anschlagssziele angesehen werden. Deshalb



können die Schweiz oder Schweizer Interessen im Ausland durchaus Ziel eines Anschlags werden. In der Schweiz sind derzeit eher Anschläge von Einzeltätern oder Kleingruppen zu erwarten, die mit einfachen Mitteln, wenig Vorbereitung und minimalem logistischem Aufwand verübt würden. Je komplexer die Täterschaft und der Anschlagplan, desto weniger wahrscheinlich ist es, dass der Anschlag der Schweiz oder Schweizer Interessen im Ausland gilt. Davon ist eine Einschränkung zu machen: Unter Schweizer Interessen sind auch Interessen Dritter in der Schweiz zu rechnen, zum Beispiel Botschaften der in der Koalition gegen den „Islamischen Staat“ militärisch engagierten Staaten. Diese sind teilweise einer höheren Bedrohung ausgesetzt. Dies gilt insbesondere auch für Schweizerinnen und Schweizer jüdischen Glaubens sowie jüdische und israelische Interessen in der Schweiz.

### **Bedrohung durch Dschihadreisende und Einzeltäter**

Die Zahl dschihadistisch motivierter Reisender insbesondere nach Syrien dürfte weiter zunehmen, wen auch nicht mehr in dem Mass wie in den Vorjahren. Unter den potenziellen Einzeltätern oder Kleingruppen, die in der Schweiz oder gegen Schweizer Interessen im Ausland einen Anschlag verüben können, kommt den durch den „Islamischen Staat“ und andere dschihadistische Gruppierungen radikalisierten und ausgebildeten Rückkehrern eine besondere Bedeutung zu. Darüber hinaus besteht das Risiko, dass die Propaganda des „Islamischen Staats“ und seiner Anhänger Personen in der Schweiz radikalisieren und dazu verleiten

Links:

Die Schweiz wird als Teil der Koalition gegen den „Islamischen Staat“ gezeigt – Schweizer User teilt einen Artikel über das Drohvideo des „Islamischen Staats“

### **Bekämpfung des Terrorismus in der Schweiz**

Die Schweiz hat verschiedene Massnahmen ergriffen, um der terroristischen Bedrohung zu begegnen.

So hat der Bundesrat auf Anfang 2015 das dringliche Bundesgesetz über das Verbot der Gruppierungen „Al-Qaida“ und „Islamischer Staat“ sowie verwandter Organisationen vom 12. Dezember 2014 in Kraft gesetzt, um die Unterstützung der beiden Akteure in der Schweiz zu unterbinden.

Am 18. September 2015 hat der Bundesrat die „Strategie der Schweiz zur Terrorismusbekämpfung“ verabschiedet. Die Strategie hält die etablierten Tätigkeiten und Prozesse auf Bundes- und Kantonsebene fest und schafft so eine gemeinsame Basis der Terrorismusbekämpfung. Die wirksame Bekämpfung des Terrorismus und dessen Finanzierung soll im Rahmen der Verfassung und des Völkerrechts unter besonderer Berücksichtigung der Grund- und Menschenrechte erfolgen. Der Kampf gegen den Terrorismus wird in den vier Handlungsfeldern Prävention, Repression, Schutz und Krisenvorsorge geführt. Die Schweiz setzt sich in ihrer Aussenpolitik für die Bekämpfung von Terrorismus und dessen Ursachen ein.

Die Strategie ist auch Leitbild für die Tätigkeiten der Task-Force Tetra („Terrorist Tracking“), in der seit Oktober 2014 die Aktivitäten der Stellen auf Bundes- und Kantonsebene koordiniert werden, die sich mit Fällen mit Bezug zu dschihadistischem Terrorismus beschäftigen. Im November 2015 stellte die Task-Force ihren zweiten Bericht vor, in dem sie unter anderem ein präventives Ausreiseverbot ausserhalb von Strafverfahren vorschlägt. Dieses Vorhaben entspricht dem Ziel der UNO-Resolution 2178, Reisen zu terroristischen Zwecken zu verhindern. Gleichzeitig weitete die Kerngruppe Sicherheit das Mandat der Task-Force auch auf Themen des nicht-dschihadistischen Terrorismus aus. Am 18. Dezember 2015 hat der Bundesrat beschlossen, die Terrorismusbekämpfung mit 86 Vollzeitstellen in der Bundesverwaltung zu verstärken. Die Stellen sind auf drei Jahre – bis Ende 2018 – befristet.

könnte, sich rekrutieren zu lassen oder in eigener Regie Anschläge zu verüben.

Es ist für die Sicherheitsbehörden besonders schwierig, solche Einzeltäter und Kleingruppen, die sich ausserhalb organisierter Strukturen bewegen, frühzeitig festzustellen und ihre Aktivitäten zu unterbinden. Dies gilt insbesondere auch, wenn sich vereinzelt potenzielle Dschihadisten unter die Flüchtlinge mischen, die zahlreich in europäische Länder einwandern. Im Internet, insbesondere in sozialen Netzwerken, führt insbesondere die hoch wirksame Propaganda des „Islamischen Staats“ immer wieder dazu, dass sich Einzelne und Kleingruppen radikalieren. Täter können sich ausschliesslich über die elektronischen Kanäle zu terroristischen Gewaltakten inspirieren lassen, ohne je mit einer terroristischen Gruppierung in direktem Kontakt gestanden zu haben oder in ein dschihadistisches Konfliktgebiet gereist zu sein.

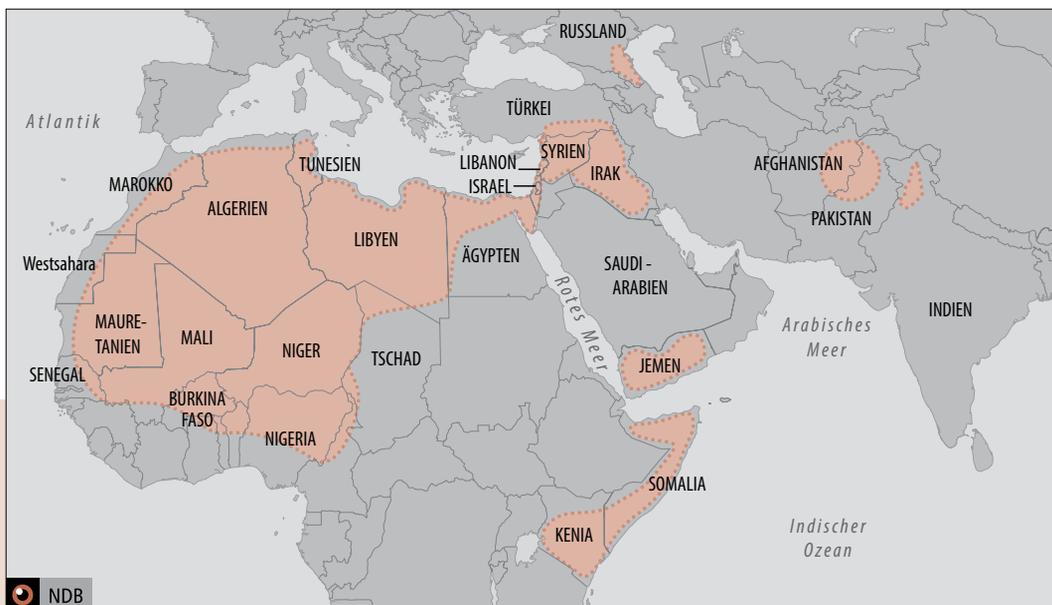
### Hohes Terrorrisiko in Teilen Afrikas und des Nahen Ostens

In der gesamten Sahel- und Maghrebregion sind Gewalttaten von Dschihadisten möglich und das Risiko von Terroranschlägen hoch.

Diese Anschläge sind sowohl gegen westliche wie auch gegen lokale Ziele gerichtet. Insbesondere in den Tourismusdestinationen Tunesien, Marokko und Ägypten können weiterhin gerade auch Touristen zu Zielen werden. Das Risiko von Entführungen westlicher Staatsangehöriger bleibt in der ganzen Sahel- und Maghrebregion hoch.

Die Bedrohung erhöhen auch bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen zwischen verfeindeten bewaffneten Organisationen oder fragile Staaten. So nutzen dschihadistische Gruppen fragile Staaten wie zum Beispiel Mali, Niger, Nigeria oder Somalia aus, um ihre Präsenz zu festigen. Das unsichere Umfeld in Ländern wie Kenia, Tschad, dem Sudan oder der Zentralafrikanischen Republik könnte einen fruchtbaren Boden für dschihadistische Aktivitäten bieten.

Auf der arabischen Halbinsel führt eine Koalition arabischer Staaten im Jemen ihre Offensive gegen die Huthi-Rebellen weiter. Dschihadistische Gruppen, vor allem die AQAH, aber zunehmend auch die Ableger des „Islamischen Staats“ profitieren von der labilen Sicherheitslage. Auch wenn für die AQAH der Kampf



gegen die Huthis derzeit im Vordergrund steht, bleibt sie der internationalen dschihadistischen Agenda verpflichtet. Die AQAH ist nach wie vor willens und fähig, bei sich ihr bietender Gelegenheit westliche Interessen innerhalb und ausserhalb Jemens anzugreifen.

### **Türkisch-kurdischer Konflikt hält an**

Der Konflikt zwischen dem türkischen Staat und der PKK hält an. Ausschreitungen bei Kundgebungen in Europa sind eine Reaktion auf die Situation in der Türkei und können sich je nach Entwicklung wiederholen, auch in der Schweiz. Potenzielle Ziele für gewaltsame Übergriffe seitens Anhängern der PKK sind hauptsächlich türkische Einrichtungen wie Vereinslokale, Moscheen, Reisebüros und staatliche Vertretungen.

Die Kämpfe zwischen einer PKK-nahen Organisation und dem „Islamischen Staat“ in Nordsyrien (Kobane) und Nordirak (Sinjar) haben auch in Europa zu Spannungen zwischen PKK-Anhänger und Sympathisanten des „Islamischen Staats“ geführt; dabei kann es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommen. Seit dem Spätjahr 2015 herrschen in der Türkei teilweise bürgerkriegsähnliche Zustände. Anschläge der PKK oder mit ihr verbundener Organisationen dürften sich auch künftig gegen staatliche Einrichtungen richten und nicht gegen die Zivilbevölkerung oder den Tourismus. Denn die PKK strebt unter anderem an, von der Terrorliste der EU gestrichen zu werden. Hingegen könnte der „Islamische Staat“ in der Türkei nicht nur auf kurdische, sondern auch auf touristische Ziele Anschläge verüben, um durch die Verbreitung von Angst

und Schrecken die Türkei unter Druck zu setzen und ihre Politik zu beeinflussen.

### **Aktivitäten von Tamilen**

An den friedlich verlaufenden Veranstaltungen der tamilischen Gemeinschaft in der Schweiz sind immer wieder auch Mitglieder und Sympathisanten der Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) festzustellen. Die Organisation versucht ausserhalb Sri Lankas eine Neuorientierung. Der Wiederaufbau einer gewalttätigen tamilischen Separatistenbewegung wie der LTTE ist zum jetzigen Zeitpunkt jedoch wenig wahrscheinlich.

Links:  
Übersicht über die wichtigsten  
Operationsgebiete dschihadistischer Gruppen

## AUSSICHTEN

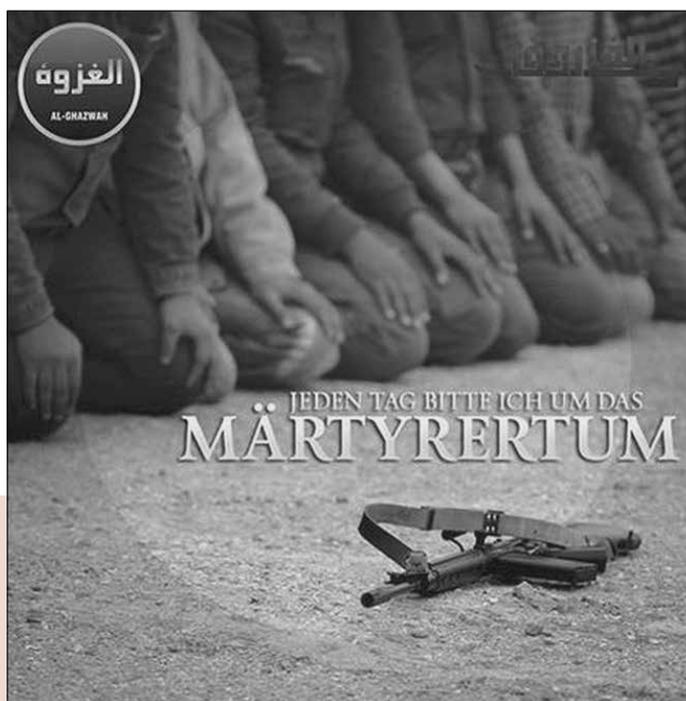
### Keine baldige Zerschlagung des „Islamischen Staats“

Die neue Führungsrolle in der internationalen dschihadistischen Bewegung verleiht dem „Islamischen Staat“ weiter Rückenwind. Eine nachhaltige militärische Zerschlagung des „Islamischen Staats“ durch die Koalitionspartner in den kommenden Monaten ist trotz der noch einmal gesteigerten Intensität ihrer Operationen unwahrscheinlich. Der „Islamische Staat“ nutzt und verstärkt konfessionelle und machtpolitische Bruchlinien durch gezielte Aktionen. Er wird die fortbestehende Kontrolle über Gebiete im Irak und in Syrien, den Anschluss diverser Provinzen in der gesamten islamischen Welt und die direkte Wirkung gegen Ziele in der Heimat seiner Feinde weiter intensiv propagandistisch ausnutzen können. Das von ihm kontrollierte Territorium wird sich weiter in Richtung Westen nach Syrien verschieben. Diese Westverschiebung ist die Folge der grösseren Wirkung der Gegner des „Islamischen Staats“

im Irak. Solange der militärische Druck im Irak stärker ist als in Syrien, wird dieser Trend anhalten.

### Bedrohung durch Einzeltäter und Kleingruppen

Personen, die sich aufgrund der Propaganda oder während Reisen in dschihadistische Konfliktgebiete radikalieren, stellen auch künftig die grösste Bedrohung für die Sicherheit westlicher Staaten und ihrer Staatsangehörigen dar. Mittelfristig bleibt die Bedrohung bestehen, dass sich Rückkehrer aus Dschihadgebieten zu Kleingruppen zusammenschliessen, aus denen sich neue dschihadistische Netzwerke mit hoher Professionalität herausbilden könnten. Die Anschläge von Paris weisen in diese Richtung. Zudem könnten auch nicht-europäische Kämpfer versuchen, auf legalem oder illegalem Weg nach Europa einzureisen. Eine gewisse Deckung könnten solche Personen in Migrationsbewegungen finden.



Von User in der Schweiz im Internet verbreitete Propaganda: Reaktion auf die Anschläge in Paris, November 2015

### **Teile Afrikas bleiben instabil**

Für die festgefahrenen regionalen, ethnischen, sozialen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Herausforderungen in verschiedenen Ländern Nord-, West- und Zentralafrikas sowie am Horn von Afrika bietet sich keine schnelle Lösung. In den Konfliktgebieten mit teils bürgerkriegsähnlichen Zuständen oder bei Anschlägen besteht das Risiko weiter, dass auch Schweizer Staatsangehörige Opfer von Gewalttaten werden, obgleich die Schweiz nicht im unmittelbaren Fokus von Terrororganisationen steht. In einigen Gegenden bleibt für Bürgerinnen und Bürger westlicher Staaten das Risiko bestehen, als Gelegenheitsziel entführt zu werden.

### **Konflikt zwischen Kurden und Türken hält an**

Die PKK und assoziierte kurdischstämmige Gruppen ausserhalb der Türkei werden ihre Aktivitäten weiterhin von Ereignissen in kurdisch besiedelten Gebieten in der Türkei, in Syrien und im Irak sowie den Operationen des „Islamischen Staats“ abhängig gestalten. Dabei ist mit wiederholten, europaweit koordinierten Veranstaltungen und Aktionen zu rechnen. Diese dürften jedoch zumindest in der Schweiz grundsätzlich keinen gewaltsamen Charakter aufweisen. Einzelne Vorkommnisse am Rand von Demonstrationen können aber rasch zu Gewalttaten führen, insbesondere beim Aufeinandertreffen von türkischen und kurdischen Gruppen.

### **Lage in der Heimat beeinflusst Tamilen**

Der Einfluss der Entwicklung in Sri Lanka auf die tamilischen Gemeinschaften ausserhalb ihres Heimatlandes wird anhalten. Die derzeitige sri-lankische Regierung hat aber in Aussicht gestellt, den weiterhin bestehenden Zwist entschärfen zu wollen. Ob die angestrebte Neuorientierung der LTTE erfolgreich sein wird, lässt sich derzeit nicht beurteilen.

### **Einfluss sozialer Netzwerke bleibt gross**

Propaganda im Internet wird weiterhin betrieben. Auch dschihadistische Propaganda wird besonders in sozialen Netzwerken weitere Verbreitung finden. Für die Radikalisierung von Einzelnen haben diese viral verbreiteten Botschaften eine grosse Bedeutung. Eine strategisch wirksame Eindämmung wird aufgrund der Offenheit der elektronischen Kommunikationskanäle und den zahlreichen Möglichkeiten zur Anonymisierung und Verschleierung kaum möglich sein – ebenso wenig wie eine flächendeckende Beobachtung solcher Aktivitäten.

## Die Reisehinweise des EDA

---

### Unabhängige Informationen

Mit Ägypten, Tunesien, Istanbul und Paris sind in jüngster Zeit mehrere beliebte Feriendestinationen zur Zielscheibe von Terroristen geworden. Mit der emotionalen oder geografischen Nähe der Anschläge zur Schweiz wächst hierzulande die Verunsicherung.

Das war auch 1997 so, als beim Anschlag in Luxor zahlreiche Touristinnen und Touristen aus der Schweiz und anderen europäischen Ländern das Leben verloren. Aus der Verunsicherung wuchs das Bedürfnis nach unabhängigen Informationen über die Sicherheitslage im Ausland. Diesem Wunsch entsprechend schaltete das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) im November 1998 die ersten Reisehinweise im Internet auf. Den Kompetenzen und dem Auftrag des EDA entsprechend konzentrieren sich die Reisehinweise auf die Bereiche Politik und Kriminalität. Inzwischen ist das Angebot auf 176 spezifische Länderhinweise gewachsen, die über zwei Millionen Mal pro Jahr konsultiert werden.

### Risiko von Anschlägen und Entführungen

Zusätzlich zu den spezifischen Länderhinweisen stellt das EDA auch länderunabhängige Reiseinformationen zur Verfügung, zum Beispiel bezüglich Terrorismus und Entführungen.

Angesichts der Unmöglichkeit, Anschläge vorauszusehen, rät das EDA nicht generell von Reisen in Städte und Länder ab, die davon betroffen werden könnten oder schon wurden. Das Risiko besteht praktisch in jedem Land und

vor allem dort, wo sich viele Menschen aufhalten, zum Beispiel bei Sehenswürdigkeiten, in Einkaufszentren, im öffentlichen Verkehr, bei Sportveranstaltungen und kulturellen Anlässen, in Nachtlokalen, bekannten internationalen Hotels und beliebten Restaurants.

Ausserdem versuchen Terroristen immer wieder, mit Entführungen Geld zu erpressen oder Forderungen durchzusetzen. In solchen Entführungsfällen sind die Einflussmöglichkeiten der Schweiz sehr begrenzt. Die Lösung dieser Fälle obliegt den lokalen Behörden. Die Schweiz bezahlt kein Lösegeld, um nicht weitere Bürgerinnen und Bürger zu gefährden und um die Täterorganisationen nicht zu stärken. Der Ausgang jeder Entführung ist ungewiss. Die einzige Gewissheit besteht in den enormen körperlichen und psychischen Strapazen für die Entführungsoffer und ihre Angehörigen. Da Terroristen oft gezielt Ausländerinnen und Ausländer als Opfer aussuchen, rät das EDA von Regionen mit hohem Entführungsrisiko ab.

### Informationsquellen

Die Reisehinweise stützen sich hauptsächlich auf die Einschätzungen der Schweizer Botschaften im Ausland. Diese pflegen ein grosses Kontaktnetz – dazu gehören die Behörden des Landes, Schweizer Firmen und Privatpersonen, die im Land ansässig sind, lokale und einheimische Nichtregierungsorganisationen, andere Botschaften, persönliche Kontakte. Insbesondere wenn es um Terrorismus geht, fliessen auch Informationen des NDB ein. Im Gegen-

satz zu den individuellen Momentaufnahmen von Reiseblogs sind die Reisehinweise das Resultat einer langfristigen Beobachtung aus vielen verschiedenen Blickwinkeln.

Die Schweizer Botschaften vor Ort und die zuständigen Dienste der Zentrale beobachten die Lageentwicklung laufend. Bei Änderungen der Beurteilung werden die Reisehinweise angepasst. Im Internet steht den Reisenden deshalb jederzeit die aktuelle Lageeinschätzung zur Verfügung. Über die wichtigsten Anpassungen der Reisehinweise informiert das EDA ausserdem via Twitter.

### Eigenverantwortung

Die Reisehinweise stehen auch auf der Online-Plattform „itineris“ zur Verfügung, auf der die Schweizer Reisenden ihre Reisepläne hinterlegen können. Verschlechtert sich die Lage in einem Land unerwartet markant, kann das EDA dank „itineris“ die im Land anwesenden Schweizerinnen und Schweizer kontaktieren, informieren und bei Bedarf unterstützen.

Mit den Reisehinweisen und „itineris“ stellt das EDA den Bürgerinnen und Bürgern zwei wichtige Instrumente für die Planung und Durchführung einer Reise zur Verfügung. Das EDA empfiehlt, sich zusätzlich in den Medien und in Reiseführern zu informieren. In Kenntnis der Risiken entscheiden sich die Reisenden nach eigenem Ermessen und in eigener Verantwortung für oder gegen ein Reiseziel und treffen geeignete Vorsichtsmassnahmen. ■

#### Im Internet unter

[www.eda.admin.ch/reisehinweise](http://www.eda.admin.ch/reisehinweise)  
[www.dfae.admin.ch/voyages](http://www.dfae.admin.ch/voyages)  
[www.dfae.admin.ch/viaggi](http://www.dfae.admin.ch/viaggi)  
[www.twitter.com/travel\\_edadfae](https://www.twitter.com/travel_edadfae)  
[www.itineris.eda.admin.ch](http://www.itineris.eda.admin.ch)

#### Als App für Android und iPhone

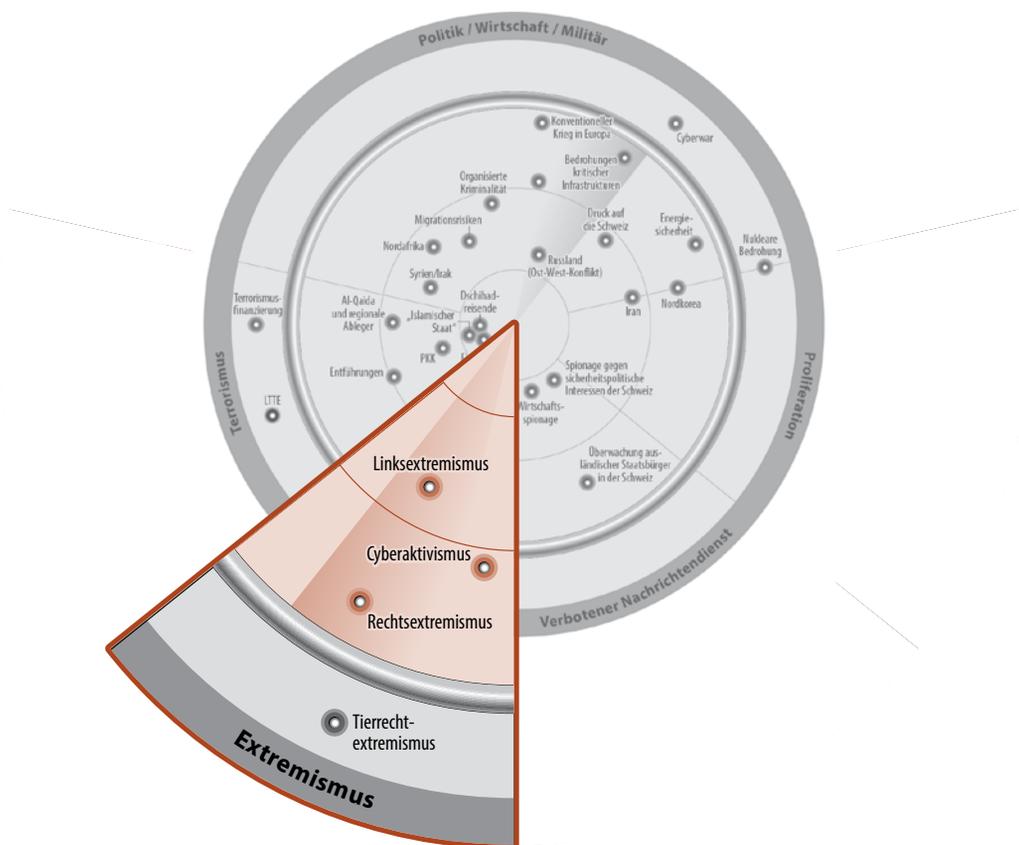
itineris





# Rechts- und Linksextremismus

Das Gewaltpotenzial sowohl der rechts- wie der linksextremen Szene bleibt bestehen. Trotzdem ist die Lage derzeit weitgehend entspannt. Namentlich die besondere, angespannte Lage im Bereich Asyl, aber auch weitere dschihadistisch motivierte Anschläge in Europa haben jedoch das Potenzial, im rechts- wie linksextremen Bereich zu einer Lageverschärfung zu führen. Konkrete Hinweise auf eine solche Lageentwicklung bestehen in der Schweiz zwar derzeit nicht, wohl aber in andern Ländern Europas.



**LAGE**

**Weiterhin ruhige Lage**

2015 wurden dem NDB 28 Ereignisse im Bereich des gewalttätigen Rechts- und 199 Ereignisse im Bereich des gewalttätigen Linksextremismus bekannt; bloße Schmierereien wurden nicht mitgezählt. Dies bedeutet im Bereich Rechtsextremismus eine Steigerung um 47 Prozent, im Bereich Linksextremismus um neun Prozent. Jahresschwankungen sind jedoch wegen der tiefen Nominalwerte kaum aussagekräftig. Die Zahlen bestätigen generell den mittlerweile langjährigen Trend zur Lageentspannung: Die Zahlen im rechtsextremen Bereich sind tief, im linksextremen Bereich zwar markant höher, aber seit Beginn des Jahrzehnts tendenziell rückläufig.

Mit Gewalt verbunden waren rund 43 Prozent der dem NDB bekannt gewordenen Ereignisse im Bereich Rechts- und rund ein Viertel im Bereich Linksextremismus. Wichtig ist, welcher Art die Gewalt ist, die ausgeübt wird. Dies hat einen entscheidenden Einfluss auf die Lageeinschätzung:

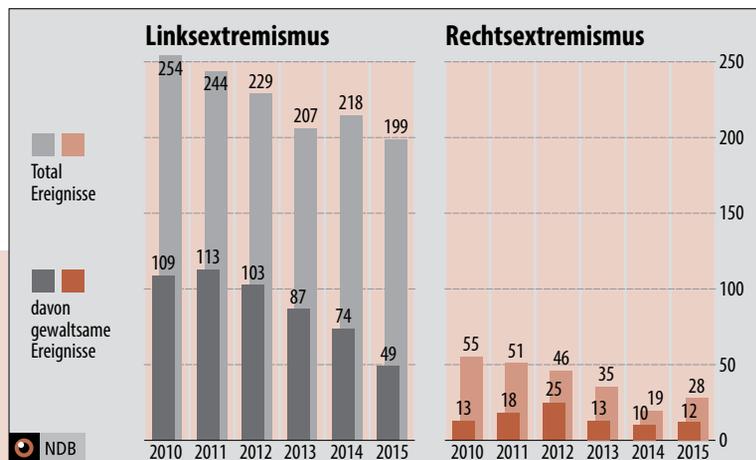
- Rechtsextreme prügeln sich, bedrohen, beschimpfen und bespucken Menschen, sie schänden vereinzelt Gräber. Ihre menschenverachtende Einstellung findet (wenn auch selten) ihren Ausdruck in körperlicher Ge-

walt. Waffen kommen dabei allerdings nur sehr vereinzelt zum Einsatz, auch Brandanschläge sind selten.

- Linksextreme greifen Menschen anlässlich von Demonstrationen mit Steinen, Flaschen, Pyrotechnik an und beschädigen Sachen: meist mit Farben, selten mit Feuer oder Wasser. Die Aggressivität insbesondere gegen Polizisten ist hoch. Der letzte Anschlag mit einer unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtung erfolgte im Januar 2016 anlässlich des World Economic Forum (WEF). Selten, aber häufiger als im Vorjahr werden Fahrzeuge angezündet, Anschläge mit Chemikalien wie Buttersäure kommen vereinzelt vor.

Rechts- und Linksextreme sehen sich wechselseitig als Feinde. Vor allem Linksextreme suchen dabei den Konflikt, direkte Auseinandersetzungen verlaufen gewaltsam. Bei im Voraus bekannten Veranstaltungen insbesondere der rechtsextremen Szene müssen die Sicherheitsdispositive der Behörden diesem Umstand weiterhin Rechnung tragen. Die teils umfangreichen Sicherheitsmassnahmen sorgen dafür, dass gewaltsame Auseinandersetzungen selten bleiben.

Dem NDB gemeldete rechts- oder linksextrem motivierte Ereignisse seit 2010 (ohne Schmierereien)



## Rechtsextremismus

Thematisch beanspruchen derzeit die Migration und der Islam die grösste Aufmerksamkeit. Eine Strategie der Rechtsextremen, die Ziele und Wege zu ihrer Erreichung vorgeben würde, ist jedoch nirgends in Sicht. Die seit Herbst 2015 besondere, angespannte Lage im Bereich Migration könnte der gewalttätigen rechtsextremen Szene die Möglichkeit bieten, ein tagesaktuelles Thema für die eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. Im September 2015 wurde von unbekannter Täterschaft ein Durchgangszentrum in Oberembrach ZH mit Flaschen beworfen und ein Bewohner geohrfeigt. Seit Ende Mai 2014 (unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtung vor Durchgangszentrum in Thun BE) war dies allerdings der erste solche Vorfall im Asylbereich. In sozialen Medien wurde parallel zur Flüchtlingsdebatte ein Anstieg fremdenfeindlicher und rassistischer Äusserungen festgestellt; ebenso vermerkte das Bundesamt für Polizei parallel zur politischen Asyldebatte einen Anstieg von Drohungen gegen Politikerinnen und Politiker.

Die rechtsextreme Szene hält sich weiterhin bedeckt und agiert konspirativ. Sie verhält sich selbst bei öffentlichen Anlässen so. So bot auch 2015 das Gedenken an die Schlachten von Sempach und Morgarten Anlass zu rechtsextremen Aufmärschen. Diese fanden abends statt, es beteiligten sich jeweils gut fünfzig Personen. Auf dem Rütli dagegen wurde 2015 nicht einmal mehr die seit Jahren übliche nachgeholte Bundesfeier veranstaltet; die historische Wiese wurde jedoch im Februar 2016 für ein grösseres Treffen von Rechtsextremen genutzt. Stattdessen sollten um den 1. August in der West- und

in der Ostschweiz Skinheadkonzerte stattfinden. Das von den Schweizer Hammerskins in der Waadt geplante Konzert und das von Blood & Honour in Schänis SG als Geburtstagsfeier getarnt organisierte Konzert wurden von den Behörden verboten. An den Ausweichstandorten Le Lieu VD und Schönenberg ZH konnten sie jedoch durchgeführt werden. Im Kanton Zürich hatte dies ein Nachspiel: Hier wurden im August 2015 abwechselnd von links- und rechtsextremer Seite Flugblätter verteilt, Anfang September tauchten Linksextreme in Hombrechtikon ZH auf. Am Bahnhof Bubikon ZH stiessen sie schliesslich auf Rechtsextreme und griffen diese an. Die Rechtsextremen reagierten hierauf mit einer erneuten Flugblattaktion in Hombrechtikon.

Darüber hinaus war wie schon in den Jahren zuvor festzustellen, dass gewalttätige Rechtsextreme sich zu organisieren versuchen. Bislang sind solche Bemühungen aber jeweils in den Anfängen stecken geblieben. Nebst Skinheadveranstaltungen in der Schweiz besuchen

Reaktion der Band auf ein  
verhindertes Konzert im  
Kanton Waadt, April 2015



Rechtsextreme auch solche im Ausland. Sie tun dies europaweit, vor allem aber in den Nachbarstaaten der Schweiz.

### Linksextremismus

Im Gegensatz zu den gewalttätigen Rechtsextremen suchen die Linksextremen die Öffentlichkeit. Instrumentalisierungsversuche aktueller Themen sind hier an der Tagesordnung. „Grenzen“ und „Repression“ sind derzeit die beiden beherrschenden übergreifenden Themen. Unter dem Stichwort „No Borders“ kämpfen die Linksextremen für einen ungehinderten Zuzug in die Schweiz und gegen die geltenden Regelungen im Asylbereich. Zielscheibe des Protests sind die mit der Umsetzung dieser Regelung beauftragten Institutionen: das Spektrum reicht von Gefängnissen, in denen Personen zur Ausschaffung sitzen, bis zu privaten Firmen, die im Asylbereich Aufgaben übernehmen. Die Aktionen beschränken sich nicht auf Protest, sondern können auch das Ziel haben, mit Blockaden Ausschaffungen direkt zu verhindern. Zum Thema „Repression“ bestehen zum Beispiel mit Gefängnissen Schnittstellen, das Thema ist seit Jahren eines der Haupttraktanden der gewalttätigen Linksextremen. Ruhiger wurde es im Gegenzug um die Themen „Freiraum“ und „Stadtentwicklung“. Im Sommer 2015 zeigte sich anlässlich der Übung Conex 15 der Schweizer Armee, dass das Thema „Armee“ längst nicht mehr das Mobilisierungspotenzial vergangener Zeiten hat. Dies gilt auch für das jährliche World Economic Forum in Davos GR: es fehlt eine grössere Protestbewegung, in deren Fahrwasser die gewalttätigen Linksextremen segeln und die sie für eigene Zwecke instrumentalisie-

ren könnten. Stattdessen tauchen Linksextreme bei Anlässen und Kundgebungen zu einer Vielzahl weiterer Themen auf: Frauenrechte, das Recht auf Abtreibung, das Trade in Services Agreement, Demokratie im Kongo – die Liste liesse sich fortsetzen.

Obiger Befund gilt auch beim Blick über die Grenzen hinaus: Nachdem sich die gewalttätigen Linksextremen über Jahre um eine Nutzung der Krise in Griechenland für eigene Zwecke bemüht haben, wechselte 2014 der Fokus auf den kurdischen Kampf gegen den „Islamischen Staat“, insbesondere in Kobane (Syrien). Wechselseitig unterstützen sich seither gewalttätige Linksextreme und Anhänger türkischer linksextremer Gruppierung wie auch der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Sie tun dies hauptsächlich anlässlich Demonstrationen der einen oder anderen Gruppierung.

### Internationale Verflechtungen

Auf Seiten der gewalttätigen Rechtsextremen sind die beiden seit Jahrzehnten existierenden internationalen Skinheadgruppierungen Blood & Honour und Hammerskins als Hauptorganisationen zu nennen. Daneben fehlen feste Strukturen oder dauerhafte Gruppierungen; ins Ausland bestehen hauptsächlich persönliche Verbindungen von Szenemitgliedern. Versuche in der Westschweiz und Frankreich, sich grenzübergreifend zu organisieren, schlugen fehl, die Gruppierungen wurden entweder zerschlagen oder zerfielen von selbst. Jedoch leisteten Schweizer Rechtsextreme in bescheidenem Umfang einer ukrainischen Organisation namens Misanthropic Division materielle Hilfe. Die Misanthropic Division ist Teil des Regi-

ments Asow und kämpft in der Ostukraine gegen die Separatisten. Dem Regiment Asow werden Kriegsverbrechen vorgeworfen; die Misanthropic Division bezieht sich in ihrem Auftritt auf nationalsozialistische Vorläufer. Unter den die Misanthropic Division unterstützenden ausländischen Rechtsextremen spielen die Schweizer nur eine marginale Rolle. Sie beschränken sich dabei nach bisherigen Erkenntnissen vorwiegend auf den Cyberspace. Allerdings wurde Ende September 2015 in den Medien bekannt, dass mindestens zwei Rechtsextreme aus der Schweiz in der Ukraine gekämpft haben beziehungsweise kämpfen.

Schliesslich ist auch darauf hinzuweisen, dass seit Jahren schon Rechtsextreme aus Deutschland in der Schweiz Wohnsitz nehmen. Die Übersiedlung dürfte primär persönliche, insbesondere wirtschaftliche Gründe haben. Strukturen der Rechtsextremen wurden damit gemäss bisherigen Erkenntnissen nicht in die Schweiz verlegt, und es gibt auch keine Hinweise, dass in der Schweiz Straftaten im Ausland geplant werden. Die Rechtsextremen aus Deutschland sind jedoch in der Schweizer Szene präsent.

An erster Stelle der internationalen Verbindungen im Bereich des gewalttätigen Linksextremismus ist der Secours Rouge International (SRI) zu nennen. Der SRI unterhält in Belgien und in der Schweiz je ein Generalsekretariat, die treibende Kraft ist der Revolutionäre Aufbau Zürich (RAZ). Der RAZ führt nicht nur das Schweizer Generalsekretariat des SRI, sondern unterhält darüber hinaus auch personelle Kontakte zum Beispiel in Italien zu gewalttätigen Linksextremen, die nicht wie der RAZ und die SRI dem marxistisch-leninistischen, son-

dern dem anarchistischen Lager zugehören. Dazu gehört etwa die Federazione Anarchica Informale (FAI), die für die letzten grösseren Anschläge in der Schweiz und auf Schweizer Interessen im Ausland verantwortlich war. Die FAI ist geschwächt, die verbleibenden operativen Gruppen scheinen bisher nicht die Schweiz und ihre Interessen im Visier zu haben. Bei den Anknüpfungspunkten mit kurdischen und links-extremen türkischen Gruppen ist nebst der PKK derzeit vor allem die in der EU und den USA als terroristisch eingestufte türkische Gruppierung DHKP-C zu nennen. Mit dieser solidarisierten sich Schweizer Linksextreme Anfang April 2015 nach dem blutigen Ausgang einer Geiselnahme in Istanbul. Solche Zusammenarbeit hauptsächlich anlässlich von Protestaktionen bleibt wahrscheinlich, ist jedoch auch von der jeweiligen Lage oder von Ereignissen abhängig. Der in der Schweiz seine Strafe wegen Mordes mittlerweile im offenen Strafvollzug verbüssende gewalttätige Umweltaktivist und Anarchist Marco Camenisch bleibt ein Referenzpunkt der linksextremen Szene auch ausserhalb der Schweiz.



Vor dem türkischen Konsulat in Zürich deponierter Gegenstand. Er enthielt Pulver, das sich als ungefährlich erwies. Die Revolutionäre Jugend Zürich bekannte sich im Internet, Januar 2016 (Stadtpolizei Zürich)

## BEURTEILUNG

---

### Rechtsextremismus

Die rechtsextreme Szene ist weiterhin den Beschränkungen unterworfen, auf die der NDB an dieser Stelle seit Längerem aufmerksam macht: So hat es vielfach persönliche Konsequenzen, wenn eine Person als rechtsextrem erkannt wird. Ihr drohen der Verlust des Arbeitsplatzes oder der Lehrstelle oder andere Nachteile, so etwa, wenn sie eine militärische Karriere anstrebt. Diese Ausgangslage widerspiegelt sich im Verhalten, indem die Öffentlichkeit gemieden wird, zumal die Schweizer Gesellschaft rechtsextremes Gedankengut ablehnt. Entsprechend schwierig ist es für Rechtsextreme, einen Veranstaltungsort zum Beispiel für ein Konzert zu finden. Die Lokalitäten werden unter Angabe eines unverfänglichen Grundes (zum Beispiel einer Geburtstagsfeier) gemietet. Anschliessend wird der Ort bis kurz vor der Veranstaltung auch in der Szene selbst geheim gehalten. Für den Fall, dass der Veranstaltungsort kurzfristig doch nicht zur Verfügung steht, weil zum Beispiel der Vermieter vom Vertrag zurücktritt, wird die Veranstaltung an einen meist in einem anderen Kanton gelegenen Ausweichstandort verlegt, für den ebenfalls bereits im Vorfeld gesorgt wurde. Hier reicht meistens die Zeit für die Behörden nicht mehr, um die Veranstaltung zu verhindern.

Mit aller Deutlichkeit ist aber weiter auf den Umstand hinzuweisen, dass Rechtsextreme zum Teil bewaffnet sind und mitgeführte Waffen gegebenenfalls auch einsetzen können. Schusswaffen werden gesammelt, gehandelt

und möglicherweise auch über die Grenze geschmuggelt. Er ist aufgrund von Erkenntnissen aus Hausdurchsuchungen – in der Regel als Zufallsfunde – anzunehmen, dass in der Szene vielfach grössere Sammlungen funktionstüchtiger Waffen bestehen.

### Linksextremismus

Thematisch bleibt die gewalttätige linksextreme Szene weiterhin flexibel und schöpft aus dem Tagesgeschehen die Motivation für Protest. Sie bleibt aber auch vom Tagesgeschehen abhängig, setzt für ein breiteres Publikum keine Themen und verharrt in negativen Positionsbestimmungen oder unrealistischen Maximalforderungen. Ihre Instrumentalisierungsversuche sind durchsichtig und lassen sich zumindest teilweise auch ohne Weiteres abwehren. So wurden Linksextreme Ende Oktober 2015 anlässlich einer Demonstration der Gesellschaft Schweiz-Palästina zunächst aufgefordert, ihre aus Sicht der Veranstalter unpassenden Transparente einzurollen, und anschliessend ob ihres ungebührlichen Benehmens aus dem Demonstrationzug gewiesen.

Taktgeber der gewalttätigen linksextremen Szene bleibt der Revolutionäre Aufbau Schweiz (RAS), namentlich die Zürcher Sektion. Insbesondere hinsichtlich der Beziehungen zu ausländischen Szenen fällt dieser Umstand ins Gewicht. Mit Marco Camenisch besteht weiterhin ein Motivgeber für Anschläge und Aktionen in der Schweiz und gegen Schweizer Interessen im Ausland. Die regionalen Szenen

agieren jedoch auch unabhängig voneinander und die grundsätzlichen ideologischen Unterschiede bleiben wichtig und handlungsrelevant. So formierte sich am 18. und 19. September 2015 jeweils eine Demonstration gegen die Militärübung Conex 15: eine mit eher marxistisch-leninistischem, die andere mit eher anarchistischem Hintergrund. Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass der RAS als Taktgeber auch nicht in der Lage sein dürfte, die individuelle Gewaltbereitschaft nach Belieben zu beeinflussen. Namentlich in Bern kommt es immer wieder zu Angriffen auf Polizeiwachen oder auch den öffentlichen Verkehr. Dabei wird die Reitschule als Rückzugsbasis genutzt. Hier wie andernorts ist die Aggressivität insbesondere gegenüber Polizisten hoch, und es wird teils versucht, die Angegriffenen körperlich zu schädigen.



In Bern sichergestelltes Material, mutmasslich zur Verwendung an einer Demonstration in Zürich, Februar 2015 (Kantonspolizei Bern)

## AUSSICHTEN

### Rechtsextremismus

Es gibt keinen Hinweis darauf, dass eine breitere soziale Bewegung gegen Einwanderung oder den Islam im Entstehen ist. Die anders als in benachbarten Staaten allesamt gescheiterten Versuche unter dem Namen Pegida (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlands) auch in der Schweiz eine Veranstaltung durchzuführen, belegen dies deutlich.

Entsprechend ist damit zu rechnen, dass es bei vereinzelt, in keine Strategie eingebundenen Gewalttaten bleibt und die Szene fernab der Öffentlichkeit ein isoliertes Dasein fristet. Das Gewaltpotenzial bleibt dabei aber bestehen, äusserst sich situativ und spontan und könnte sogar durch Selbstradikalisierung noch zunehmen. Sollte sich die besondere, angespannte Lage im Bereich Migration verschärfen und der Eindruck entstehen, das politische System nehme berechnete Ängste in der Bevölkerung nicht ernst, könnte die rechtsextreme Szene allerdings mit Gewalt reagieren. Dasselbe gilt, falls es in Europa vermehrt zu schweren dschiha-distisch motivierten Terroranschlägen kommt. Anzumerken bleibt dabei allerdings, dass es

auch ausserhalb der rechtsextremen Szene rassistisch und fremdenfeindlich beziehungsweise islamfeindlich eingestellte Personen mit einer hohen Bereitschaft zur Gewaltanwendung gibt. Situativ könnten auch diese Gewalttaten verüben, die im Voraus kaum zu erkennen sind.

### Linksextremismus

Die festgestellte Lageentspannung im Linksextremismus darf den Blick darauf nicht verstellen, dass weiterhin Gewaltpotenzial vorhanden ist. Dieses ist anlässlich von Demonstrationen relativ einfach abzurufen und äussert sich auch in schweren Angriffen auf Personen, insbesondere auf Sicherheitskräfte. Von Zurückhaltung ist hier wenig zu spüren, die Angreifer nehmen Schäden an Leib und Leben zumindest in Kauf oder suchen sie teils bewusst. Eingeschränkt ist die Gewaltbereitschaft seitens Linksextremer hingegen, sofern es um robuste Anschläge geht. Delikte mit unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen oder Brandstiftung sind selten, meist wird nur Farbe eingesetzt. Die Gründe für diese Zurückhaltung könnten auf verschiedenen Ebenen liegen. So ist zum



einen das Gewaltniveau in der Schweiz allgemein tiefer als anderorts in Europa; Beziehungen zu linksextremen Gewalttätern im Ausland könnten diese Beschränkung jedoch unterlaufen. Zum anderen fehlt der Hintergrund einer sozialen Bewegung oder eine tatsächlich auch positiv motivierende Zielsetzung. Dies könnte sich ändern, sollten Rechtsextreme vermehrt gewalttätig agieren, zum Beispiel gegen Asylsuchende. Schon heute sind die Linksextremen unter dem Titel „Antifaschismus“ aktiver in diesem Bereich als die Rechtsextremen: Eine Reaktion auf rechtsextreme Übergriffe dürfte nicht lange auf sich warten lassen. Zum dritten könnte die aufgrund dschihadistisch motivierter Terrorakte erhöhte Sensibilisierung dazu führen, dass die Öffentlichkeit kleinere Gewaltaktionen rascher und entschiedener sanktioniert oder dass umgekehrt ein höherer Einsatz von Gewalt notwendig ist, um die gesuchte Aufmerksamkeit zu erlangen. Dem steht allerdings ein Szenario entgegen, in dem auf dschihadistische Terroranschläge Übergriffe rechtsextrem motivierter Gewalttäter auf vermeintlich daran Schuldige folgen, auf die wiederum unter dem Titel „Antifaschismus“ mit linksextremer Gewalt geantwortet wird. Konkrete Hinweise auf eine solche Entwicklung bestehen aber derzeit nicht.

Thematisch wird sich im gewalttätigen Linksextremismus wenig ändern, unter „Antikapitalismus“ oder „Anarchismus“ lässt sich beinahe alles subsumieren. Was aber tatsächlich aufgegriffen wird, ist von Tagesaktualitäten abhängig, deren Traktanden nicht von der gewalttätigen linksextremen Szene festgelegt werden. Dies scheint auch für die Themen „Freiraum“ und

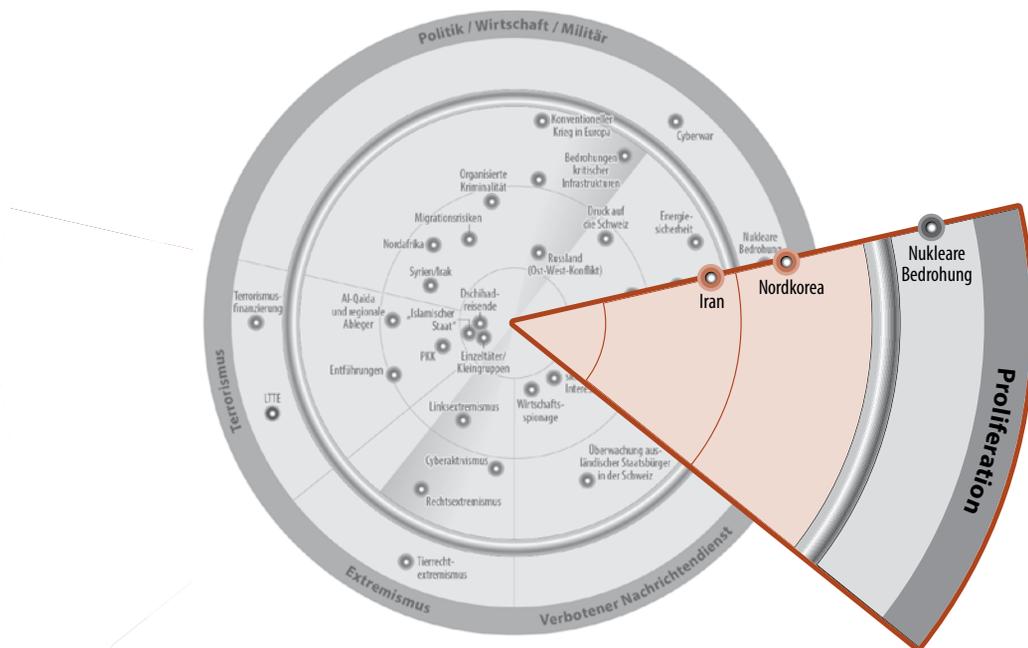
„städtischer Raum“ zuzutreffen, bei denen in den vergangenen Jahren der Eindruck entstehen konnte, sie könnten zu genuinen Themen der Linksextremen werden. Weiterhin und noch über die nächsten Jahre vollzieht sich in der gewalttätigen linksextremen Szene ein Generationenwechsel, zu dessen Folgen eine Gewichtsverschiebung weg vom Marxismus-Leninismus und hin zur Anarchie gehört. ■

Links:  
Unbewilligte Kundgebung, Bern September 2015  
(Kantonspolizei Bern)



# Proliferation

Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägermittel gefährdet weiterhin die Sicherheit in zahlreichen Regionen der Welt. Die Lage im Zusammenhang mit dem iranischen Nuklearprogramm hat sich dank einem diplomatischen Durchbruch 2015 deutlich entspannt. Iran wird aber noch über Jahre hinaus einem speziellen Bewilligungsregime im Bereich des Aussenhandels unterworfen sein. Das Abkommen Irans mit den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats plus Deutschland, kodifiziert durch eine UNO-Sicherheitsratsresolution, verpflichtet in Teilbereichen auch die Schweiz als einen der wichtigsten Exporteure von Dual-use-Gütern. Nordkorea führt seine Massenvernichtungswaffenprogramme ungehindert fort und testete am 6. Januar 2016 erneut einen Kernsprengsatz. Das 2014 eingeführte internationale Sanktionsregime im Zusammenhang mit der militärischen Eskalation der Lage in der Ukraine ist auch für die Schweiz eine neue Herausforderung. Darüber hinaus erinnert der wiederholte Gebrauch von chemischen Substanzen in der Konfliktführung in Syrien und im Irak an die Bedeutung der Proliferationsbekämpfung auch für benachbarte Themenfelder wie das der Terrorismusbekämpfung.



## LAGE

---

### 2015 ein Jahr des Wandels

Die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägermittel gefährdet weiterhin die Sicherheit in zahlreichen Regionen der Welt. Die Möglichkeit, Schweizer Güter und Technologien für machtpolitische Zwecke zu missbrauchen, bleibt in einer globalisierten Welt bestehen. 2015 war aber auch ein Jahr des Wandels. Der Bundesrat beauftragte die Bundesverwaltung sicherzustellen, dass die Sanktionsmassnahmen wichtiger Handelspartner im Zusammenhang mit der Situation um die Ukraine nicht über die Schweiz umgangen werden. Mit Iran schlossen die sogenannten P5+1 (ständige Mitglieder des Sicherheitsrats und Deutschland) ein Rahmenabkommen zur langfristigen Bewältigung des Nukleardossiers. Es umfasst die Wiedereingliederung Irans in den Welthandel, die auch durch Sicherungsmassnahmen nationaler Behörden, namentlich der Nachrichtendienste, begleitet werden muss. Der Konflikt in Syrien und im Irak und der wiederholte Gebrauch chemischer Substanzen in der Konfliktführung erinnerte schliesslich an die Bedeutung der Proliferationsbekämpfung auch für benachbarte Themenfelder wie die Terrorismusbekämpfung.

### Iranisches Nuklearprogramm: Diplomatischer Durchbruch

Die Lage im Zusammenhang mit dem iranischen Nuklearprogramm hat sich deutlich entspannt. Am 14. Juli 2015 kam nach jahrelangen Verhandlungen ein Rahmenabkommen

(Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA) zwischen den P5+1 und Iran zustande. Iran hat die vereinbarten Beschränkungen seines Nuklearprogramms bis zum 16. Januar 2016 (Implementation Day) umgesetzt. Die Aufarbeitung der vergangenen, militärischen Dimension des iranischen Nuklearprogramms wurde mit der Resolution des Gouverneursrats der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) vom 15. Dezember einem pragmatischen Konsens zugeführt. Die Umsetzung des Rahmenabkommens und die vereinbarten flankierenden Kontrollmechanismen werden die Möglichkeit Irans, aus dem Kernwaffensperrvertrag innert nützlicher Frist auszusteigen, auf Jahre hinaus begrenzen. Gleichzeitig wächst in diesem Zeitraum aber auch seine technische Fähigkeit, sein Nuklearprogramm flexibler zu gestalten.

### Iranische ballistische Raketen: Steter Ausbau

In den Verhandlungen Irans mit den P5+1 konnte in der Frage der iranischen Programme zur Herstellung und Verbreitung von ballistischen Raketen kein tragfähiger Konsens erzielt werden. Iran hielt sein faktisches Moratorium für Tests ballistischer Raketen mittlerer Reichweite bis in den Oktober 2015 hinein aufrecht. Mit dem Start einer Variante seiner Shahab-III-Rakete am 10. Oktober 2015 testete es den am Verhandlungstisch vereinbarten Dissens in Bezug auf sein Raketenprogramm aus. Der Test dieses neuen Systems widerspiegelt keinen signifikanten technischen Fortschritt in Bezug

Rechts:  
Erweiterung der Nuklearanreicherungsanlage  
in Yongbyon, Nordkorea (2014)

auf die Bedrohungslage, sondern war politischer Natur. Tatsächlich verläuft die qualitative Entwicklung des iranischen Raketenprogramms weiterhin zögerlich. Die erkennbarsten Fortschritte wurden bei Systemen geringerer Reichweite erzielt, die nicht für die Sicherheit der Schweiz, jedoch für jene von Staaten in der Region unmittelbar relevant sind.

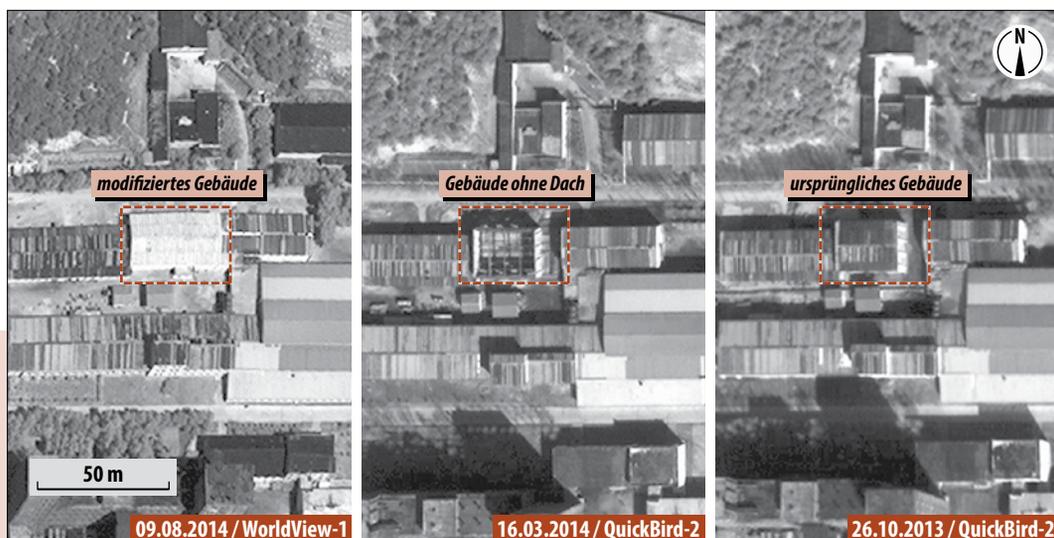
**Nordkoreanisches Nuklearprogramm:  
Neuer Nukleartest**

Das nordkoreanische Atomprogramm bleibt eine Quelle der Besorgnis für die internationale Gemeinschaft. Nordkorea brachte am 6. Januar 2016 zum insgesamt vierten Mal einen nuklearen Sprengsatz zur Detonation. Der Sprengsatz stellt technisch eine Weiterentwicklung der bisherigen Technologie dar, entspricht aber nicht der ausgereiften Entwicklung einer Wasserstoffbombe. Die Informationslage zu Nordkorea ist weiterhin dürftig, jedoch zeigen Satellitenaufnahmen Fortschritte beim Urananreicherungsprogramm. Der politische Prozess im Rahmen der sogenannten Sechsparteiengespräche (Nordkorea, Südkorea, USA, China, Russland und Japan) bleibt unterdessen blockiert. Nordkorea erhöht seine Fähigkeit, Spaltmaterial für Kernwaffen zu produzieren und dürfte in der Lage sein, im Konfliktfall der Truppe einige

wenige Sprengsätze zur Verfügung zu stellen. Diese Bedrohung verbleibt aber weiterhin regionaler Art. Nordkorea verfügt derzeit trotz Fortschritten im Raketenbau nicht über die Fähigkeit, eine Kernwaffe über interkontinentale Distanzen zum Einsatz zu bringen.

**Nordkoreanische ballistische Raketen:  
Stetige Fortschritte**

Im siebzigsten Jahr nach Ende des Zweiten Weltkriegs nutzte Nordkorea vor allem sein Raketenprogramm für seinen Versuch, mit den USA in einen strategischen Dialog auf Augenhöhe einzutreten. Erneut wurde bei einer Parade ein Waffensystem mit angeblich interkontinentaler Reichweite vorgeführt. Als Novum vermeldete Pjöngjang zudem den erfolgreichen Test einer U-Boot-gestützten ballistischen Rakete. Beide Fähigkeiten sind jedoch nicht unabhängig belegt. Nachweisliche Fortschritte sind hingegen im Bereich des Raumfahrtprogramms erkennbar. So fand ein Ausbau des Standorts Sohae statt, von wo aus Nordkorea 2012 zum ersten Mal einen Satelliten in eine Erdumlaufbahn geschossen hat.



### Einsatz von chemischen Substanzen in Syrien und im Irak

Im Kriegsgebiet in Syrien und im Irak wurden nach Angaben verlässlicher Quellen wiederholt chemische Waffen und chemische Substanzen zum Zweck der Konfliktführung eingesetzt. Die Verfügbarkeit der entsprechenden Mittel ist im Raum für alle Konfliktparteien gegeben. Die Hemmschwelle für den Einsatz chemischer Kampfstoffe ist tief, und Kämpfer vor Ort verfügen über Erfahrung im Einsatz der Mittel. Auch improvisierte Produktionsanlagen könnten weiterhin im Raum vorhanden sein. Diese Umstände fließen in die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit für nicht-konventionelle Anschläge auch ausserhalb der Konfliktregion ein.



## BEURTEILUNG

### **Nuklearkrise mit Iran: Effiziente Beschränkungen**

Das Rahmenabkommen und seine bindende Kodifizierung im Rahmen der Sicherheitsratsresolution 2231 beschränken die Möglichkeit Irans wirksam, kurzfristig in den Besitz von Kernwaffen zu gelangen. Sie können langfristig zur Normalisierung der Situation um das iranische Nukleardossier führen. Gegenwärtig sind alle Parteien erkennbar gewillt, das Abkommen auch umzusetzen. Diese Aussagen sollen aber nicht den Eindruck erwecken, die Lage sei damit endgültig bereinigt. Die weitere Umsetzung des Abkommens erscheint langfristig noch nicht gesichert, stösst es doch sowohl in Iran als auch in den USA weiterhin auf Widerstand der Gegner eines Ausgleichs zwischen den beiden Staaten.

Der Aussenhandel Irans wird noch über Jahre einem speziellen Bewilligungsregime unterworfen sein. Dieses Regime umfasst insbesondere detaillierte Auflagen für exportierende Firmen bei Lieferungen nach Iran und die Kontrolle gelieferter Güter durch die Behörden des ausführenden Staats. Auch bleibt das iranische Raketenprogramm weiter im Fokus der Nachrichtendienste, insbesondere aufgrund der Lieferung von iranischen Waffen und Technologie auf den Kriegsschauplatz in Syrien.

Die Resolution verpflichtet aber nicht nur Iran und die P5+1, sondern in Teilbereichen alle Mitglieder der UNO. Für die Schweiz als einen der wichtigsten Exporteure von Dual-use-Gütern ist von besonderer Bedeutung, dass ein

international kontrollierter Beschaffungskanal für Dual-use-Güter beim Export nach Iran etabliert wird. Dabei unterliegen nicht nur Exporte zugunsten des iranischen Atomprogramms, sondern alle Exporte von Dual-use-Gütern aus der Schweiz nach Iran den Bestimmungen der Resolution 2231. Die Schweizer Industrie ist gehalten, Exporte nach Iran über die zuständige Schweizer Bundesbehörde der UNO zur Bewilligung vorzulegen und im Vertrag mit dem iranischen Endkunden den Bundesbehörden ein Inspektionsrecht vorzusehen.

### **Nordkorea: Gesamte Produktionspalette für Kernwaffenprogramm verfügbar**

Die nordkoreanischen Fähigkeiten in der Urananreicherung sind unklar, könnten im Bereich der Zentrifugentechnologie jedoch weiter sein als die iranischen. Ausgehend von der Entwicklungslinie des bekannten Programms wäre die Existenz einer weiteren, älteren Urananreicherungsanlage plausibel.

Das Regime in Nordkorea hat sich in der Vergangenheit nicht gescheut, seine Raketentechnologie ohne Vorbehalt zahlreichen Kunden wie Pakistan, Iran, Libyen, Ägypten und Syrien zu verkaufen. Es ist in der Lage, die gesamte Produktionspalette für ein Kernwaffenprogramm anzubieten, von der Produktion des Spaltmaterials (Uran und Plutonium) über den Bau eines einfachen nuklearen Sprengsatzes bis hin zu den benötigten Trägermitteln mittlerer Reichweite.

Links:  
Reichweiten nordkoreanischer Trägermittel

**Proliferation und Terrorismus**

Der Einsatz chemischer Substanzen im Konflikt in Syrien bestätigt die Bedeutung, die der Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen auch im Kampf gegen den Terrorismus zukommt. Wie beim Einsatz von Sprengstoffen muss eine Tätergruppe abwägen, ob der Transport chemischer Substanzen einfacher zu bewältigen ist als eine Produktion im Einsatzraum. Die Kontrolle der notwendigen Ausgangskemikalien und der enge Kontakt des NDB zu Industrie und Handel unterstützen die Massnahmen der Terrorabwehr.

## AUSSICHTEN

---

### Vielfältige Risiken für die Schweiz

Der Fluss kontrollpflichtiger Güter und Technologien über Drittländer in proliferationsrelevante Staaten ist für die Schweizer Exportkontrolle eine grosse Herausforderung. Die Schweiz verfügt über exzellente industrielle Fähigkeiten und bietet einen attraktiven und im internationalen Vergleich offenen Forschungsplatz. Die Präsenz von Studenten aus Staaten ausserhalb der EU ist zunehmend, auch aus Staaten, die in proliferationsstechnischer Hinsicht sensitiv sind. Der NDB sensibilisiert deshalb neben den Forschungs- und höheren Bildungsinstituten auch vermehrt ausländische Studenten für die Risiken der Proliferation. Auch die Weitergabe von Know-how, eine Zusammenarbeit, auch informeller Natur, oder Gefälligkeiten gegenüber der Bildungs- oder Forschungsstätte im Herkunftsland können in der Schweiz einer Bewilligungspflicht unterliegen.

Dank der internationalen Kooperation und der Zusammenarbeit mit der Industrie können Schweizer Behörden immer wieder illegale Beschaffungsversuche vereiteln oder aufdecken. Die Schweizer Industrie nimmt ihre gesetzlichen Verpflichtungen mehrheitlich vorbildlich wahr und sucht im Zweifelsfall den Kontakt zu den Behörden.

Die Herausforderungen nehmen jedoch zu. Die Beschaffungswege entwickeln sich weiter und werden neu organisiert. Viele von ihnen laufen über Asien. Die zunehmende Auslagerung von Produktion ins Ausland macht es sowohl für die Industrie als auch für die Behör-

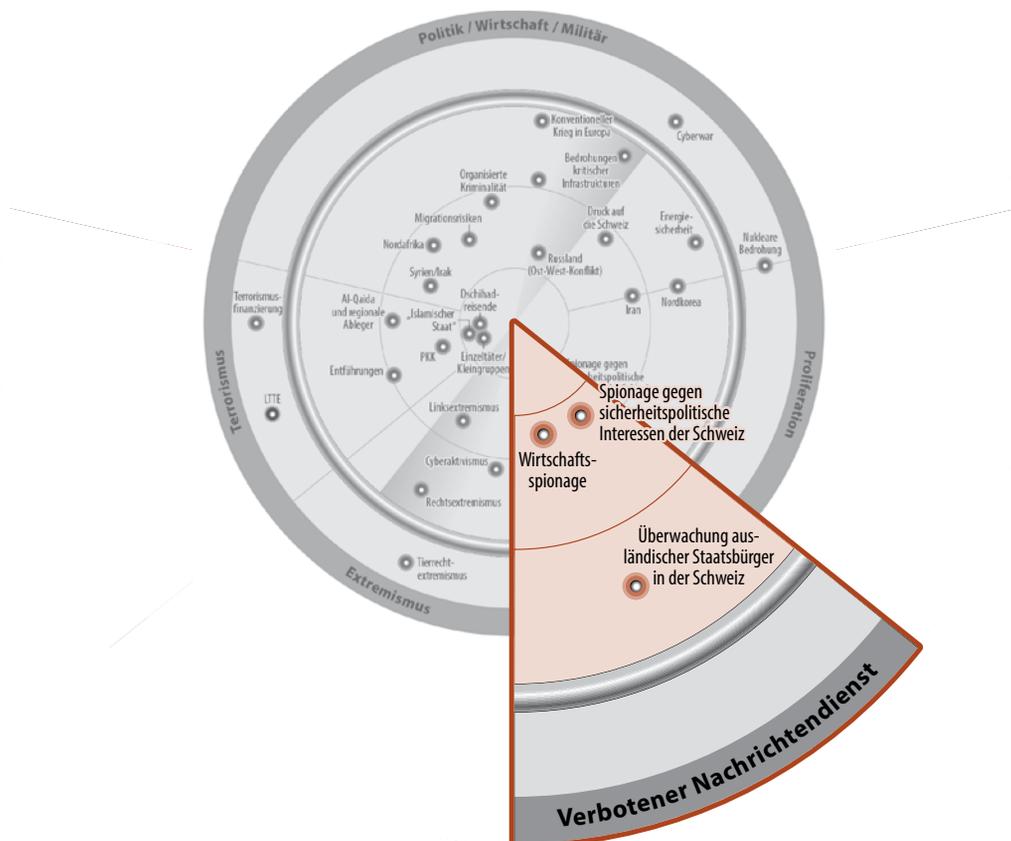
den schwieriger, den Fluss kritischer Güter zu kontrollieren. Auch ist in den proliferationsrelevanten Bereichen eine Tendenz der Einkäufer festzustellen, auf die Beschaffung von Subsystemen und Komponenten zu fokussieren. Kritische Subsysteme zu identifizieren und dem illegalen Handel zu entziehen, ist ungleich schwieriger als vollständige Systeme, deren Ausfuhr grösseren und immer griffigeren internationalen Kontrollen unterworfen ist.

Das 2014 eingeführte internationale Sanktionsregime im Zusammenhang mit der militärischen Eskalation der Lage in der Ukraine ist eine neue Herausforderung vor dem Hintergrund wachsender geopolitischer Spannungen zwischen Russland und dem Westen. Betroffen sind Handelspartner der Schweiz mit umfangreichen und sektoriell gut entwickelten Beziehungen. Die Schweiz stellt mit ihren Massnahmen sicher, dass die Sanktionen nicht über die Schweiz umgangen werden. ■



# Verbotener Nachrichtendienst

Staaten oder von Staaten beauftragte, private Akteure betreiben verbotenen Nachrichtendienst; vereinzelt besteht auch ein Markt für illegal beschaffte Informationen. Befreundete Staaten gibt es im Bereich Spionage nicht, wohl aber Zusammenarbeit bei übereinstimmender Interessenlage. In der Regel definieren staatliche Interessen die Zielrichtung der Beschaffungsaktivitäten – es handelt sich ebenso um konstante wie von der aktuellen Lage diktierte Bedürfnisse. Verbotener Nachrichtendienst schafft Zugänge zu Personen und Systemen, die sich möglicherweise nicht nur zur Informationsgewinnung nutzen lassen: Sie können allenfalls auch der Manipulation oder gar Sabotage von Daten dienen. Die Informationen werden im Interesse des jeweiligen Staats genutzt, meist heimlich, gegebenenfalls werden sie aber auch publik gemacht. Informationsoperationen haben in den vergangenen Jahren stark an Bedeutung gewonnen.



## LAGE

---

### Ziele und Zwecke nachrichtendienstlicher Tätigkeit

Nachrichtendienstliche Tätigkeit dient primär der Informationsgewinnung; verbotener Nachrichtendienst der Beschaffung von Informationen, die mit legalen Mitteln nicht beschafft werden können. Daneben setzen zahlreiche ausländische Staaten ihre Nachrichtendienste auch zur direkten Förderung eigener Interessen ein, zum Beispiel durch die Beschaffung von sonst nicht erhältlichen Gütern, zur politischen oder wirtschaftlichen Einflussnahme oder zur Vorbereitung von Massnahmen in besonderen Lagen.

Nachrichtendienstlich beschaffte Informationen können unterschiedlichen Zielen dienen. Sie helfen dabei, Schaden vom eigenen Land abzuwenden, leisten also unter anderem einen Beitrag zu Schutz und Sicherheit, zum Beispiel im Bereich Terrorismusabwehr. Für legitime, von anderen Staaten geteilte Zielsetzungen stehen legale Wege der Informationsbeschaffung zur Verfügung: etwa die Zusammenarbeit mit dem Nachrichtendienst des betreffenden Landes oder der Rechtshilfeweg im Bereich der Justiz. Zur Zusammenarbeit unterhalten auch etliche Nachrichtendienste Missionen im Ausland; die dort tätigen Nachrichtendienstmitarbeiter sind beim jeweiligen Gastgeberstaat akkreditiert. Wo Zusammenarbeit nicht möglich ist – oder die Resultate als ungenügend erachtet werden – ist auch bei legitimer Zielsetzung mit verbotener nachrichtendienstlicher Tätigkeit zu rechnen. Da Nachrichtendienste aber immer primär nationalen Interessen dienen, gilt es im

Auge zu behalten, dass auch die einvernehmliche Zusammenarbeit mit einem anderen Nachrichtendienst zur Erreichung eines bestimmten Ziels dazu benutzt werden kann, den Partner auszuspionieren.

Illegale Vorgehensweisen kommen dann in Betracht, wenn es darum geht, die eigenen, nationalen Interessen gegen die Interessen anderer zu schützen oder durchzusetzen. Spionage kann dazu dienen, die eigene Position im internationalen politischen oder wirtschaftlichen Wettbewerb zu behaupten oder zu verbessern. Die angestrebte gesicherte oder verbesserte Position kann sich auf das Zielland der Operation oder auf beliebige andere Mitglieder der internationalen Gemeinschaft beziehen, aber auch auf das eigene Land. So forschen diverse Länder auch in der Schweiz ihre Exilgemeinschaften aus.

Informationen und die zu ihrer Gewinnung geschaffenen Zugänge lassen sich unterschiedlich nutzen. Wer Zugang hat zu einem System oder einer Person, kann möglicherweise nicht nur Informationen abschöpfen, sondern diese auch manipulieren oder gar sabotieren. Informationen lassen sich auf vielfältige Weise nutzen: einmal ist es eine Einzelinformation, die den entscheidenden Vorteil bringt – zum Beispiel im wirtschaftlichen Wettbewerb die Offerte eines Konkurrenten –, das andere Mal der Beitrag, den Informationen zur Gewinnung eines Gesamtbilds leisten. Nachrichtendienstlich gewonnene Informationen müssen bei ihrer Nutzung nicht unbedingt geheim gehalten werden.

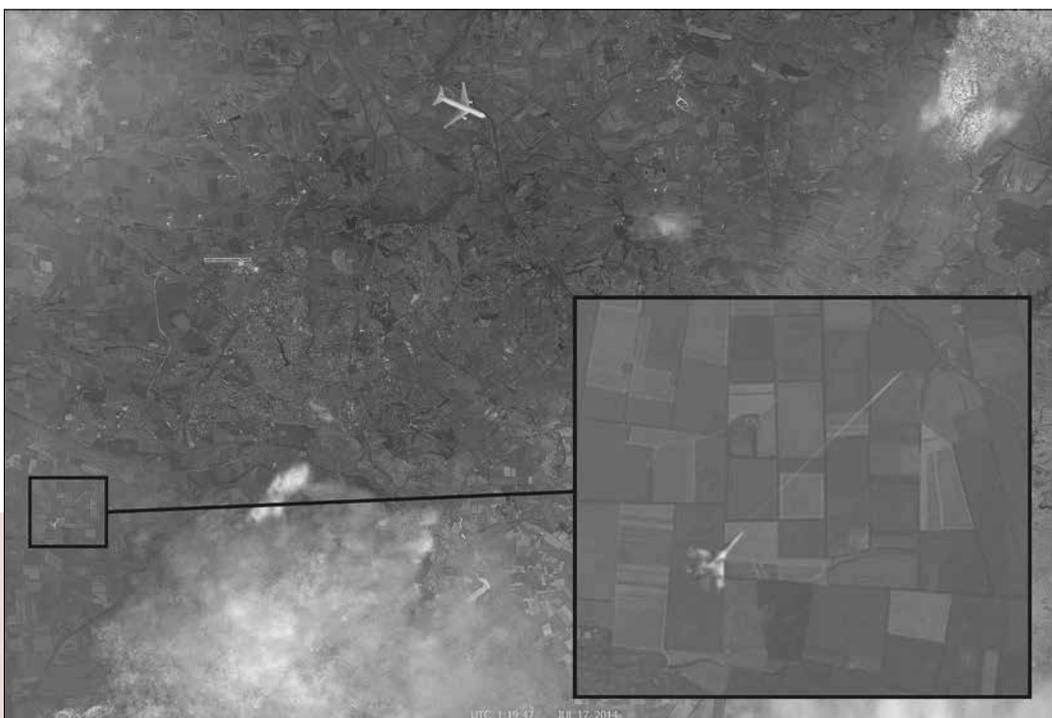
Rechts:  
Manipuliertes Bildmaterial zum MH17-Absturz,  
November 2014

Die gezielte Verbreitung von Informationen zur Erreichung politischer und militärischer Ziele hat in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Diese sogenannten Informationsoperationen erstrecken sich von legitimer Informationspolitik über gezielte Propaganda bis hin zu auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln geführten Manipulationskampagnen. Für die Verbreitung von Informationen werden klandestine Netzwerke geschaffen. Diese agieren verdeckt und oft im Graubereich der Legalität. Auch die gezielte Veröffentlichung von mit nachrichtendienstlichen Mitteln beschafften Informationen ist kein Tabu. Ein mutmasslich solcher Fall war Anfang Februar 2014 das Bekanntwerden abfälliger Äusserungen der Europabeauftragten im amerikanischen Aussenministerium über die EU im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen in der Ukraine. Der wahrscheinlich mit nachrichtendienstlichen Mitteln beschaffte und via Youtube veröffentlichte Mitschnitt eines Gesprächs führte zu einem ungünstigen Zeitpunkt zu Irritationen im Verhältnis USA-EU. Am Vorabend des G20-Treffens in Brisbane (Austra-

lien) im November 2014 zeigte ein russischer Fernsehsender manipuliertes Bildmaterial, angeblich ein kurz vor dem Absturz des Flugs MH17 von einer westlichen Quelle aufgenommenes Satellitenbild. Dies sollte die These stützen, MH17 sei von einem ukrainischen Kampfflugzeug abgeschossen worden, und damit das Vertrauen in die westliche Darstellung der Ereignisse unterminieren.

### Methoden

Bei ausländischen Nachrichtendiensten gewinnen Cyberspionage und andere Cyberoperationen für die Informationsgewinnung immer mehr an Gewicht. In einer Welt, in der die Vernetzung zunimmt und Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) an Bedeutung gewinnen, ist dies nicht weiter verwunderlich. Der elektronische Angriff bietet der Täterschaft einige Vorteile gegenüber klassischen Spionagemethoden: Cyberoperationen bieten der Täterschaft gute Chancen, unbehelligt zu agieren. Sie können von einem sicheren Ort aus betrieben werden, sodass auch ihr Bekanntwerden



und – so sie denn gelingt – die Identifikation der Täterschaft nicht zu Verhaftung und strafrechtlichen Konsequenzen führt.

Die schiere Zunahme und Häufung von Cyberspionage bedeutet jedoch nicht, dass die klassischen Methoden unwichtig geworden sind und ihre Abwehr vernachlässigt werden kann. Die Abschöpfung menschlicher Quellen ist eine der klassischen Spionagemethoden. Sie wird mit Angehörigen der Nachrichtendienste betrieben, die sich zum Beispiel als Diplomaten, Journalisten, Forscher oder Geschäftsleute tarnen. Solche Abschöpfungen können auch mit Cybermethoden betrieben oder unterstützt werden. Ebenso kann der Einsatz menschlicher Mittel den Weg zu Cyberoperationen erst öffnen. Weitere klassische Formen nachrichtendienstlicher Aktivitäten sind die als Open Source Intelligence bekannte, nicht ohne weiteres in den Bereich des verbotenen Nachrichtendienstes fallende Abschöpfung öffentlich verfügbarer Informationen oder die in verschiedenen Formen erfolgende Aufklärung von Signalen, darunter diejenige von Kommunikationsinhalten und -verbindungen. Auch Luftbilder, die sich teils kommerziell beschaffen lassen, sind Informationsträger.

### **Internationalität als Magnet für verbotenen Nachrichtendienst**

Internationale Verhandlungen, Konferenzen der UNO oder eine starke Präsenz ausländischer Vertretungen ziehen unweigerlich das Interesse zahlreicher Staaten auf sich und lösen Aktivitäten von Nachrichtendiensten aus. Ein Beleg für diese Aussage sind die öffentlich bekannt gewordenen Spionageaktivitäten gegen

die Verhandlungen mit Iran um dessen Atomprogramm.

Nachrichtendienste nutzen zur Informationsgewinnung intensiv das diplomatische Milieu. Zahlreiche ausländische Nachrichtendienste haben in ihren Botschaften oder Konsulaten Nachrichtendienstangehörige im Einsatz und tarnen diese als diplomatisches Personal. Dies schützt – im Fall diplomatischer Immunität gleich doppelt – und erleichtert den Zugang zu Zielpersonen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Militär.

Die Schweiz ist davon besonders betroffen: Die Präsenz zahlreicher internationaler Organisationen und Nichtregierungsorganisationen bietet Gelegenheit und Grund, Vertreter zu entsenden und diplomatischen Austausch zu pflegen (zum Beispiel Konferenzen oder internationale Verhandlungen).

Die bereits erwähnten akkreditierten Nachrichtendienstangehörigen stellen nur einen Teil des für nachrichtendienstliche Operationen ins Ausland gesandten Personals dar. Viele Staaten verwenden für ihre Missionen auch sogenannte reisende Nachrichtendienstangehörige. Diese können ebenfalls als Diplomaten getarnt sein, aber auch als Touristen oder Geschäftsleute. Am häufigsten werden sie dazu eingesetzt, um im Ausland eine menschliche Quelle zu treffen.

Der NDB hat in den vergangenen Jahren mehrere Fälle verbotenen Nachrichtendienstes durch akkreditierte Diplomaten oder reisende Nachrichtendienstangehörige aufgedeckt. In einigen Fällen wurden Einreiseverbote erlassen.

### Oppositionsausforschung

Exilierte Regimegegner stehen im Fokus der Nachrichtendienste ihrer Herkunftsländer. Dabei handelt es sich um autoritär gelenkte Staaten, in denen zumindest die Meinungsäusserungsfreiheit beschnitten ist. Die meisten dieser Staaten verfügen auch über die Mittel, ihre Gegner im Ausland zu verfolgen. Der NDB stellt regelmässig fest, dass Diasporagemeinschaften in der Schweiz Ziel verbotener nachrichtendienstlicher Tätigkeit werden. Diese Tätigkeiten stellen einen Eingriff in die Souveränität der Schweiz und einen Angriff auf von ihr garantierte Rechte dar; sie unterlaufen den Schutz, den die Schweiz allen ihren Einwohnerinnen und Einwohnern gewährt.

Von diesem Phänomen ist nicht nur die Schweiz betroffen, sondern alle Staaten mit einer Diasporagemeinschaft, die in den Herkunftsländern als Bedrohung erachtet wird. Gegebenenfalls werden die Nachrichtendienste dieser Länder beauftragt, Informationen über ihre Exilgemeinschaften zu gewinnen, diese auszuforschen oder gar für politische Zwecke zuhause zu instrumentalisieren. Dies hängt selbstredend vom Profil der jeweiligen Exilgemeinschaft ab. Jedoch gehören nicht nur politische Flüchtlinge zur Opposition oder werden als deren Mitglieder angesehen; das Profil der Exilgemeinschaften ist sehr heterogen. Auch Schweizer Staatsangehörige, ob mit oder ohne biografischen Bezug zu einem Staat, engagieren sich an der Seite von Aktivisten, die aus ihrer Heimat in die Schweiz geflüchtet sind. Diese Schweizer Staatsangehörigen können wie die exilierten Aktivisten zum Ziel von Ausforschung werden.

Aktivisten können dazu gebracht werden, als Quellen zu dienen. Neben positiven Anreizen wird dazu auch Druck ausgeübt: Es werden Vergeltungsmassnahmen angedroht, gegen die kaum Schutz möglich ist, zum Beispiel gegen in der Heimat lebende Angehörige. Nebst reiner Informationsgewinnung versuchen Nachrichtendienste manchmal auch, die Oppositionsorganisationen und -bewegungen mittels Unterwanderung zu schwächen: Eingeschleuste Personen können sich zum Beispiel bemühen, Zwietracht zu säen und so eine Oppositionsbewegung zu spalten. Die gewonnenen Informationen dienen im Herkunftsland auch der Repression, und Exilanten können im äussersten Fall auch umgebracht werden.

### Cyberspionage

Neben Cyberangriffen mit einfachen, technisch nicht besonders anspruchsvollen Mitteln laufen seit spätestens dem Beginn des neuen Jahrtausends auch sogenannte Advanced Persistent Threats. Der Name beschreibt, was darunter zu verstehen ist: Die Angriffe erfolgen zielgerichtet, sind von hoher Komplexität, sollen möglichst lange unentdeckt bleiben und dienen der Beschaffung spezifischer Daten. Diese Eigenschaften waren bisher ein Zeichen dafür, dass hinter den Spionageaktivitäten ein staatlicher Urheber stand. Auch wenn der erforderliche, erhebliche Mitteleinsatz und das langfristige Interesse weiterhin einen solchen Schluss nahelegt, zeigt der Fall einer seit einigen Jahren aktiven Gruppierung, dass dies nicht zwingend der Fall sein muss. Die Gruppierung verfügt über komplexe Spionagesoftware und die Fähigkeit, diese zu platzieren. Sie übernimmt für

Kunden entweder die Ausführung der gesamten Operation oder verkauft nur die Schadsoftware. Ziele waren Privatunternehmen – in der Schweiz bisher ausschliesslich –, aber auch Unterstützer dschihadistischer Bestrebungen im Internet oder andere Hacker.

Einen Überblick über die wichtigsten Advanced Persistent Threats bietet die Grafik; unter den jüngsten Angriffen seien hier nur zwei hervorgehoben: der Angriff auf die Atomgespräche mit Iran und der Angriff auf den deutschen Bundestag.

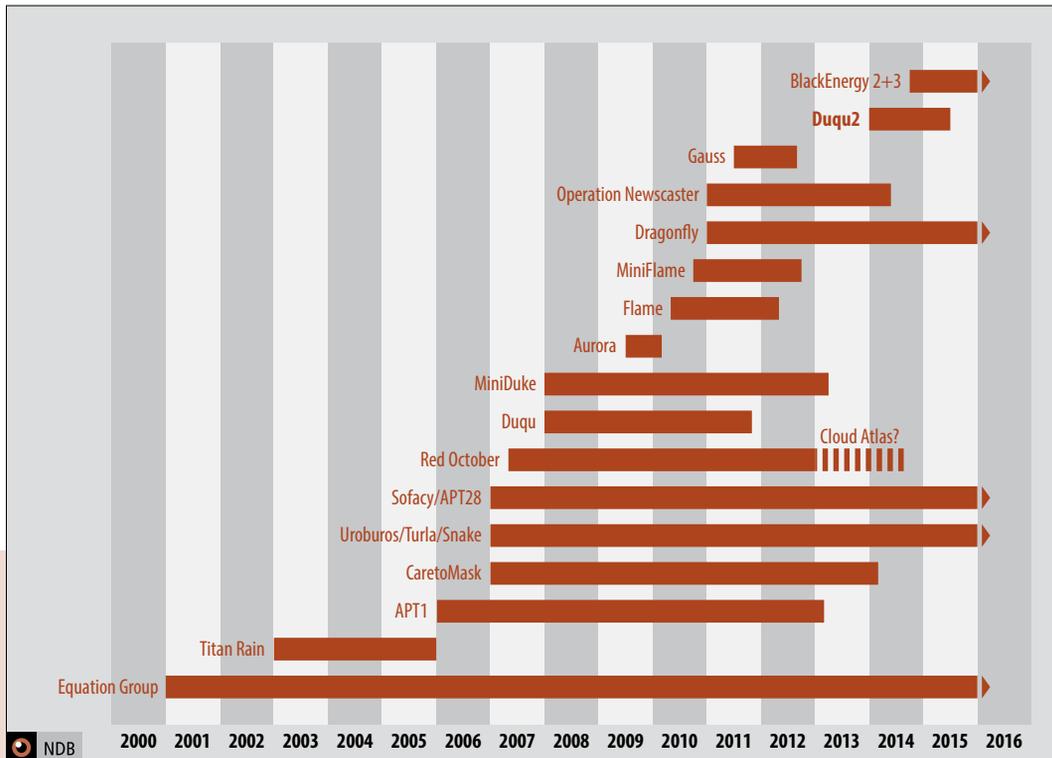
- Diverse Objekte, in denen die Gespräche zwischen den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats plus Deutschland und Iran stattfanden, wurden angegriffen – auch in der Schweiz. An drei Orten wurden Spuren der verwendeten Software gefunden. Das russische Unternehmen Kaspersky, das selbst auch angegriffen wurde, benannte die Schadsoftware Duqu2 wegen ihrer Ähnlichkeit mit der 2011 festgestellten Software Duqu. Sie weist zudem auch Ähnlichkeit mit

der Software Stuxnet auf, die unter anderem gegen das iranische Atomprogramm eingesetzt worden war.

- Auch der Cyberangriff im Mai 2015 auf den deutschen Bundestag wurde mit einer Software ausgeführt, die bereits bekannt war. Die Operation war in anderem Zusammenhang bereits im Oktober 2014 publik geworden und nimmt hauptsächlich Ziele in den Bereichen Verteidigung und Sicherheitspolitik ins Visier. Angegriffen wurde auch die schweizerische Bundesverwaltung. Zur Infektion werden hauptsächlich zuvor unbekannte Sicherheitslücken, sogenannte Zero-Day Exploits, genutzt.

### Flächendeckende Überwachung

Zumindest aus nachrichtendienstlicher Perspektive befindet sich die Welt in einer Ära „nach Snowden“. Die vom ehemaligen Mitarbeiter eines Leistungserbringers für die amerikanische National Security Agency (NSA) Edward



Snowden Mitte 2013 ins Rollen gebrachten Enthüllungen der Tätigkeiten der NSA, aber auch der britischen Government Communications Headquarters (GCHQ) oder allgemein der Five-Eyes-Staaten (USA, Grossbritannien, Kanada, Australien, Neuseeland) haben eine neue Dimension nachrichtendienstlicher Tätigkeiten zum Vorschein gebracht. In dieser Dimension geht es um die vollständige Erfassung von elektronischen Daten, die irgendwo gelagert oder via irgendwelche Kanäle bewegt werden. Das Beispiel der in Deutschland ab März 2015 in den Medien bekannt gemachten Selektorenliste für die strategische Kommunikationsaufklärung zeigt erneut, womit grundsätzlich zu rechnen ist. Mittlerweile dürften nicht nur die Opfer ihre Schlüsse aus den Enthüllungen gezogen haben, sondern auch die Angreifer. Dabei haben die politischen Reaktionen etwa in den USA gezeigt, dass eine Einschränkung solcher Tätigkeiten teilweise nur im Inland, nur gegenüber den eigenen Bürgerinnen und Bürgern, eine Option darstellt, nicht aber gegenüber dem Ausland. So hat auch der kanadische Nachrichtendienst Communications Security Establishment gemäss Medienmeldungen Ende Januar 2016 nur deshalb zeitweilig den Informationsaustausch ausgesetzt, weil wegen eines Softwarefehlers ungewollt Metadaten der eigenen Bürgerinnen und Bürger an die Five-Eyes-Partner geliefert worden waren.

Links:

Ausgewählte Spionagekomplexe 2001 bis heute. Es ist die Dauer abgebildet, in der ein Spionagekomplex aktiv war. Als Beginn eines Komplexes wurde der erste Hinweis auf eine Spionagesoftware festgelegt, als Ende – sofern klar definiert – deren Bekanntmachung in der Öffentlichkeit. Der Fall mit fettgedrucktem Namen wird im Bericht näher erläutert.

## BEURTEILUNG

---

### Bedrohungen bleiben bestehen

Die sicherheitspolitische Dimension der Enthüllungen aus dem Snowden-Fundus bleibt unverändert aktuell: Nachrichtendienste beschaffen mit Kommunikationsüberwachung und mittels aktivem Eindringen in Informatiksysteme vertrauliche Informationen auf breiter Front. Sie können diese möglicherweise auch verfälschen oder sogar Prozesse oder Infrastrukturen manipulieren. Die Durchdringung der Kommunikation ist tief, fast flächendeckend und systematisch. Dem entsprechen die eingesetzten Mittel: Anbieter werden gesetzlich zur Datenerhebung gezwungen, es bestehen verdeckte Zugänge zu den Hauptsträngen der Kommunikation, zudem wurden systematisch Verschlüsselungen aufgebrochen oder geschwächt, ja sogar Kryptostandards beeinflusst.

Andauern werden auch die Advanced Persistent Threats. Nicht erkannt zu werden, gehört zu den Zielen dieser Angriffe. Allerdings ist festzustellen, dass auch erkannte Schadsoftware – allenfalls in modifizierter Form – weiter eingesetzt wird. Die Grundkomponenten der Schadsoftware bleiben zwar gleich, allerdings werden diese weiterentwickelt und vor allem immer wieder neu zusammengestellt, sodass sie von installierten Schutzmechanismen nicht erkannt werden. Ein weiteres Merkmal von Advanced Persistent Threats ist aber auch, dass nach einer Enttarnung davon auszugehen ist, dass der Angreifer erneut versuchen wird, ins System zu kommen.

Gezielte Cyberangriffe setzen Kenntnisse des Ziels voraus. Zum Beispiel anfangs, wenn

es darum geht, die Schadsoftware in einem System zu installieren. Dies kann auf verschiedenen Wegen geschehen, zum Beispiel indem eine physisch anwesende Person die Software direkt einspeist oder aber via Internet. Die gängigsten Methoden sind gezielte E-Mails, sogenanntes Spear Phishing, oder gezielte Webseiteninfektionen, sogenannte Waterhole Attacks. Es braucht allerdings mittlerweile einigen Aufwand, um designierte Opfer dazu zu bringen, auf einen Link zu klicken oder den Anhang eines E-Mails zu öffnen und somit den für die Installation notwendigen Schritt zu unternehmen.

Die Steuerung einmal installierter Schadsoftware erfolgt über Kontrollserver. Diese verbinden mit Schadsoftware infizierte Computer zu einem sogenannten Botnetz und können nicht nur der Spionage, sondern auch kriminellen Zwecken dienen. Solche Kontrollserver werden auch in der Schweiz festgestellt.

### Informationsoperationen

Erfolgreiche Informationsoperationen weisen einige gemeinsame Grundzüge auf. Sie enthalten einfache Kernbotschaften. Diese bauen aufeinander auf und werden unterschiedlich verpackt, einfach oder komplexer ausgestaltet und auf verschiedenen Kanälen regelmässig wiederholt. Zeitlich und inhaltlich werden die Botschaften eng aufeinander abgestimmt und sowohl in der Vertikalen – vom Staatsoberhaupt über Behördenvertreter bis zur scheinbar unabhängigen Einzelperson vertreten alle dieselbe Ansicht – wie in der Horizontalen – verschie-

dene Medien, Leserbriefe und Kommentare im Internet durch die sogenannten Trolle oder Internettrolle – koordiniert vorgebracht. Solche Schwergewichtsbildung erhöht die Wirkung ebenso wie das letzte Merkmal: die ausgeprägte Ausrichtung auf eine spezifische Zielgruppe. So wird eine Kampagne, die das Verhältnis zwischen zwei Staaten beeinträchtigen soll, die Bevölkerung anders zu beeinflussen versuchen als eine Regierung. Nachrichtendienste sind nicht nur Instrument, sondern auch Ziel massgeschneiderter Manipulationskampagnen.

### Keine befreundeten Staaten

Es gibt hinsichtlich verbotenen Nachrichtendienstes keine befreundeten Staaten, sondern nur solche, die ihre eigenen Interessen verfolgen. Diese können mit den Interessen anderer Staaten vollständig oder teilweise kompatibel sein oder aber abweichen, ja kollidieren. Aber auch übereinstimmende Interessen sind nicht Gewähr dafür, dass ein Staat keine verbotenen nachrichtendienstlichen Aktivitäten in anderen Staaten entfaltet – man denke nur an die viele Dienste verbindende Aufklärungstätigkeiten im Bereich Terrorismusbekämpfung.

### Opposition bleibt im Visier

Die Intensität der Tätigkeiten des verbotenen Nachrichtendienstes gegenüber den im Exil lebenden Regimegegnern hängt von mehreren konstanten Faktoren ab, ist aber auch lagegeprägt. Insbesondere die sicherheitspolitische Situation hat grossen Einfluss auf die Intensität nachrichtendienstlicher Tätigkeit. So können offizielle Besuche ausländischer Politiker oder Amtsträger verbotene nachrichtendienstliche

Tätigkeit in der Schweiz intensivieren, oft mehr aus einem Sicherheitsbedürfnis heraus als aus nachrichtendienstlichen Gründen. In solchen Fällen werden Nachrichtendienstangehörige in der Schweiz aktiv, um Informationen über Kundgebungen oder Störungsversuche beim Besuch zu gewinnen. Unabhängiger von der jeweiligen Lage geht es darum, Personen zu identifizieren, die mit regimekritischen Bewegungen sympathisieren oder diese unterstützen und für das Regime ein Destabilisierungsrisiko darstellen können.

Die nachrichtendienstliche Ausforschung mittels in die Opposition infiltrierten Personen ist schwierig aufzudecken. Es gibt kaum Interesse, mit der Spionageabwehr des Gastgeberstaats zusammenzuarbeiten, wenn Familie und Angehörige in der Heimat Opfer von Einschüchterungsversuchen und Repressionsmassnahmen werden können.

### TRAVEL INTELLIGENCE

Travel Intelligence bezeichnet die nachrichtendienstliche Beschaffung und Erfassung von Informationen über Aufenthalt und Reisen bestimmter Personen. Zur Erkennung sicherheitsgefährdender Aktivitäten ist der Nachrichtendienst auch auf solche Informationen angewiesen. Konkret geht es dabei primär um Erkenntnisse aus Grenz- und Zollkontrollverfahren (Einreise, Ausreise und Transit) von Staatsangehörigen bestimmter Länder. Zudem werden Daten der Abfertigung in ausgewählten Flughäfen ausgewertet und mit den Angaben in den Informationssystemen des NDB abgeglichen. Im Vorfeld ist der NDB auch in den Konsultationsprozess über die Vergabe von Visa für den Schengenraum einbezogen. Die Kriterien dieser Informationsbeschaffung legt der Bundesrat regelmässig in einer klassifizierten Liste fest; er orientiert sich dabei an der Bedrohungslage. Verknüpft mit Erkenntnissen aus anderen Quellen trägt Travel Intelligence zu einem umfassenderen Bild über Reisen, Aufenthalte und Kontakte von Zielpersonen bei.

## AUSSICHTEN

---

### **Fortdauernde Spionage, erhöhte Bedeutung von Informationsoperationen**

Verbotener Nachrichtendienst gegen wirtschaftliche, politische und militärische Interessen wird weiterhin betrieben werden – auch in der Schweiz. Der hohe technologische Standard der Schweizer Industrie, der Forschungsstandort, die UNO und andere internationale Gremien, der Finanzplatz und der Energie- und Rohstoffhandel gehören zu den Gründen, weshalb dies sich nicht ändern wird, auch wenn das gesamte Spektrum von Abwehrmassnahmen dagegen zur Anwendung gebracht wird. Dazu gehören die Strafverfolgung oder ausländerrechtliche Massnahmen, hauptsächlich aber die Prävention.

Informationsoperationen werden künftig weiter an Bedeutung gewinnen. Autoritär gelenkte Staaten sind gegenüber den offenen Gesellschaften des Westens diesbezüglich grundsätzlich im Vorteil.

### **Verletzlichkeit der IKT**

Die IKT bleibt verletzlich und wahrscheinlich dem Zugriff derjenigen Staaten ausgesetzt, in denen die Industrie für IKT-Schlüsseltechnologien ansässig ist. Diese Länder bleiben, sofern sie auch über grosse Nachrichtendienste verfügen, potenzielle Urheber breit angelegter Spionageaktivitäten. Sie dürften ihre nachrichtendienstlichen Aktivitäten bestenfalls im eigenen Land und gegenüber den eigenen Bürgerinnen und Bürgern einschränken, nicht aber im Ausland. Damit bleibt aber auch das Vertrauen

in die IKT-Unternehmen dieser Länder angeschlagen.

Eine Folge davon ist, dass in Ländern, die selbst nicht über die Fähigkeit zur Herstellung der Schlüsseltechnologien verfügen, Sicherheitsaspekte bei IKT-Projekten ein höheres Gewicht eingeräumt wird, mit der weiteren Konsequenz, dass es zu Verschiebungen auf den internationalen Märkten kommt. Zumindest mittelfristig werden die Schlüsseltechnologien jedoch nicht in andere Länder abwandern. Deshalb sind im Rahmen von IKT-Projekten Konflikte vorauszusehen, etwa in Form gerichtlicher Auseinandersetzungen um Auftragsvergaben im Rahmen der Welthandelsorganisation. Dabei ist nicht von vornherein klar, dass die Gerichte allgemeinen Sicherheitsüberlegungen etwa hinsichtlich verbotenen Nachrichtendienstes Vorrang geben werden: Wird verlangt, dass Risiken detailliert aufgezeigt oder nachgewiesen werden, dann wird dies ab einem bestimmten Präzisionsgrad nicht mehr möglich sein, gerade weil eine Abhängigkeit von den Leitstaaten in diesem Bereich besteht. Allerdings gibt es hier auch einen gegenläufigen Faktor: Firmen, die Schlüsseltechnologien anbieten, müssen seit Snowden gegen Skepsis ankämpfen und sind deshalb interessiert, Vertrauen zurückzugewinnen. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die eine oder andere Firma Sicherheitslücken – zum Beispiel Hintertüren oder Fehler in Verschlüsselungsalgorithmen – schneller bekannt machen wird, als dies vorher der Fall gewesen wäre.

## Strafverfolgung und ihre Alternativen

Erkannte Spione führt der NDB der Strafverfolgung zu, sofern sie nicht diplomatische Immunität geniessen. Allerdings sind Spionagefälle der internationalen Rechtshilfe entzogen, die Untersuchungen sind langwierig, die Fälle komplex und schliesslich sind – bei aller Rechtmässigkeit der Massnahmen – zumindest von gewissen Ländern Retorsionsmassnahmen zu gewärtigen. Zur Wahrung der Interessen des Landes bedarf die Strafverfolgung deshalb gemäss Artikel 66 des Strafbehördenorganisationsgesetzes einer Ermächtigung durch den Bundesrat, um politische Straftaten wie zum Beispiel politischen Nachrichtendienst gemäss Artikel 272 Strafgesetzbuch verfolgen zu dürfen.

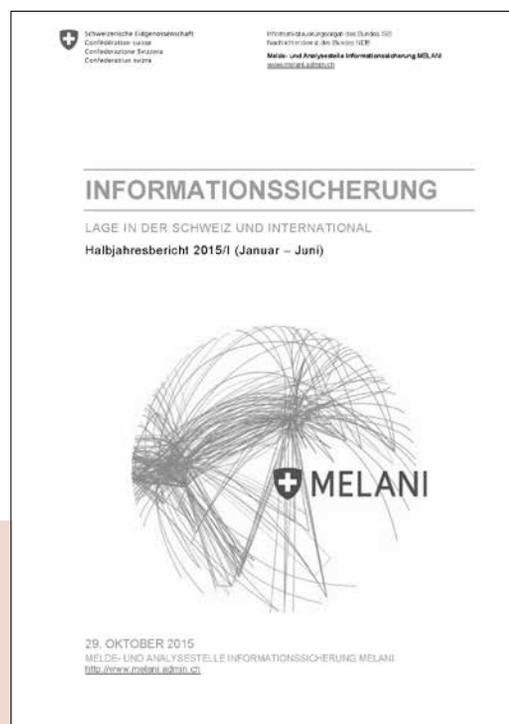
Manchmal kann es aber bereits genügen, dem Herkunftsland nachrichtendienstlich tätiger Funktionäre die Rechtslage zu erläutern, um zu erreichen, dass eine Person abgezogen wird. Falls nicht, können gegen erkannte Spione ausländerrechtliche Regelungen eingesetzt werden: Verweigerung der diplomatischen Akkreditierung oder des Visums. Zusätzlich kann ein Einreiseverbot ausgesprochen oder die betreffende Person zur Persona non grata erklärt werden. Je nachdem werden diese Massnahmen diskret ergriffen oder aber mit Signalwirkung öffentlich bekannt gemacht.

Schliesslich kann das Abwägen von Interessen auch dazu führen, dass der Aufenthalt einer als Spion erkannten Person in der Schweiz zumindest zeitweilig bewusst akzeptiert wird. Dies kann im Zusammenhang mit Aktivitäten im Rahmen von internationalen Organisationen oder Verhandlungen der Fall sein. Deren

Erfolg kann von höherem politischen Interesse sein. Beispiele für solche Anlässe sind das WEF, die Syriengespräche in Genf oder Besuche von Delegationen mit Personen in wirtschaftlichen oder politischen Schlüsselpositionen.

## Prävention und Eigenverantwortung

Prävention ist insgesamt der wichtigste Teil des Abwehrdispositivs gegen verbotenen Nachrichtendienst. Der NDB hat die gesetzliche Aufgabe, präventive Massnahmen gegen Spionageaktivitäten ausländischer Nachrichtendienste zu ergreifen. Deshalb sensibilisiert der NDB in Zusammenarbeit mit den kantonalen Nachrichtendienststellen seit Jahren Unternehmen sowie Forschungs- und höhere Bildungsinstitute hinsichtlich der Risiken verbotenen Nachrichtendienstes und der Proliferation. Das Präventions- und Sensibilisierungsprogramm Prophylax dient diesem Zweck gegenüber Wirtschaftsunternehmen, während das Programm Technopole spezifisch auf die Forschung der Schweiz ausgerichtet ist. Zudem trat der NDB als Referent an Veranstaltungen auf, die der Wirtschaftspi-



Der Halbjahresbericht von  
Melani ist im Internet verfügbar  
([www.melani.admin.ch](http://www.melani.admin.ch))

onage gewidmet waren und führte für Vertreter der Swissmem Seminare unter dem Titel „Prävention gegen Wirtschaftsspionage“ in Zürich und in Lausanne durch. Im Bereich „Informationssicherung“ führt die Melde- und Analysestelle Informationssicherung eine Public Private Partnership.

Für die Zukunft ist die Sensibilisierung von ins Ausland reisenden Personen eine der grössten Herausforderungen. Nachrichtendienstliche Aktivitäten gegen Schweizer Interessen finden nicht zwingend in der Schweiz statt. Aus Sicherheitsgründen scheinen Rekrutierungsversuche und Führung westlicher Quellen sogar eher im Ausland stattzufinden. Dort hat der heimische Nachrichtendienst die Kontrolle über das Umfeld und muss kein gegnerisches Überwachungsdispositiv fürchten. Jede in der Schweiz wohnhafte Person sollte solche Anbahnungsversuche dem NDB melden. Eine schnelle Meldung nach einer verdächtigen Ansprache und nach Anwerbungsversuchen kann verhindern, dass Schaden angerichtet wird oder die Person in eine Situation gerät, in der sie sich der Spionage schuldig macht. ■





# Abkürzungsverzeichnis

AIIB.....	Asian Infrastructure Investment Bank
AKP.....	Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung
AQAH.....	al-Qaida auf der arabischen Halbinsel
AQIM.....	al-Qaida im islamischen Maghreb
CCTV.....	Chinesisches Zentralfernsehen
EDA.....	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
FAI.....	Federazione Anarchica Informale
GCHQ.....	Government Communications Headquarters
IAEA.....	Internationale Atomenergiebehörde
IKT.....	Informations- und Kommunikationstechnologie
JCPOA.....	Joint Comprehensive Plan of Action
LTTE.....	Liberation Tigers of Tamil Eelam
Melani.....	Melde- und Analysestelle Informationssicherung
Nato.....	North Atlantic Treaty Organisation
NSA.....	National Security Agency
Pegida.....	Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlands
PKK.....	Arbeiterpartei Kurdistans
RAS.....	Revolutionärer Aufbau Schweiz
RAZ.....	Revolutionärer Aufbau Zürich
SRI.....	Secours Rouge International
WEF.....	Weltwirtschaftsforum / World Economic Forum



## **Redaktion**

---

Nachrichtendienst des Bundes NDB

## **Redaktionsschluss**

---

Februar/März 2016

## **Kontaktadresse**

---

Nachrichtendienst des Bundes NDB  
Papiermühlestrasse 20  
CH-3003 Bern  
E-Mail: [info@ndb.admin.ch](mailto:info@ndb.admin.ch)  
[www.ndb.admin.ch](http://www.ndb.admin.ch)

## **Vertrieb**

---

BBL, Verkauf Bundespublikationen,  
CH-3003 Bern  
[www.bundespublikationen.admin.ch](http://www.bundespublikationen.admin.ch)  
Art.-Nr. 503.001.16d  
ISSN 1664-4670

## **Copyright**

---

Nachrichtendienst des Bundes NDB, 2016



**SICHERHEIT SCHWEIZ**

Nachrichtendienst des Bundes NDB

Papiermühlestrasse 20

CH-3003 Bern

[www.ndb.admin.ch](http://www.ndb.admin.ch) / [info@ndb.admin.ch](mailto:info@ndb.admin.ch)